

**7. Sitzung des Gemeindeparlamentes,
Donnerstag, 28. Juni 2012
Stadthaus, Ratsaal,
Sitzungsdauer: 18.00 Uhr – 21.15 Uhr**

Anwesend sind: 45 Ratsmitglieder (von 50 Mitgliedern)

Freisinnig-demokratische Partei:

1. Daniel Dähler, 2. Heinz Eng, 3. Nadja Fleischli, 4. Thomas Frey, 5. Sarah Honegger,
6. Alexandra Kämpf, 7. Urs Knapp, 8. Dr. Max Pfenninger, 9. Daniel Probst, 10. Thomas
Rauch, 11. Simone Roth

Sozialdemokratische Partei:

1. Dr. Markus Ammann, 2. Florian Amoser, 3. Ramazan Balkaç, 4. Rolf Braun,
5. Lukas Derendinger, 6. Werner Good, 7. Thomas Marbet, 8. Dr. Rudolf Moor,
9. Daniel Schneider, 10. Luzia Stocker Rötheli, 11. Dr. Arnold Uebelhart, 12. Dieter Ulrich

Christlichdemokratische Volkspartei:

1. Sonja Bossart Meier, 2. Georg Dinkel, 3. Heidi Ehram, 4. Antonia Hagmann,
5. Thomas Pfluger, 6. Roland Rudolf von Rohr, 7. Marcel Steffen

Evangelische Volkspartei Olten:

1. Stephan Hodonou, 2. Marlène Wälchli Schaffner

Grüne Olten:

1. Anna Engeler, 2. Myriam Frey Schär, 3. Beate Hasspacher, 4. Anita Huber, 5. Sandra Näf,
6. Felix Wettstein

Schweizerische Volkspartei:

1. Marcel Buck, 2. Doris Känzig, 3. André Köstli, 4. Kilian Schmidiger, 5. Dr. David Wenger,
6. Christian Werner, 7. Gert Winter

Stadtrat:

Ernst Zingg, Stadtpräsident
Dr. Martin Wey, Vize-Präsident, Baudirektion
Mario Clematide, Direktion Bildung und Sport
Peter Schafer, Direktion Soziales
Iris Schelbert-Widmer, Direktion Öffentliche Sicherheit
Markus Dietler, Stadtschreiber

Ferner anwesend:

Adrian Balz, Verwaltungsleiter Baudirektion
Claudia Grütter, Leiterin Personaldienst
Ueli Kleiner, Leiter Direktion Bildung und Sport
Mario Schenker, Controller
Markus Sieber, Finanzverwalter

Entschuldigt abwesend:
Sandro Gervasoni
René Wernli
Huguette Meyer Derungs
Simon Haller
Theo Schöni

Vorsitz: Marcel Buck

Protokollführerin: Erika Brunner, Leiterin Stadtkanzlei

* * *

Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. Mitglied des Gemeindeparlaments/Demission
3. Aufnahme und Vereidigung eines neuen Parlamentsmitgliedes
4. Dringliche Motion David Wenger (SVP) und Mitunterzeichnende betr. Buslinienführung als wichtiger Teil der Innenstadt-Aufwertung/Frage der Dringlichkeit
- * 4a) Dringliches Postulat Luzia Stocker (SP) betr. Kauf Kino Lichtspiele/Frage der Dringlichkeit
- * 4b) Dringliche Interpellation Urs Knapp (FDP-Fraktion) betr. Ländiweg – schlechte Visitenkarte für die Stadt Olten/Frage der Dringlichkeit
- * 4c) Dringliche Interpellation Florian Amoser (SP) und Mitunterzeichnende betr. geplanter Rückbau Wehr Olten-Winznau/Frage der Dringlichkeit
5. Einwohnergemeinde Olten, Rechnungen und Verwaltungsberichte 2011/Genehmigung
6. Parlamentarische Vorstösse/Begründung, Beantwortung und Weiterbehandlung
 - ** 6.1. Dringliche Motion David Wenger (SVP) und Mitunterzeichnende betr. Buslinienführung als wichtiger Teil der Innenstadt-Aufwertung (eingereicht am 24.05.2012) (bei Bejahung der Dringlichkeit)
 - * 6.1a) Dringliche Interpellation Urs Knapp (FDP-Fraktion) betr. Ländiweg – schlechte Visitenkarte für die Stadt Olten/Beantwortung
 - * 6.1b) Dringliche Interpellation Florian Amoser (SP) und Mitunterzeichnende betr. geplanter Rückbau Wehr Olten-Winznau/Beantwortung
 - 6.2. Interpellation Huguette Meyer Derungs (SP) betr. Erschliessungsverkehr zum Gewerbegebiet Areal Nussbaum AG durch die Wohnzone des Hardfeldquartiers (eingereicht am 15.09.2011)
 - *** 6.3. Interpellation Sarah Honegger (FDP) und Mitunterzeichnende betr. verbesserter Zugang zum Friedhof Meisenhard (eingereicht am 15.09.2011)
 - *** 6.4. Postulat Thomas Rauch (FDP) und Mitunterzeichnende betr. 30%-Beteiligung der ArbeitnehmerInnen an der erzielten Verminderung des Personalaufwands (eingereicht am 15.12.2011)
 - *** 6.5. Postulat Thomas Rauch (FDP) und Mitunterzeichnende betr. Aufbau Benchmarking ggü. vergleichbaren Städten (eingereicht am 15.12.2011)
 - *** 6.6. Postulat Christian Werner (SVP) und Mitunterzeichnende betr. „Mehr Sicherheit im öffentlichen Raum“ (eingereicht am 15.12.2011)
7. Wahl des Büros für die Amtsperiode 2012/13
8. Schlussrede des abtretenden Parlamentspräsidenten

- * Ergänzung der Traktandenliste
- ** Rückzug
- *** aus Zeitgründen nicht behandelt

Parlamentspräsident Marcel Buck begrüsst die Anwesenden zur letzten Sitzung vor den Sommerferien und zugleich seiner letzten Sitzung als Gemeinderatspräsident. Das Ziel des heutigen Abends aus Sicht des Büros ist es, dass wir sicher die dringlichen Vorstösse sowie die Rechnung und die Verwaltungsberichte 2011 und je nach verbleibender Zeit auch die normalen Vorstösse behandeln werden. Ca. 20.45 Uhr werden wir das neue Büro wählen und anschliessend dürft Ihr meine Schlussrede hören. Danach gibt es noch eine kleine Überraschung, bevor wir ungefähr 21.15 Uhr zum gemütlichen Teil übergehen werden.

* * *

Mitteilungen

Parlamentspräsident Marcel Buck:

Protokollgenehmigung

Das Protokoll der Parlamentssitzung vom 28./29. März 2012 ist vom Büro am 11. Juni 2012 definitiv genehmigt worden.

* * *

Vorstösse/Eingang

- Dringliche Motion David R. Wenger (SVP) und Mitunterzeichnende betr. Buslinienführung als wichtiger Teil der Innenstadt-Aufwertung
- Dringliches Postulat Luzia Stocker (SP) betr. Kauf Kino Lichtspiele
- Dringliche Interpellation Urs Knapp (FdP) betr. Ländiweg – schlechte Visitenkarte für die Stadt Olten
- Dringliche Interpellation Florian Amoser (SP) und Mitunterzeichnende betr. geplanter Rückbau Wehr Olten/Winznau
- Motion Doris Käzlig (SVP) und Mitunterzeichnende betr. Verlegung des historischen Musikautomaten von der Oltner Volière ins historische Museum Olten
- Motion Beate Hasspacher (GO) und Mitunterzeichnende betr. Landschaftsschutz
- Interpellation Christian Werner (SVP) und Mitunterzeichnende betr. Sozialhilfemissbrauch
- Interpellation Florian Amoser (SP) und Mitunterzeichnende betr. Situation Nachtleben in Olten
- Kleine Anfrage Florian Amoser (SP) betr. „Freiheitslinde“ auf dem Klosterplatz

* * *

Wahl Stimmzählerin und Stimmzähler/Ersatz

Einstimmig werden Alexandra Kämpf und Dr. Max Pfenninger gewählt.

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 28. Juni 2012

Akten-Nr. 16/4

Prot.-Nr. 59

Gemeindeparlament/Demission

Für das Gemeindeparlament ist eine Demission zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutation:

Mit Schreiben vom 9. Mai 2012 demissioniert Markus Flury (SVP) als Mitglied des Gemeindeparlamentes per 31. Mai 2012.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Demission von Markus Flury (SVP) zu genehmigen.

Beschluss

Einstimmig wird die Demission von Markus Flury (SVP) genehmigt.

Mitteilung:
Herrn Markus Flury, Ziegelfeldstrasse 103, 4600 Olten
Kommissionsverzeichnis
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 28. Juni 2012

Akten-Nr. 57/11

Prot.-Nr. 60

Aufnahme und Vereidigung eines neuen Parlamentsmitgliedes

Gemäss Art. 18 der Gemeindeordnung ist ein frei werdender Parlamentssitz durch Nachrücken ab der Proporzliste neu zu besetzen. Durch den Rücktritt von Markus Flury ist ein Sitz der Schweizerischen Volkspartei frei geworden. Kilian Schmidiger (SVP) hat sich bereit erklärt, das Mandat als ordentliches Mitglied des Gemeindeparlamentes anzunehmen.

Zur Vereidigung erhebt sich das Parlament von den Sitzen. Parlamentspräsident Marcel Buck begrüsst Kilian Schmidiger. Er verliest die Gelöbnisformel: „Ich gelobe, Verfassung und Gesetze zu beachten, meine Amtspflichten nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen, alles zu tun, was das Wohl unseres Staatswesens fördert und alles zu unterlassen, was ihm schadet.“

Kilian Schmidiger legt hierauf mit den Worten „ich gelobe“ das Gelöbnis ab. Damit ist er vereidigt. Es folgt Applaus.

Mitteilung an:
Herrn Kilian Schmidiger, Pestalozzistrasse 7, 4600 Olten (gilt als Wahlanzeige)
Oberamt Olten-Gösgen, Amthausquai 23, 4600 Olten
Stadtpräsidium
Kommissionsverzeichnis
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 28. Juni 2012

Akten-Nr. 3/13

Prot.-Nr. 61

Dringliche Motion David R. Wenger (SVP) und Mitunterzeichnende betr. Buslinienführung als wichtiger Teil der Innenstadt-Aufwer- tung/Frage der Dringlichkeit

Dr. David Wenger: Ich sage jetzt ein wenig mehr als nur etwas zur Dringlichkeit, werde damit aber vielleicht für heute Abend einiges abkürzen. Diese Buslinienführung hat ja im Vorfeld der Abstimmung relativ viele Diskussionen ausgelöst. Die ganze Vorlage ist, wie wir alle wissen, durch ein erfolgreiches Referendum vor das Volk gekommen. Die Referendumsabstimmung ist knapp gescheitert, das Referendum ist knapp nicht durchgekommen. Man könnte jetzt natürlich werweisen, weshalb dieser Entscheid relativ knapp war. Ich glaube, es ist nicht ganz abwäglich, dass es mit der Buslinienführung zu tun haben könnte. Nichts desto trotz wäre es wahrscheinlich nach diesem Entscheid nicht mehr opportun, wenn wir hier ein wichtiges Element der Volksabstimmung, die jetzt vorbei ist, noch einmal aufnehmen wür-den. Immerhin darf man vielleicht sagen, dass die Motion einiges ausgelöst hat. Es hat ein Gutachten des Stadtrates gegeben, das sich, wie man den Medien entnehmen konnte, eigentlich klar für eine andere Buslinienführung ausgesprochen hat als diejenige, die jetzt lanciert wird. Die Lösung mit der Konradstrasse ist wahrscheinlich nicht die beste. Es ist jetzt so. Wir können aber einfach sagen, dass wir von der SVP jedenfalls die Umsetzung dieser Buslinienführung durch die Konradstrasse kritisch genau verfolgen werden. Aber wie gesagt: Aufgrund dieser Volksabstimmung denke ich, dass es nicht mehr opportun wäre, wenn wir dieses Thema noch einmal aufgreifen würden. Ich ziehe deshalb die dringliche Motion zurück.

Mitteilung an:
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 28. Juni 2012

Akten-Nr. 29/2

Prot.-Nr. 62

Dringliches Postulat Luzia Stocker (SP) betr. Kauf Kino Lichtspiele/Frage der Dringlichkeit

Luzia Stocker hat am 25. Juni 2012 ein dringliches Postulat mit folgendem Wortlaut eingereicht:

«Der Stadtrat wird gebeten, den Kauf der Liegenschaft Klosterplatz 20, Kino Lichtspiele durch die Stadt Olten zu prüfen.

Begründung

Der Presse konnte entnommen werden, dass die Liegenschaft Klosterplatz 20 zum Verkauf steht. Das markante Gebäude prägt seit Jahrzehnten das Bild des Klosterplatzes und das Kino Lichtspiele hat Generationen von Oltnerinnen und Oltnern das Kinoerlebnis näher gebracht. Aus städtebaulicher Sicht ist der Erhalt der Volumetrie relevant. Es ist für die Entwicklung des Klosterplatzes wichtig, dass die Stadt Olten mitbestimmt, wie sich der Klosterplatz dereinst zeigen wird. Das Kino könnte zum Beispiel in eine Kinomeile einbezogen werden, indem die beiden Stadtseiten so verbunden werden, vom Kino Palace über das Lichtspiele bis zum Capitol. Das Kino Lichtspiel ist seit Jahrzehnten mit unterschiedlichem Programm als kultureller Ort für die Stadt Olten prägend. Mit dem neuen Verein Filmverein Lichtspiele und dessen Programm wird das Angebot im Bereich Film seit einigen Jahren bereichert und ist eine wertvolle Ergänzung zu den eher kommerziell ausgerichteten Kinos in Olten. Bei einem allfälligen Kauf könnte neben der bisher bekannten Nutzung als Studio-Kino der zentral gelegene Saal mit weiteren Nutzungen bespielt werden. Dafür wäre selbstredend ein dem Ort angemessenes Nutzungskonzept zu erarbeiten. Sollte der Filmverein Lichtspiele selber in der Lage sein, die Liegenschaft käuflich zu erwerben, wird der Stadtrat gebeten, mit dem Verein Kontakt aufzunehmen. Es soll die bestmögliche Lösung für den Erhalt und die Nutzung der Liegenschaft gefunden werden. Die Begründung der Dringlichkeit erfolgt mündlich in der Parlamentssitzung.»

- - - - -

Stadtrat Martin Wey beantwortet das dringliche Postulat im Namen des Stadtrates wie folgt:

Im Fall der Liegenschaft «Klosterplatz 20 / Kino Lichtspiele» hat seitens der Stadt schon vor Eingang des Postulats ein erster Kontakt mit der Eigentümerin, der Coop Immobilien AG, stattgefunden. Ebenso wurde ein neutrales Verkehrswertgutachten bereits in Auftrag gegeben. Das weitere Vorgehen orientiert sich an der «Richtlinie für das strategische Vorgehen beim Verkauf und Kauf von Liegenschaften und Grundstücken», welche – gestützt auf Art. 40 der Gemeindeordnung vom 28. September 2000 – mit Beschluss vom 12. Juli 2004 vom Stadtrat in Kraft gesetzt wurde. In den Grundsätzen dieser Richtlinie ist u.a. festgehalten, dass grundsätzlich nur Liegenschaften und Grundstücke erworben, wenn:

- a) diese für die Erfüllung der öffentlichen Aufgaben notwendig und geeignet sind.
- b) damit übergeordnete öffentliche Interessen der Stadtentwicklung verfolgt werden, z. B. zur Ansiedlung von attraktiven Wohn- und Arbeitsplätzen.
- c) damit stadteigene Grundstücke sinnvoll arrondiert werden und damit bessere Überbaumungsmöglichkeiten und später auch höhere Verkaufspreise erzielt werden können.
- d) es sich um einen vertretbaren Kaufpreis handelt.

Zum Kauf angebotene Liegenschaften und Grundstücke werden nach den vorerwähnten Kriterien beurteilt. Im Weiteren werden wie bei jeder / jedem zum Kauf angebotenen Liegenschaft / Grundstück auch die Kommission für Stadtentwicklung und die Baukommission frühzeitig in den Prozess einbezogen. Sie geben zuhanden des Stadtrates eine Empfehlung ab. Im Falle eines Kaufwillens führt eine vom Stadtrat bestimmte Delegation die Verhandlungen. Auf Grund der durchgeführten Verkaufsverhandlungen entscheidet der Stadtrat oder das Gemeindeparlament über den Kauf. Bis zum Betrage von Fr. 2.5 Mio. ist im Einzelfall der Stadtrat zuständig, für solche mit höherer Preissumme das Gemeindeparlament.

Der Stadtrat nimmt das Postulat im Sinne der Erwägungen entgegen.

- - - - -

Luzia Stocker Rötheli: Ich spreche nur zur Dringlichkeit und nicht inhaltlich. Die Dringlichkeit ergibt sich eigentlich aufgrund des zeitlichen Faktors. Das Kino Lichtspiel steht jetzt zum Verkauf oder die Besitzer äussern zumindest die Absicht, es allenfalls verkaufen zu wollen. Wenn das Postulat den ordentlichen Weg geht, wird es frühestens im Herbst ins Parlament kommen und dann ist der Kauf, wenn es einen gibt, sicher schon getätigt. Deshalb ergibt sich die Dringlichkeit. Ich bitte Euch, diese zu unterstützen.

Felix Wettstein, Grüne: Von unserer Fraktion wird mindestens ein Teil der Dringlichkeit nicht zustimmen und zwar, weil wir die Antwort schon haben, nämlich dass der Stadtrat diese Prüfung tatsächlich ohnehin vornimmt, unabhängig vom Postulat. Das haben wir erfahren, weil wir als Mitglieder des Vereins Lichtspiele an der Jahresversammlung waren und Martin Wey persönlich die entsprechende Auskunft bereits gegeben hat.

Marlène Wälchli Schaffner: Die CVP/EVP/GLP-Fraktion ist der Meinung, dass die Dringlichkeit nicht gegeben ist und wir sind einstimmig nicht für die Dringlichkeit, weil wir auch aus der Presse erfahren konnten, dass der Stadtrat dies bereits angeschaut hat. In diesem Sinne ist es für uns nicht dringlich. Es ist bereits am Laufen.

Gert Winter: Dringlich zu erklären wäre das Postulat lediglich, wenn die Stadt die Liegenschaft zur Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe dringend brauchen und der Stadtrat ohne Dringlicherklärung eine Gelegenheit einfach nur verpassen würde. Nach unserer Wahrnehmung ist beides nicht der Fall, weshalb die SVP nicht für die Dringlicherklärung stimmen wird.

Beschluss

Mit 29 : 13 Stimmen bei 1 Enthaltung wird die Dringlichkeit abgelehnt.

Mitteilung an:
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 28. Juni 2012

Akten-Nr. 14/14

Prot.-Nr. 63

Dringliche Interpellation Urs Knapp (FDP-Fraktion) betr. „Ländiweg – schlechte Visitenkarte für die Stadt Olten“/Frage der Dringlichkeit

Urs Knapp: Ich werde auch nur zur Dringlichkeit sprechen. Einerseits ist eine Frage zum Gigathlon enthalten, der im September vorbei sein wird, und andererseits wird wahrscheinlich auch der Sommer weitgehend vorbei sein, wo dieses Problem besteht. Von daher: Wenn wir am Ländiweg in diesem Sommer noch etwas bewirken und unsere Meinung dazu sagen möchten, müssen wir dies jetzt und können es nicht später tun.

Christian Werner: Die SVP-Fraktion unterstützt die Dringlicherklärung dieser Interpellation. Unseres Erachtens sind die Fragen nicht nur gerechtfertigt, sondern effektiv eben auch dringlich, wie es Urs erwähnt hat. Nichtdringlicherklärung hätte zur Folge, dass wir erst im Herbst wieder darüber diskutieren könnten. Das bringt nichts und wir sind deshalb für Dringlicherklärung.

Daniel Schneider, SP-Fraktion: Das Anliegen ist ja erkannt und bekannt. Ich glaube, es ist nicht der erste Vorstoss zu diesem Thema. Ich denke, der Stadtrat ist jetzt wirklich und ultimativ gefordert, mit Andaare das immer noch irgendwo in der Nutzungsplanung herum tümpelt, vorwärts zu machen oder sich eine spannende Zwischennutzung zu überlegen. Wir sind gegen die Dringlichkeit, weil wir finden, der Stadtrat ist im Bild und weiss, was er zu tun hat. Die Dringlichkeit würde daran auch nichts ändern. Man müsste jetzt einfach endlich eine Lösung auf den Tisch bringen. Was uns etwas irritiert, ist die Spezifizierung der sich aufhaltenden Gruppen durch Urs Knapp. Sie erscheint mir doch etwas gewagt und einseitig.

Beschluss

Mit 27 : 13 Stimmen bei 3 Enthaltungen wird der Dringlichkeit zugestimmt.

Mitteilung an:
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 28. Juni 2012

Akten-Nr. 3/4, 21/0

Prot.-Nr. 64

Dringliche Interpellation Florian Amoser (SP) und Mitunterzeichnende betr. geplanter Rückbau Wehr Olten-Winzgau/Frage der Dringlichkeit

Florian Amoser: Ich muss dies eigentlich nicht mehr weiter ausführen, als was schon hier steht. Das Mitwirkungsverfahren wird am 6. Juli abgeschlossen sein. Von daher muss dies, wenn es einen interessiert, vorher passieren. Sonst ist es dann gelaufen.

Stadtrat Dr. Martin Wey: Der Stadtrat wird sich am Montag mit dieser Thematik auseinander setzen und sich zu dieser Auflage auch vernehmen lassen. Es ist auf der Traktandenliste entsprechend publiziert.

Urs Knapp, FDP-Fraktion: Ich glaube, man könnte der Dringlichkeit zustimmen, weil es ein Geschäft ist, das noch beeinflusst werden und wo man auch noch Informationen austauschen kann. Von daher ist der Stadtrat, wenn er am Montag darüber reden wird, vielleicht sogar noch froh, wenn man heute Diskussionen hört.

Beschluss

Mit 25 : 16 Stimmen wird der Dringlichkeit zugestimmt.

Mitteilung an:
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 28. Juni 2012

Akten-Nr. 13/13

Prot.-Nr. 65

Rechnungen und Verwaltungsbericht 2011/Genehmigung

Die Jahresrechnung der Stadt Olten schliesst im Jahr 2011 rund 930'000 Fr. schlechter ab als budgetiert. Der daraus resultierende Aufwandüberschuss von 160'000 Franken ist hauptsächlich auf tiefere Steuereinnahmen bei den Juristischen Personen und steigenden Kosten im Sozialbereich zurückzuführen. Wie in den Vorjahren schliessen auch 2011 die Aufgabenbereiche kostenseitig mehrheitlich besser ab als budgetiert, was die fortgesetzt kosten- und verantwortungsbewusste Aufgabenwahrnehmung unterstreicht.

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen hiermit die Jahresrechnungen und den Verwaltungsbericht für das Rechnungsjahr 2011.

1. Resultatübersicht

Die Jahresrechnung der Stadt Olten schliesst 2011 erstmals seit vielen Jahren schlechter ab als budgetiert. Der Aufwandüberschuss von rund 160'000 fällt aber kleiner aus, als die Kostensteigerungen im Bereich Soziale Sicherheit (1.2 Mio. Franken) und der Steuereinbruch bei den Juristischen Personen erwarten liessen.

Grund dafür ist einerseits eine gute Ausgabendisziplin, liegt doch der Sachaufwand rund 1.6 Mio. Franken unter dem Budgetwert. Ausserdem konnte bei den Steuereinnahmen der Natürlichen Personen eine Steigerung um 2.2 Mio. Franken verzeichnet werden.

Der Steuereinbruch bei den Juristischen Personen gegenüber dem Vorjahr ist eklatant, konnte aber im laufenden Jahr durch Nachtaxationen und damit verbundene Auflösungsmöglichkeiten durch vorsichtige Steuerabgrenzungen in den Vorjahren gemildert werden. Die Steuereinnahmen der juristischen Personen lagen in der Rechnung 2010 rund 18.1 Mio. Franken höher, der Budgetwert 2011 wird um 4.8 Mio. Franken nicht erreicht.

Bei einem Realisierungsgrad von lediglich 55.7% liegt das Nettoinvestitionsvolumen mit 18.7 Mio. Fr. gegenüber dem Budgetwert viel zu tief. Der Selbstfinanzierungsgrad von 56.8% liegt dadurch, trotz schlechterem Rechnungsergebnis, höher als budgetiert und das Nettovermögen bleibt mit 1'565 Fr. deutlich über 1'000 Fr. (Budgetwert Fr. 860 pro Einwohner)

Sowohl das Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit wie auch das operative Ergebnis vor Steuern haben die Budgetwerte um 1.422 Mio. Fr. bzw. um 1.436 Mio. Fr. unterschritten.

Die tieferen Steuereinnahmen von 2.368 Mio. Franken lassen das Jahresergebnis in der Folge jedoch insgesamt um 0.932 Mio. Franken schlechter ausfallen als budgetiert.

Gestuffer Erfolgsausweis		Rechnung	Budget	Abweichung
in Tausend Fr. (Erträge bzw. Resultatverbesserungen mit Vorzeichen '-')		2011	2011	
A	Betrieblicher Aufwand vor Abschreibungen	100'824	100'708	116
30	Personalaufwand	52'845	52'315	530
31	Sachaufwand	18'173	19'769	-1'596
35	Entschädigungen Gemeinwesen	4'115	4'083	32
36	Beiträge	25'305	24'386	919
38	Einlagen in Spezialfinanzierungen	386	155	231
B	Betrieblicher Ertrag vor Steuern	-36'665	-35'127	-1'538
41	Regalien und Konzessionen	-120	-109	-11
43	Entgelte	-13'043	-13'169	126
45	Rückerstattungen	-5'867	-5'789	-78
46	Beiträge für eigene Rechnungen	-10'945	-10'520	-425
48	Entnahmen aus Spezialfinanzierungen	-6'690	-5'540	-1'150
C=A+B	Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit vor Abschreibungen und Steuern	64'159	65'581	-1'422
D	Ergebnis aus Finanzierung	11'896	11'910	-14
32	Passivzinsen (Finanzaufwand)	1'643	1'600	43
33	Abschreibungen	17'655	14'985	2'670
42	Vermögenserträge (Finanzertrag)	-7'402	-4'675	-2'727
E=C+D	Operatives Ergebnis vor Steuern	76'055	77'491	-1'436
40	Steuerertrag	-75'894	-78'262	2'368
F=E+40	Operatives Ergebnis nach Steuern	161	-771	932

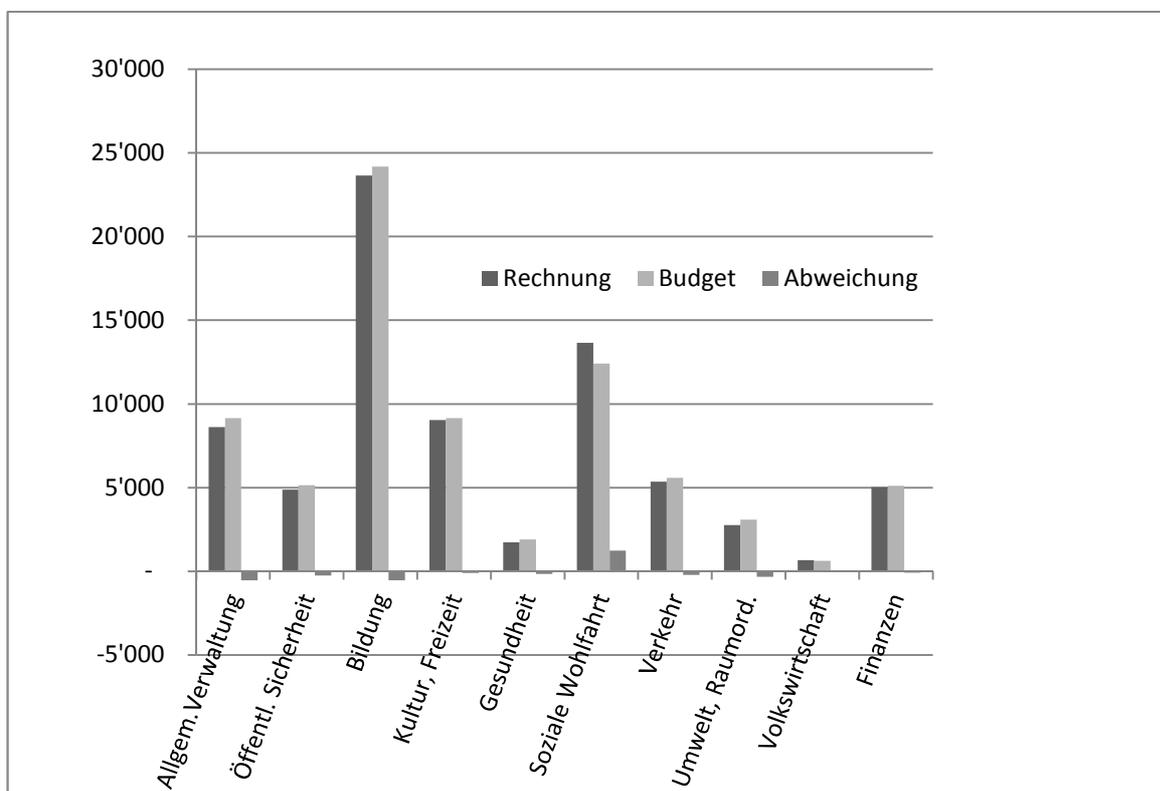
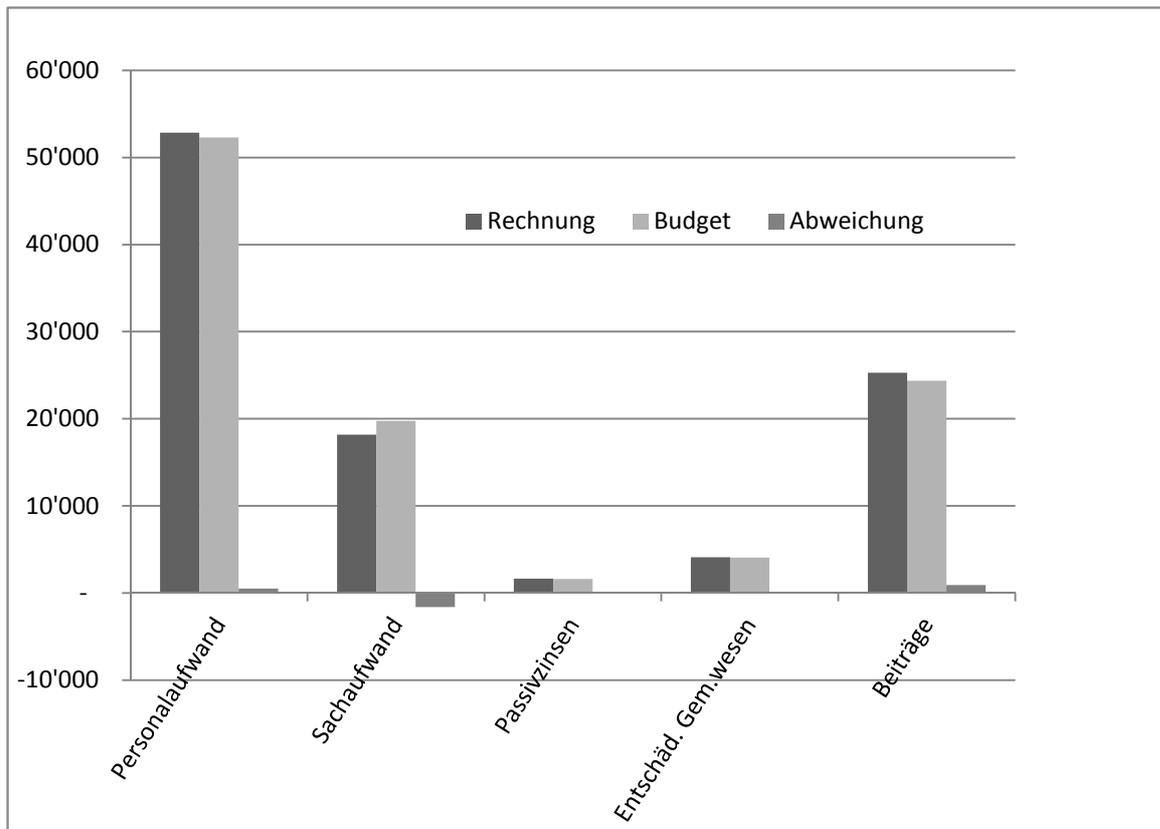
2. Vergleich mit den Budgetzielen

Der Stadtrat hat mit den Budgetrichtlinien die folgenden Finanzziele vorgegeben

1. Ausgleich der Laufenden Rechnung
2. Minimalabschreibungen des Verwaltungsvermögens mit 12% (kantonale Vorgabe 8%).
3. Selbstfinanzierungsgrad von 100% für Investitionen mit Werterhalt bzw. 80% für Gesamtinvestitionen.
4. Der Steuersatz für Juristische Personen nicht über 100% der einfachen Staatssteuern.
5. Die beeinflussbaren Ausgaben dürfen grundsätzlich nicht stärker als die erwartete Teuerung ansteigen.

Der Ausgleich der Laufenden Rechnung konnte unter den schwierigen Bedingungen bei den Steuereinnahmen nicht erreicht werden. Der Selbstfinanzierungsgrad lag bereits bei den Budgetwerten ausserhalb der Finanzziele und liegt in der Rechnung 2011 nur aufgrund der Verzögerungen bei Grossprojekten über dem Budgetwert. Die übrigen Ziele wurden erreicht bis deutlich übertroffen, so konnte beispielsweise auch das Wachstum für den beeinflussbaren Sachaufwand trotz Nachtragskrediten in Grenzen gehalten werden und schliesst 1.6 Mio. Fr. unter Budget ab.

Die wesentlichen Budgetabweichungen der Aufwand- und Ertragssacharten sind im Verwaltungsbericht der Direktion Finanzen und Informatik enthalten. Die folgenden Grafiken zeigen die gute Budgetdisziplin und die geringen Budgetabweichungen in den Kostenarten und Funktionen (in Tausend Fr.)



Nachfolgend werden die relevanten Abweichungen einzelner Funktionen kurz dargestellt

bzw. begründet (in Tausend Fr.):

0 Allgemeine Verwaltung

Nettoaufwand Budget	9'147
Nettoaufwand Rechnung	8'615
Budgetabweichung	-532

Die höchsten Abweichungen weisen die Funktionen Informatik (-295) aufgrund tieferem Dienstleistungseinkauf und Stadthaus (-280) aufgrund höherer Mietzinseinnahmen und tieferer Energiekosten aus.

1 Öffentliche Sicherheit

Nettoaufwand Budget	5'139
Nettoaufwand Rechnung	4'886
Budgetabweichung	-253

Budgetabweichung lässt sich durch tiefere Kosten in allen Abteilungen der öffentlichen Sicherheit erklären.

2 Bildung

Nettoaufwand Budget	24'178
Nettoaufwand Rechnung	23'645
Budgetabweichung	-533

Bemerkenswert sind die Mehrkosten im Besoldungsbereich Primarschule (+279) und HPS (+411), dennoch fallen die Nettokosten im Bereich der Bildung gegenüber Budget tiefer aus. Dies hauptsächlich aufgrund der Kostenübernahme durch den Kanton und andere Gemeinden im Bereich der HPS und tieferen Besoldungskosten bei der Sekundarstufe (-357).

3 Kultur, Freizeit, Sport

Nettoaufwand Budget	9'144
Nettoaufwand Rechnung	9'040
Budgetabweichung	-104

Zahlreiche kleinere Über- und Unterschreitungen ergeben diese Unterschreitung der Nettokosten.

4 Gesundheit

Nettoaufwand Budget	1'899
Nettoaufwand Rechnung	1'739
Budgetabweichung	-160

Tiefere Kosten im Spitex-Bereich (-157).

5 Soziale Wohlfahrt

Nettoaufwand Budget	12'415
Nettoaufwand Rechnung	13'658
Budgetabweichung	+1'243

Der Gemeindebeitrag an die EL (+640), sowie Kostensteigerungen bei der gesetzlichen Sozialhilfe (+744) belasten die Rechnung zusätzlich.

6 Verkehr

Nettoaufwand Budget	5'580
---------------------	-------

Nettoaufwand Rechnung	5'362
Budgetabweichung	-218

Ein höherer Nettoertrag bei den Parkplätzen (-92), tiefere Kosten beim Winterdienst (-81), sowie ein tieferer Beitrag an den Kanton für das öV-Angebot (-147) entlasten die Rechnung.

7 Umwelt und Raumordnung

Nettoaufwand Budget	3'088
Nettoaufwand Rechnung	2'768
Budgetabweichung	-320

Die grössten Budgetabweichung stammen aus der Funktion 740 Friedhof Bestattungen (-152) und 781 öffentliche Bedürfnisanstalten (-71).

8 Volkswirtschaft

Nettoaufwand Budget	626
Nettoaufwand Rechnung	670
Budgetabweichung	+44

Der Erwerb von Gewässerparzellen im Rahmen der Landumlegung Region Olten (+20) stellt die grösste Einzelabweichung zum Budget dar.

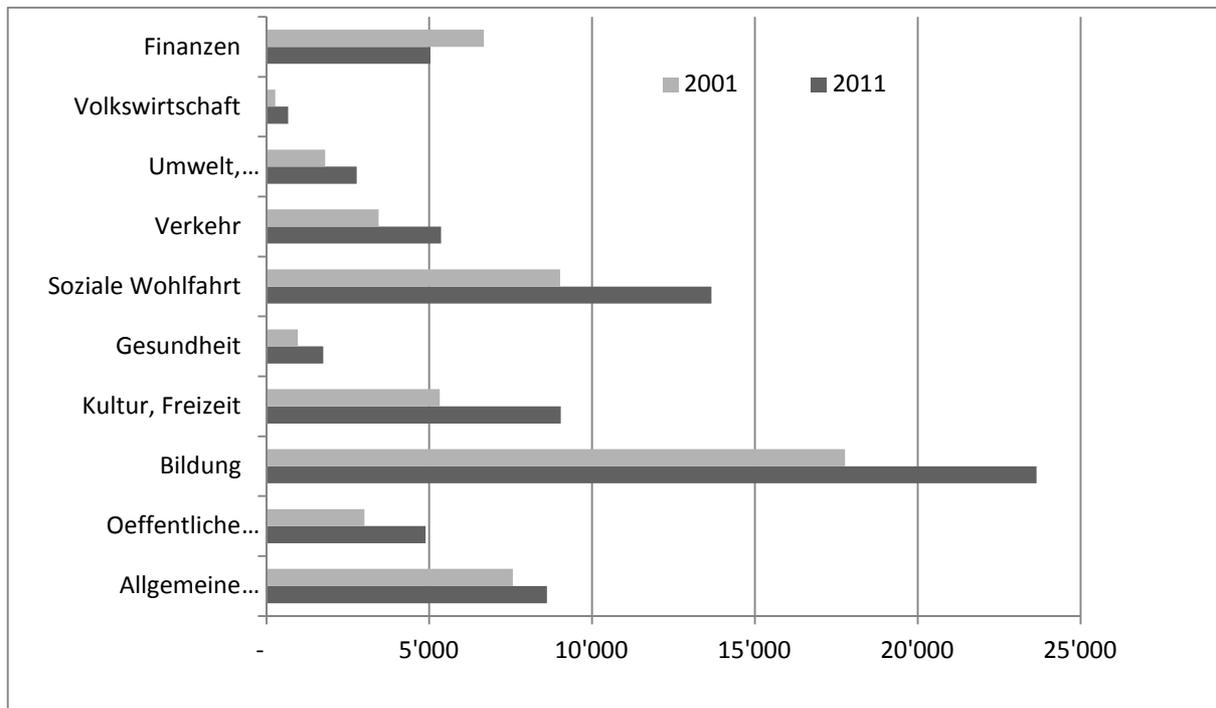
9 Finanzen (ohne Steuern)

Nettoaufwand Budget	5'107
Nettoaufwand Rechnung	5'037
Budgetabweichung	-70

Aufgrund der hohen Rückzahlungen bei den Vorbezügen, fallen die Einnahmen bei den Verzugszinsen nicht nur tiefer aus als budgetiert, sondern belasten die Rechnung auch im 2011 wesentlich (+98). Ebenfalls deutlich höher fallen die Abschreibungen (ohne Auflösung der Vorfinanzierungen) aus (+2'207). Demgegenüber fallen der Nettoertrag der Liegenschaften des Finanzvermögens (-2'485), die Ablieferungen der sbo (-280) positiv aus.

3. Entwicklung der Nettobelastungen der Hauptfunktionen im 10-Jahresvergleich

In absoluten Zahlen gemessen, hat der Bereich Bildung mit einer Zunahme von 5.884 Mio. Fr. die grösste Steigerung innerhalb der letzten 10 Jahre erfahren. Das Angebot im Bildungsbereich wurde in dieser Zeit stark erweitert (ICT, Blockzeiten, Geleitete Schulen, Begabtenförderung etc.). Frankenmässig einen markanten Anstieg verzeichnet auch der Bereich Soziale Wohlfahrt mit 4.640 Mio. Fr.



4. Investitionsrechnung (in Tausend Fr.)

Brutto-Investitionen Budget	40'800
Brutto-Investitionen Rechnung	23'517
Budgetabweichung	-17'283
Netto-Investitionen Budget	33'570
Netto-Investitionen Rechnung	18'693
Budgetabweichung	-14'877

Die Brutto- und Nettoausgaben liegen weit unter dem veranschlagten Wert. Verzögerungen bei Grossprojekten erklären den tiefen Realisierungsgrad von 55.7%. Der Selbstfinanzierungsgrad liegt mit 56.8% dadurch höher als im Budget vorgesehen (44.1%).

Folgende Projekte wurden nicht wie geplant ausgeführt (Einzelprojekte mit einer Realisierungsdifferenz von mehr als 0.5 Mio. Fr.):

Projekt	Differenz in Mio Fr.
Eissportanlage, Investitionsbeitrag	7.0
Sälischulhaus Sanierungen	2.9
Kleinholz, Erschliessungen	2.2
Parkleitsystem	2.0
Bahnhof Ost. Strassenraum	1.3
Erschliessung Olten SüdWest	0.7

5. Bilanzwerte und weitere Kommentare

Kommentare zur Bilanz sind im Jahresbericht Finanzen und Informatik - Abschnitt D - enthalten.

6. Ergebnisse aus Rechnungen mit Spezialfinanzierungen

6.1 Abwasserentsorgung (711)

Bei einem Umsatz von 4.168 Mio. Fr. schliesst die Betriebsrechnung nach Abschreibungen von 1.653 Mio. Fr. ausgeglichen ab. Der Buchwert der Aktiven beträgt Ende Rechnungsjahr noch 6'324 Mio. Fr.. Der Wiederbeschaffungswert für Kanalisationen und Spezialbauwerke wurde seinerzeit vom Amt für Umwelt SO auf rund 86 Mio. Fr. ermittelt. Für die Abwasserentsorgung wurden Bruttoinvestitionen von 2.807 Mio. Fr. getätigt. An Kanalisationsgebühren konnten 1.286 Mio. Fr. in Rechnung gestellt werden. Die Tarifausgleichsreserve blieb mit 0.908 Mio. Fr. unverändert.

6.2 Abfallbeseitigung (721)

Bei einem Ertrag von ca. 2.045 Mio. Fr. wird auch in diesem Bereich ein Überschuss von 0.192 Mio. Fr. ausgewiesen. Dieser Betrag ist als Einlage in die Spezialfinanzierung verbucht worden. Der Buchwert der aktivierten Fahrzeuge beträgt Ende Rechnungsjahr noch 0.761 Mio. Fr.. Die Reserve für die Abfallbeseitigung beträgt danach 1.604 Mio. Fr.

7. Sonderrechnungen

7.1 Pensionskasse der Stadt Olten

Die Darstellung der Jahresrechnung der Pensionskasse der Stadt Olten (inkl. angeschlossener Körperschaften) entspricht der Rechnungslegung nach Swiss GAAP FER 26. Die Betriebsrechnung schliesst trotz einer Kapitalrendite von 1.68% bis Ende 2011 mit einem Mehraufwand von 3'457'339.47 Fr. ab. Der Deckungsgrad ist von 83.4% auf 82.1% gesunken. Die vorhandene Arbeitgeber-Beitragsreserve von 21.0 Mio. Fr. zu Gunsten der Stadt Olten entspricht einem Deckungsgrad von knapp 11.0%. Sie entspricht einem Anteil von rund 60% der gesamten Unterdeckung von 35.305 Mio. Franken.

Weitere Informationen sind dem Jahresbericht der Pensionskasse zu entnehmen.

7.2 Regionale Zivilschutzorganisation

Der Kostenanteil für die angeschlossenen Gemeinden liegt um rund Fr. 47'000.00 unter dem Budgetwert.

7.3 Regionaler Führungsstab

Der Kostenanteil für die angeschlossenen Gemeinden liegt um rund Fr. 9'000.00 unter dem Budgetwert.

7.4 Sozialregion

Die administrativen Kosten bewegten sich im budgetierten Rahmen. Für die Stadt Olten liegt der Gemeindebeitrag für das Vormundschafts- und Sozialamt rund 0.156 Mio. Fr tiefer als budgetiert. Der Beitrag für die gesetzliche Sozialhilfe lag aufgrund der höheren kantonalen Abrechnungspauschale rund 0.744 Mio. Fr. höher als budgetiert. Weitere Informationen sind dem Verwaltungsbericht der Direktion Soziales zu entnehmen.

8. Kennzahlen

Zur Beurteilung der Finanzlage eines Gemeinwesens und zur Steuerung der Haushalte werden Finanzkennzahlen herangezogen. Im Vordergrund stehen.

- Nettoschuld pro Einwohner/in
- Selbstfinanzierungsgrad
- Selbstfinanzierungsanteil
- Zinsbelastungsanteil

Seit 2007 kann ein Nettovermögen ausgewiesen werden. Der aktuelle Wert pro Kopf beträgt

Fr. 1'565. Deshalb ist der Zinsbelastungsanteil mit – 2.7% weiterhin unter der Nullgrenze.

Der Selbstfinanzierungsgrad liegt bei 56.8% und der Selbstfinanzierungsanteil bei 9.4%. Diese Werte sind in einer langfristigen Betrachtung zu tief, wurden aufgrund des grossen Investitionsvolumens bei der Budgeterstellung aber bewusst in Kauf genommen und liegen aufgrund des tiefen Realisierungsgrades der Investitionsrechnung über den prognostizierten Werten.

Beschlussesantrag:

1. Die folgenden Rechnungsergebnisse 2011 werden zur Kenntnis genommen:

a) Laufende Rechnung (Erfolgsrechnung)	Aufwandüberschuss	Fr.	160'968.33
b) Investitionsrechnung	Nettoinvestitionen	Fr.	18'693'476.07
c) Bestandesrechnung (Bilanz)	Bilanzsumme	Fr.	194'424'901.97
d) Betriebsrechnung Pensionskasse Stadt Olten	Aufwandüberschuss	Fr.	3'457'339.47
e) Bilanz Pensionskasse der Stadt Olten	Bilanzsumme	Fr.	184'107'697.88

2. Der Aufwandüberschuss der Allgemeinen Verwaltung von Fr. 160'968.33 ist mit dem Eigenkapital zu verrechnen.

3. Bericht und Antrag der Rechnungsprüfungskommission vom 23. Mai 2012 sowie der Bestätigungsbericht der Kontrollstelle an die Pensionskasse vom 25. April 2012 werden zur Kenntnis genommen.

4. Die Rechnungen und Berichte über die Verwaltung der Einwohnergemeinde Olten und der Pensionskasse der Stadt Olten für das Berichtsjahr 2011 werden mit den darin enthaltenen Nachtragskrediten und Kreditüberschreitungen genehmigt. Behörden und Verwaltung werden von der damit verbundenen Verantwortung entlastet.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit dem Zustimmungsantrag der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

EINTRETEN

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

Christian Werner: Die Mitglieder der GPK sind mit dem Bericht und Antrag des Stadtrates und den Rechnungen und Berichten 2011 zeitgerecht bedient worden. Stadtpräsident Ernst Zingg und Finanzverwalter Markus Sieber haben die Jahresrechnung 2011 in der GPK kompetent und aufschlussreich präsentiert. Wir danken der Finanzdirektion für die umfassenden Unterlagen und den verschiedenen Direktionen für ihre jeweiligen Berichte. Die Jahresrechnung schliesst, wie bekannt ist, zum ersten Mal seit vielen Jahren mit einem Defizit von rund Fr. 160'000.—, das heisst zirka Fr. 930'000.— schlechter als budgetiert. Diese Differenz ist, wie seitens des Stadtrates und des Finanzverwalters ausgeführt wurde, in der Hauptsache auf tiefere Steuereinnahmen bei den juristischen Personen und auf steigende Kosten im Sozialbereich zurück zu führen. Gleichzeitig sind die Steuererträge bei den natürlichen Personen während des letzten Jahres deutlich, konkret um 2,2 Millionen Franken angestiegen, was in der GPK natürlich für Freude gesorgt hat. Weiter ist ausgeführt und betont worden, dass das Ergebnis aus der betrieblichen Tätigkeit besser als budgetiert ist und der Sachaufwand 1,6 Millionen Franken unter dem Budget liegt. Das spreche für eine grosse Budgetdisziplin der Verwaltung. Ebenfalls betont worden ist die Tatsache, dass ausser der sozialen Wohlfahrt alle Funktionen unter dem Budget abgeschlossen haben. Die

Ausnahme, das heisst eben der Sozialbereich, sei auf die Ergänzungsleistungen bei der AHV und auf die steigenden Kosten bei der gesetzlichen Sozialhilfe zurück zu führen. Insgesamt beträgt die Kostensteigerung im Bereich soziale Sicherheit 1,2 Millionen Franken. Trotz der unschönen Tatsache, dass die Rechnung ein Defizit aufweist, ist sie in der GPK recht positiv aufgenommen worden. Das Eintreten auf die Vorlage war unbestritten und einstimmig. Es ist festgestellt worden – das muss aus Sicht der GPK klar gesagt werden – dass der Aufwandüberschuss angesichts des grossen Steuereinbruchs bei den juristischen Personen und den doch massiven Kostensteigerungen im Sozialbereich recht bescheiden ausfällt. Deshalb muss man mit dem Abschluss eigentlich trotz Defizit zufrieden sein. In der rund zweistündigen Detailberatung wurden in der GPK verschiedene Themen besprochen. Ich möchte einige kurz ansprechen. Gefragt worden ist beispielsweise nach den Gründen für die nicht getätigten Investitionen. Darauf ist uns erklärt worden, dass dies unterschiedliche Gründe hat, keineswegs aber Investitionen absichtlich nicht ausgelöst worden sind. Dieser Umstand bzw. eben diese Verzögerungen sind auf Submissionsbeschwerden zurück zu führen. Teilweise haben Vorlagen aber auch Begehren des Parlamentes überarbeitet werden müssen, so beispielsweise das Projekt Andaare, was zu Verschiebungen über den Jahreswechsel hinaus geführt hat. Im Bereich Olten SüdWest haben beispielsweise gewisse Investitionen deshalb nicht getätigt werden können, weil die Stadt laut dem Baudirektor in langwierigen Verhandlungen mit den Landeigentümern steckt und Differenzen bezüglich der Qualität der Erschliessung bestehen. Seitens der GPK wurde festgehalten, dass trotz dieser Verzögerungen bzw. nicht ausgelösten Investitionen im Vergleich zu anderen Jahren mit 18,7 Millionen Franken Nettoinvestitionen ein hohes Investitionsvolumen realisiert worden ist. Einfach, damit man dies im Hinterkopf hat, wenn man über die nicht getätigten oder nicht ausgelösten Investitionen spricht. Unter dem Strich sind diese nichts desto trotz sehr hoch. Ein weiteres Thema, das eingängig diskutiert worden ist, waren die Steuereinnahmen bei den juristischen Personen. Diesbezüglich wollte man beispielsweise wissen, ob sich die verschiedenen Branchen, was die Steuereinnahmen anbelangt, unterschiedlich entwickelt haben. Der Finanzverwalter hat ausgeführt, dass diese Branchen im vergangenen Jahr ein heterogenes Bild gezeigt haben, auch branchenintern. So gibt es beispielsweise grosse Unterschiede zwischen den ansässigen Grossbanken und den übrigen Banken. Der Rückgang bei den juristischen Personen – so ist uns erklärt worden und dies überrascht in diesem Saal wahrscheinlich niemanden allzu gross – hänge insbesondere mit den gesunkenen Erträgen bei der besten Steuerzahlerin zusammen. Wir wissen alle, wer dies ist. In diesem Zusammenhang ist auch betont worden, dass das Ergebnis 2011 noch durch Nachtaxationen abgefedert werden konnte. Das wird in diesem Jahr, sprich 2012, nicht mehr der Fall sein. Einfach, damit man dies auch bereits im Hinterkopf hat. Diskutiert worden, und auch das überrascht wahrscheinlich niemanden allzu gross, zudem das Thema Pensionskasse. Hier ist beispielsweise nach den Auswirkungen der Neuregelungen auf Bundesebene gefragt worden. Grundsätzlich ist seitens der GPK festgehalten worden, dass Handlungs- und Änderungsbedarf besteht, weil sich der Deckungsgrad der städtischen Pensionskasse in den nächsten Jahren, vor allem angesichts der tiefen Zinsen, kaum verbessern, sondern vermutlich das Gegenteil eintreffen wird. Es ist auch darauf aufmerksam gemacht worden, dass der Deckungsgrad nach wie vor mit einem technischen Zinssatz von 4 % Zins berechnet wird. Würde dieser Deckungsgrad nicht mehr mit den erwähnten 4 % Zins berechnet werden, würde er noch tiefer liegen, sogar unter 80 %. Dies einfach als Feststellung. Schliesslich haben wir dann auch noch über die Unterlagen diskutiert. So ist die Frage aufgeworfen worden, wer den ausführlichen Verwaltungsbericht auch wirklich lese. In diesem Zusammenhang ist seitens des Stadtrates und der Verwaltung ausgeführt worden, dass Auszüge davon in Form eines Flyers in alle Haushaltungen verteilt werden – ich gehe davon aus, dass es derjenige ist, den wir heute aufliegend haben – und dieser Bericht auch der Verwaltung dient und ein Controllinginstrument ist. Im Weiteren wurde nach der weiteren Berechtigung der Beilage gefragt, verursache sie doch einen sehr hohen Arbeitsaufwand seitens der Verwaltung. In der GPK war man dann der einhelligen Meinung, dass die Beilage in der aktuellen Form kaum Beachtung findet, nicht mehr viel bringt und deshalb in Zukunft darauf verzichtet werden kann. Erhebungen in konkreten Fällen werden von der GPK allerdings als sinnvoll erachtet und ausdrücklich gewünscht. Die GPK stimmt den Beschlussesanträgen einstimmig zu, empfiehlt das Gleiche auch dem

Parlament zu tun, also einstimmige Zustimmung, und dankt den Verantwortlichen sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die im Jahr 2011 geleisteten Arbeiten.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Vorweg, Herr Präsident der GPK, danke vielmals für die hervorragende Zusammenfassung. Ich kann dadurch vielleicht etwas Zeit sparen und etwas abkürzen. Es gibt trotzdem zwei, drei Sachen, die ich etwas aus der Sicht des Stadtrates auch kommentieren werde. Zur Parlamentssitzung Rechnung 2010 des letzten Jahres gibt es eine Parallele. Damals wie heute hatten bzw. haben wir im Nachhinein dringliche Vorstösse zu behandeln. Das ist aber gerade die einzige Gemeinsamkeit, die es gibt, weil das Ergebnis der Rechnung 2011 einfach nur in Zahlen nicht mit dem Vorjahr verglichen werden kann. Das Ergebnis eines Jahres, wie es auch immer ausfällt, ist ein sehr wichtiges Mittel der Selbstdarstellung, nicht von meiner, sondern derjenigen der Stadt. Das gilt, so meine ich, sowohl in der Wirtschaft als eben auch bei der öffentlichen Hand. Es ist nicht irgendwie als Überheblichkeit zu verstehen. Die Zahlen von Olten haben selbstverständlich Wirkung für die Stadt, aber auch für die Region und insbesondere auch für den Kanton, und werden mit recht grossem Interesse verfolgt. Wenn das Ergebnis zahlenmässig spektakulär ausgefallen ist, darf man dies ja positiv kommentieren. Finanzminister haben natürlich die Eigenart, auch bei ausgezeichneten Ergebnissen trotzdem zurückhaltend zu sein. Parlamente kommentieren ebenfalls und finden auch noch irgendein Haar in der berühmten Suppe. Das gehört sich und macht eigentlich auch nichts. Die Rechnung ist ja mit dem Budget zum gleichen Jahr verbunden. Hier möchte ich einmal mehr festhalten, dass der städtische Finanzhaushalt zu einem sehr grossen Teil durch Bund und Kanton fremdbestimmt wird. Bund und Kanton. Stichwort gebundene Ausgaben: Eine Ausgabe ist gebunden, wenn bezüglich Umfang, Zeitpunkt oder anderen Modalitäten kein Entscheidungsspielraum besteht. Man hat keine Wahlfreiheit. Im Weiteren ist es natürlich auch eine gewisse Kunst, mit einem Budget ein Jahr vorher schon das Ergebnis des kommenden Jahres voraussagen zu können. Wichtige Komponenten, aber auch ganz normale Mechanismen können das Ergebnis massiv beeinflussen und die für unsere Stadt so wunderbar tönende Aussage, dass über 50 % des Steueraufkommens von den juristischen Personen stammen, hat für das Jahr 2011 eine besondere Bedeutung. Die Problematik, dass dabei eine Unternehmung einen wesentlichen Teil beisteuert, kennen wir. Sie kann zu einem echten Problem werden, wenn diese Unternehmung auch gewisse wirtschaftliche Schwierigkeiten hat, die gewaltige Korrekturen zur Folge haben, mit Wirkung intern, aber eben auch auf externe Partner. Sie wissen, wen und was ich meine, genau wie es der Präsident der GPK vorher gesagt hat. Es ist wiederum ganz besonders wichtig, dass wir uns mit diesen zahlreichen ausgezeichneten juristischen Personen, Unternehmungen und KMUs auf dem Platz Olten sehr gut verständigen. Das so entstehende Frühwarnsystem, positiv oder negativ, ist sehr hilfreich. Es hat gerade auch in den letzten zwei Jahren dazu geführt, dass wir schon fast konservativ gehandelt, sprich relativ konservativ budgetiert haben, eben wissend, dass sogenannte normale Steuereinnahmen zurück gehen könnten. Den natürlichen Personen unserer Stadt, uns allen Steuerzahlenden dürfen und müssen wir wirklich ganz herzlich danken. Sie haben einen ganz wesentlichen Mehrbeitrag zum Steuertopf geleistet. Die Verwaltung hat bei der Budgetierung den ständigen Auftrag, dies nach dem berühmten Zero-Base-Budgeting-System zu machen. Bei der Bearbeitung der bewilligten Mittel im Geschäftsjahr gilt dies natürlich ebenfalls und das Grundprinzip führt dazu – das merken wir jetzt – dass in den beeinflussbaren Bereichen des Sachaufwandes auch gute oder bessere Ergebnisse erzielt werden können. Der zweite Teil des „dicken Buches“ gehört der eigentlichen Verwaltung mit dem Verwaltungsbericht zum Geschäftsjahr, der Geschichte der Stadt Olten. Der Prosatext ist ja mit Zahlen, Grafiken und Bildern gespickt und zeigt die Geschichte der Stadt für das Jahr 2011. Diese Geschichte müssen und dürfen wir heute Abend offiziell zur Kenntnis nehmen. Beeinflussen können wir sie natürlich nicht mehr. Ich komme etwas konkreter zur Rechnung 2011. Einige Punkte der Jahresrechnung möchte ich etwas anschaulicher ansprechen. Ich versuche, Doppelspurigkeiten zum Vorredner zu verhindern. Wenn man eine Rechnung mit einem Volumen von 132 Millionen Franken mit einem Defizit von Fr. 160'000.— abschliesst, darf man dies mit Verlaub als Ziellandung bezeichnen, eine sogenannte rote Null. Die Differenz zum budgetierten positiven Ergebnis ist Fr. 930'000.—. Ziele für den Voranschlag 2011 sind in Bezug auf Abschreibungen, Wachstum des beeinflussbaren Finanzaufwandes und

Steuersatz erreicht worden. Der Selbstfinanzierungsgrad liegt über Budget, steht aber etwas im Zusammenhang mit den Verzögerungen in der Realisierung der Grossprojekte und mit einem Minus von Fr. 160'000.— ist die Rechnung einfach nicht ganz ausgeglichen. Das Ergebnis ist vor allem auf die ausgebliebenen Steuereinnahmen bei den juristischen Personen zurück zu führen, wie es Christian Werner bereits gesagt hat. Im Vergleich zur Rechnung 2010 waren es immerhin minus 18,1 Million Franken und der Budgetwert ist um 4,8 Millionen nicht erreicht worden. Eine zweite Hauptkomponente sind die gestiegenen Kosten im Sozialbereich und hier wiederum Veränderungen im EL-Bereich (Fr. 640'000.—), und die gestiegenen Kosten im Sozialhilfereich von Fr. 750'000.—. Wichtig ist aber zu wissen, dass die eigentlichen Betriebskosten, also der Mechanismus, wie gearbeitet wird, und die Funktionalität der Institution im Sozialbereich gegenüber dem Vorjahr gesunken sind. Das funktioniert. Das Ergebnis aus der betrieblichen Tätigkeit lautet auf 64,2 Millionen Franken und schliesst 1,4 Millionen besser als budgetiert ab. Das Ergebnis aus der Finanzierung ist auch leicht besser als im Budget. Ich wiederhole es sehr gerne: Die Steuereinnahmen der natürlichen Personen sind im Vergleich zur Rechnung 2010 um 3,5 Millionen Franken höher. Dazu ist der Sachaufwand, und hier danke ich wirklich auch von unserer Seite her offiziell im Namen des Stadtrates den Mitarbeitenden der Stadt, um 1,6 Millionen Franken unter Budget. Das wiederum zeigt oder gibt uns eben das Recht, dass wir gerade beim Sachaufwand in der Budgetphase klare Zielsetzungen formulieren und ebenso klare Weisungen erteilen und diese natürlich auch durchsetzen müssen. In der Aufstellung nach Funktionen stellen wir fest, dass eigentlich fast alle unter Budget abgeschnitten haben. Die soziale Wohlfahrt ist erwähnt worden. Wir wollten 40,8 Millionen Franken Bruttoinvestitionen auslösen und haben mit 23,5 Millionen brutto den Wert klar nicht erreicht. Auch gesagt worden ist, und dafür bin ich, Christian, sehr dankbar, dass wir natürlich mit der Zahl von 23,5 Millionen im Verhältnis zu den Investitionen über eine längere Periode immer noch ganz beträchtlich weit oben sind. Was wir in den letzten Finanzplänen mit den weit über 30 Millionen Franken geplant haben, ist eigentlich für unsere Stadt fast nicht tragbar. Hier müssen wir herunter kommen. Es zeigt, dass wir jetzt in einer Phase sind, wo wir solche Sachen ganz klar beurteilen müssen. Schon vorher mussten wir dies. Die Gründe für diesen tiefen Wert sind im Bericht und Antrag ja deklariert, und der Präsident der GPK hat es bereits gesagt. Immer interessant sind natürlich auch die Kennzahlen mit den entsprechenden Grafiken. Ich muss es einfach sagen. Das hören unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger ja zu Recht gerne. Ich habe es gerade am gestrigen Ausflug der 75-jährigen Oltnerinnen und Oltner wieder gesagt. Wenn man ihnen sagen kann, dass alle Fr. 1'565.— Vermögen haben, ist es so herzlich, wenn sie fragen, wann sie es bei der Stadtkasse abholen können. Es ist einfach eine Zahl, die im Raum steht und zeigt, dass wir nicht um Fr. 4'500.— oder Fr. 8'500.—, wie wir gerade von unserer bündnerischen Partnergemeinde gehört haben, verschuldet sind. Das ist für Bündner Verhältnisse nicht einmal die oberste Grenze. Auch die Bilanz der Nachtragskredite darf sich sehen lassen. Das ist ein Kind, das wir seit Jahren pflegen respektive eine Pflanze, die wir nicht verhungern lassen wollen. Wir begiessen sie aber auch nicht zu sehr, damit sie zu sehr wächst. Im Gegenteil: Sie soll stetig und klar bewirtschaftet werden. Die Richtgrösse von 3 % ist mit 1,33 % klar unterschritten. Das ist erfreulich und zeigt eigentlich, dass man im Finanzbereich über die gesamte Struktur der Stadt gut zusammenarbeitet und mitdenkt. Ein Nachtragskredit ist per se ja eigentlich nichts Schlechtes. Das richtige Handling kann ein Führungsinstrument sein. Wir vom Stadtrat empfinden dies ganz klar so. Weitere Details aus der Rechnung möchte ich nicht mehr erwähnen. Sie haben alles gelesen, studiert, diskutiert und Fragen formuliert. Ich denke, sie sind in den Fraktionen beantwortet worden. Seit den Fraktionssitzungen haben einige von ihnen schriftlich Fragen beim Stadtrat eingereicht. Für das Handling in der Art, dass man sich vorbereiten kann, möchten wir uns bedanken. Wir werden versuchen, sie im Laufe der Behandlung zu beantworten, wenn dies auch gewünscht wird. Ich möchte einen kleinen Ausblick auf 2012 und die folgenden Jahre machen. Das budgetierte 2012 wird definitiv nicht besser als 2011 sein. Die Prognose bei den juristischen Personen ist dementsprechend. Trotzdem werden wir auch das aktuelle Jahr dank der guten finanziellen Grundlage meistern. Für den Finanzplan 2013 – 19 und das Budget 2013 wurden Richtlinien erlassen und ebenfalls sind sie der Situation, in der wir jetzt stecken, natürlich angepasst worden. Es geht darum, dass das Investitionsvolumen klar herunter gesetzt wird und eine klare Priorisierung der Projekte zur Folge haben wird. Das kann schon noch zu Diskussionen führen, auch in

diesem hohen Hause. Dazu ist auch das Ziel, dass der beeinflussbare Sachaufwand noch einmal nach unten korrigiert werden muss. Das alles machen wir so oder so, unbeeinflusst von der wirtschaftlichen Situation gewisser Unternehmungen. Man muss auf einen gesunden Wert herunter kommen. Das ist Geschichte, genau wie vor vierzehn Tagen die Geschichte einer grossen Abstimmung, einer Fusion abgehandelt wurde. Das ist auch Geschichte. Wir haben damals nie etwas anderes gesagt, als dass nämlich 87,6 % des gesamten Haushaltes einer fusionierten Gemeinde die Stadt Olten betrifft, und wir haben immer genau so gearbeitet und argumentiert und nie etwas anderes gesagt. Über Steuern reden wir heute aktuell natürlich nicht. Alles zu seiner Zeit beim Finanzplan und beim Budget. Das werden wir in der zweiten Hälfte dieses Jahres besprechen. Der Prozess läuft auf Hochtouren. Irgendeinmal hat jemand gesagt, und das habe ich in diesem Rat auch schon einige Male erklärt oder wiederholt: Finanzpolitik ist letztlich nichts anderes als die Anwendung der zehn Gebote, kombiniert mit den Grundrechnungsarten, und die vier Grundrechnungsarten, die wir kennen, lassen sich durch die Politik nicht aufhalten. Das ist auch klar. Ich darf das Parlament im Namen des Stadtrates bitten, dem Bericht und Antrag zur Rechnung und der Geschichte zuzustimmen und zwar die Ziffern 1 und 3 zur Kenntnis zu nehmen und die Ziffern 2 und 4 zu genehmigen. Besten Dank.

Gert Winter, SVP-Fraktion Das Resultat der Rechnung 2011 fällt mit einem Aufwandüberschuss von lediglich Fr. 160'000.— auf den ersten Blick wesentlich besser als befürchtet aus. Erwartet haben wir eigentlich einen Aufwandüberschuss im tieferen zweistelligen Millionenbereich. Stattdessen verzeichnen wir jetzt eine rot eingefärbte Null. Um beliebte, aber unerwünschte politische Missverständnisse zu vermeiden: Das bedeutet nicht, dass die SVP einen Betrag von Fr. 160'000.— als quantité négligeable betrachtet. Im Verhältnis zu einem Budget von rund 130 Millionen Franken erscheint uns aber ein Aufwandüberschuss von etwas über 1 Promill des Gesamtbudgets als unwesentlich, dies speziell angesichts der Beibehaltung des Abschreibungssatzes von 12 %. Der stadträtliche Verzicht auf Rechnungskosmetik, etwa durch Absenkung des Abschreibungssatzes auf den kantonal zulässigen Minimalwert von 8 %, macht uns in diesem Zusammenhang einen guten Eindruck. Ebenfalls positiv zu verzeichnen ist die sogenannte Ausgabendisziplin der Verwaltung, die typischerweise auch einen gewissen Beitrag zur Erreichung der Budgetziele leistet. Aber alle Lichtblicke, welche die Rechnung 2011 allenfalls bietet, vermögen nicht über die Zufälligkeit der Güte des Resultates hinweg zu täuschen. Hätten alle Investitionsprojekte wie vorgesehen realisiert werden können, wäre der Aufwandüberschuss mehr als 16 Millionen Franken höher ausgefallen. Da es jedoch absehbar ist, dass Baueinsparungen, Submissionsbeschwerden oder Verhandlungen mit Bauherren inskünftig einmal zu einem mehr oder weniger guten Ende kommen, werden die entsprechenden Investitionen in einem der Folgejahre anfallen und dann die Rechnung zusätzlich belasten. Von daher gibt es für die SVP derzeit keinen Anlass, die kritische Haltung gegenüber allzu hohen Investitionen zu überdenken. Ausserdem wird auch inskünftig mit unserer Opposition zu rechnen sein, wenn hohe Kosten einer Investition einem geringfügigen Nutzen für die Oltnen Bevölkerung gegenüber stehen. Neben den Investitionen gibt es aber auch noch andere Bereiche, denen wir besondere Aufmerksamkeit schenken werden. Ich erwähne in diesem Zusammenhang lediglich zwei Bereiche: Die Pensionskasse und die soziale Wohlfahrt. Was letztere anbelangt, so ist es bekannt, dass vermehrt Fürsorgeabhängige speziell in den Kanton Solothurn und somit auch nach Olten umziehen, weil sie mit den ihnen zustehenden Fürsorgegeldern hier ein angenehmeres Leben als in Nachbarkantonen mit höheren Lebenshaltungskosten führen können. Wenn dem so ist, sind die Anreize offensichtlich falsch gesetzt. Dagegen können Stadt- und Gemeinderat von Olten zwar nichts ausrichten, weil die Lösung dieses Problems auf einer höheren Staatsebene angesiedelt ist. Das bedeutet aber nicht, dass bei den Problemen im Fürsorgebereich, die auf lokaler Ebene manifest werden, wie beispielsweise Sozialhilfemissbrauch, auf eine wirksame Gegenstrategie verzichtet werden darf. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die Interpellation von Christian Werner, die vor dieser Sitzung zirkuliert hat. Was schliesslich die Pensionskasse anbelangt, so hoffen wir, dass die in Aussicht stehende Vorlage nicht allzu weit hinter den Anforderungen des aktuellen Umfeldes zurück bleibt. Die Fraktion SVP Stadt Olten nimmt nach dem Gesagten die Beschlussesanträge 1 und 3 zur Kenntnis und wird den Beschlussesanträgen im Übrigen zustimmen.

Felix Wettstein: Die Fraktion der Grünen nimmt den Rechnungsabschluss 2011 insgesamt mit Befriedigung zur Kenntnis. Wir hatten uns auf einen viel höheren Fehlbetrag gefasst gemacht, nachdem in der zweiten Jahreshälfte des letzten Jahres bekannt geworden war, dass unsere grösste Steuerzahlerin – reden wir nicht um den Brei herum; sie heisst ALPIQ – den Kapitalschnitt möglichst in einem Rutsch durchführen will und dass darum in diesem einen Jahr mit einem massiven Steuerrückgang zu rechnen sei. Der Rückgang ist zwar gegenüber der letzten Rechnung markant, gegenüber dem wie immer vorsichtigen Budget aber vergleichsweise sanft. Und weil die Stadt auch weniger als budgetiert ausgegeben hat, resultiert schon fast eine Mouche, eine Punktlandung. Was wir daraus lernen und den notorischen Schwarzmalern gerne ins Poesiealbum schreiben: Auch bei einem grossen Taucher der ALPIQ hat die Stadt Olten nicht gleich ein Finanzloch. Es gibt halt noch ein paar andere, bei denen zeigen die Zahlen genauso wie gebaute Stockwerke steil nach oben, siehe Swiss Prime Site. Der Bruttoverschuldungsanteil ist sogar noch zurückgegangen. Und wir erinnern gerne daran, dass wir zig Millionen in einer Schwankungsreserve für Jahre mit tieferem Steuerertrag parkiert haben, die wir jetzt nicht mal anzapfen müssen. Mit Befriedigung haben wir auch zur Kenntnis genommen, dass der Sachaufwand auch leicht gesunken ist und dazu gehört, dass die Kosten für Heizung und Energie in den meisten städtischen Gebäuden stagnieren oder sogar etwas zurückgehen. Einzelne Energieschleudern haben wir in der Stadt noch, die gilt es zu sanieren. Sorgen macht uns, dass so viele beschlossene, bewilligte Investitionen noch nicht realisiert sind. 34 Millionen Nettoinvestitionen hätten es laut Budget sein sollen, gerade mal knapp 19 Millionen wurden effektiv realisiert. Teils kennen wir die Gründe. Der GPK-Sprecher hat sie aufgezählt. Aber das erklärt eben noch nicht alles. Bereits in den Vorjahren, zum Beispiel auch heute vor einem Jahr, konnten wir deutlich weniger als geplant ausführen und haben Projekte vertagt, also müsste man eigentlich erwarten, dass das nach hinten Schieben mit der Zeit zu einer ausgeglichenen Situation bei den Investitionen zwischen Budget und Rechnung führen würde. Davon erkennen wir wenig, aber beim Gang durch die Stadt fällt auf, dass Olten mit der Erneuerung des Stadtbildes einfach kaum vom Fleck kommt. Es darf auch nicht sein, dass wir nun bis Ende 2013 zuwarten müssen, im Klartext bis 2014, bis Andaare begonnen wird. Wir haben im letzten Jahr schon darüber abgestimmt. Und wenn es bei Millionenprojekten Verzögerungen gibt, dann erwarten wir im Rechenschaftsbericht eine Erklärung dafür. Für die Eissportanlage hätten 2011 eigentlich, gestützt auf die Volksabstimmung im Herbst 2010, bereits 7.3 Millionen investiert werden sollen. Es waren nur Fr. 345'000, und nirgendwo bekommen wir eine Erklärung dafür, auch hinten im Bericht auf Seite 175 nicht. Einen grossen Dank möchten wir Markus Sieber und seinen Leuten aussprechen. Einmal mehr haben wir eine umfassende, übersichtliche und informative Zusammenstellung aller Finanzdaten bekommen. Wir bedauern es ausserordentlich, dass die Stadt Olten Markus Sieber ziehen lassen muss. Wir wünschen ihm einen guten Abschluss bei uns in Klein-Olten und viel Befriedigung am neuen Wirkungsort.

Urs Knapp, FdP-Fraktion: Ich möchte die Rechnung zuerst auch richtig einordnen. Heute können wir keine strategischen Entscheide fällen. Es geht heute höchstens darum, dass wir aus den gemachten Erfahrungen Lehren ziehen können, damit wir die Einwohnergemeinde Olten in Zukunft vielleicht noch besser führen können, als sie heute schon gut geführt ist. Wir schliessen eine Periode ab, und dessen muss man sich auch bewusst sein, die vor zwei Jahren begonnen hat. Die Rechnung 2011 hat mit dem Budgetprozess 2011 angefangen, der im Frühling 2010 gestartet wurde. Der Stadtrat hat dort nach meiner Schätzung im März mit den Budgetrichtlinien den Startschuss gegeben, und dann ist der ganze Prozess abgelaufen. Das Parlament hat nachher im November 2010 dem Budget zugestimmt. Heute, am 28. Juni, können wir zurück blicken, ob die budgetierten Ausgaben in den letzten zwei Jahren tatsächlich auch so erfolgt sind. Wenn man heute schaut, sieht man, dass trotz dieses langen Prozesses, in dem intern und extern auch sehr viel gelaufen ist, das Jahresergebnis weniger als 1 % von der Budgetsumme abweicht. Das ist eine Ziellandung. Es zeigt, dass die Planungsarbeiten solid und verlässlich sind und man darauf stellen kann. 1 % sind die Abweichungen, und das Defizit ist 1 Promill. Die Ergebnisse sind in einem anspruchsvollen wirtschaftlichen Umfeld erzielt worden. Dafür möchten wir dem Stadtrat und der Verwaltung auch unseren speziellen Dank ausrichten. Wir finden und begrüessen auch,

dass man bei den Einnahmen konservativ und bei den Ausgaben anforderungsreich, das heisst auch spitz budgetiert. Ich glaube, wir haben noch nie reklamiert, wenn Nachtragskredite gekommen sind, wenn sie begründet werden können. Grundsätzlich lieber spitz budgetieren und nachher begründen, wenn Nachtragskredite gebraucht werden, als so budgetieren, dass man sagen kann: Wir stehen sehr gut da, und vielleicht hatte man etwas zu viel „Fleisch am Knochen“. Wir haben gesehen, dass die Steuereinnahmen, speziell diejenigen der Unternehmer, in den letzten Jahren sehr viel volatiler geworden sind. In den letzten Jahren haben wir, und ich glaube, das muss man sich auch in Erinnerung rufen, ein paar Mal stark davon profitiert. Wir hatten unerwartete Mehreinnahmen im zweistelligen Millionenbereich. 2011 hat der Wind gedreht. Die Steuereinnahmen der juristischen Personen liegen unter den Erwartungen, und auch in den nächsten zwei, drei Jahren werden sie im Vergleich zu den letzten oder vorletzten Jahren nicht berauschend ausfallen. Die Stadt Olten hat aber sehr gute Voraussetzungen, dass man die Durststrecke aushalten kann. Wir haben einerseits nicht nur eine juristische Person, die gut Steuern zahlt. Wir haben andere attraktive Steuerzahler auf Unternehmenseite. Wir haben attraktive Steuerzahler auf der Seite der natürlichen Personen. Wir haben Reserven. Das hat auch Felix Wettstein gesagt. Mit der Steuersenkung haben wir in diesem Jahr auch ein wichtiges Zeichen für einen attraktiven Standort von Olten für Unternehmen, Familien und Einzelpersonen gesetzt. Notwendig ist in Zukunft nach unserer Meinung, dass man die Ausgaben und Investitionen noch stärker nach den zur Verfügung stehenden Einnahmen ausrichtet. Das heisst unter anderem, dass der Sach- und Personalaufwand höchstens im Rahmen der Teuerung steigen sollte. Beim Sachaufwand ist dies gelungen. Das zeigt die Rechnung 2011 sehr schön. Der Sachaufwand ist unter der Rechnung 2011. Bei einer Jahresteuern, die im letzten Jahr 0,2 % war, ist dies ein gutes Ergebnis, das auch Dank und Anerkennung verdient. Weniger gut ist das Bild bei den Personalausgaben. Wenn man die Position Besoldungen ohne Lehrkräfte anschaut, der Posten, den man von der Stadt mehr oder weniger beeinflussen kann, sieht man dort, dass die Kosten sehr viel stärker als die Teuerung gewachsen sind. In einem Jahr, Rechnung 2011 zu 2010, sind die Besoldungskosten um 3,7 % gestiegen. Das hat man im Budget teilweise so vorgesehen, aber nur teilweise. Selbst im Vergleich zum Budget sind die Personalkosten gestiegen. Wenn man rechnen würde, sind sie im Budget 0,7 % gestiegen oder dreimal so stark wie die Teuerung. Da muss der Stadtrat, die Verwaltung, müssen wir als Parlament in Zukunft stärker darauf achten, dass auch hier eine Trendwende eintritt, ähnlich wie beim Sachaufwand. Der Stadtrat beklagt in seinem Bericht und Antrag den tiefen Realisierungsgrad der vorgesehenen Investitionen. Das ist sicher eine richtige Sicht. Richtig ist aber auch die Feststellung, dass im Jahr 2011 sehr viele Investitionen doch noch getätigt wurden, dass der Investitionsgrad deutlich über dem Jahresdurchschnitt der letzten Jahre und Jahrzehnte liegt, dass man wahrscheinlich im Jahr 2011 in den „Top Three“ der getätigten Investitionen ist. Man muss auch sehen, dass wir uns das grosse Investitionsvolumen, das wir uns letztes Jahr und auch im jetzt noch gültigen Finanzplan vorgenommen haben, langfristig gar nicht leisten können. Wir haben in dieser Rechnung einen Selbstfinanzierungsgrad von 56 %. Der Stadtrat schreibt selber, dass ein Selbstfinanzierungsgrad von unter 70 % langfristig gesehen zu einer grossen Verschuldung führt. Da muss man sicher Gegensteuer geben. Es gibt einen „Tolggen“ im Reinheft, den ich auch noch erwähnen möchte. Das ist der Rechnungsabschluss der Pensionskasse. Das ist nicht ein „Tolggen“, den die Verwaltung auf sich nehmen muss – das muss ich auch sagen – sondern es ist ein „Tolggen“ der Umstände. Aber wir müssen die Umstände richtig einordnen, damit sich diese „Tolggen“ nicht wiederholen. Sonst sind wir dann wirklich selber schuld an diesen „Tolggen“. Die Rechnung schliesst mit einem Fehlbetrag von 3,5 Millionen Franken ab. Damit hat die Pensionskasse eine Unterdeckung von rund 35 Millionen Franken, deutlich mehr, als wir uns in einem Jahr Investitionen leisten könnten. Eine Trendwende ist wegen der Umstände nicht in Sicht. Alle Experten sagen, dass die tiefen Zinsen in den nächsten drei, vier Jahren anhalten werden. Damit fällt der dritte Beitragszahler weg. Arbeitgeber ist einer, Arbeitnehmer ist einer und der Zinsenträger ist einer. Wenn wir keine Zinsenträger mehr haben, wie praktisch im letzten Jahr, fehlen uns die Renditen und dann wird die Situation der Pensionskasse verschlechtert. Man sieht auch, dass der Deckungsgrad am 31. Dezember mit 82,1 % erwähnt wird. Das ist richtig. Richtig ist aber auch, dass der Deckungsgrad am 1. Januar 2012 unter 80 % liegt, weil wir inzwischen den technischen Zinssatz auf ein realistischeres Mass gesenkt haben. Er ist im Vergleich immer

noch sehr hoch. Wenn wir diesen Zinssatz auf ein realistisches Mass senken, sinkt der Deckungsgrad und damit ist noch klarer, dass man etwas machen muss. Wir haben die starke Erwartung an den Stadtrat, dass das Versprechen, das im Dezember 2011 für eine Gesamtrevision der Pensionskasse gemacht worden ist, rasch gemacht wird. Es gibt sehr viele Themen, die wir ansprechen und anschauen müssen, unter anderem auch die Arbeitgeberreserve ohne Verwendungszweck. Es ist eine Sicht des Stadtrates, dass man sagt, 11 % des Deckungsgrades ist darüber abgedeckt. Man kann auch die andere Sicht nehmen. Ohne Verwendungszweck heisst ohne Verwendungszweck. Man könnte die 21 Millionen Franken auch für Investitionen ausgeben. Das wird auch hier noch eine harte Diskussion geben. Wir werden darüber entscheiden. Ich denke, wichtig ist hier auch aufgrund von Erfahrungen in jüngster Zeit aus Abstimmungen, dass man offen mit der Bevölkerung reden muss, damit Vertrauen geschaffen werden kann. Mit 21 Millionen eine andere Zweckbindung machen braucht nach unserer Interpretation eine Volksabstimmung. Eine solche Volksabstimmung kann nur gewonnen werden, wenn man Klartext redet und auch klar zeigt, in welche Richtung dieses Schiff der Pensionskasse geht. Wir sehen auch, was die Situation heute ganz konkret auslöst. Als Steuerzahler haben wir über Fr. 300'000.— in der laufenden Rechnung als Defizit der Pensionskasse bezahlen müssen. Man könnte auch hier sagen: Wenn wir dieses Defizit nicht gehabt hätten, hätten wir jetzt in der laufenden Rechnung kein Defizit, sondern Überschuss. Die FdP wird auf die Rechnung eintreten, auch allen Beschlussesanträgen zustimmen, der Verwaltung und dem Stadtrat für die Arbeit danken. In der Detailberatung wird noch die eine oder andere Frage kommen. Ein paar Ankündigungen sind auch schon gemacht worden.

Antonia Hagmann: Für den wiederum ausführlichen und anschaulichen Verwaltungsbericht dankt unsere Fraktion allen Verantwortlichen ganz herzlich. Einen ganz speziellen Dank möchten wir dem Finanzverwalter Markus Sieber aussprechen. Durch sein hervorragendes Fachwissen und seine weitsichtige Finanzpolitik in den vergangenen Jahren ist auch der Rechnungsabschluss 2011 trotz des Steuereintruchs besser als allgemein befürchtet worden ist. Die CVP/EVP/GLP-Fraktion dankt Herrn Sieber ganz herzlich für die geleistete Arbeit zu Gunsten der Stadt Olten und auch für die jeweils stets kompetenten Ausführungen und Beantwortungen unserer Fragen in unseren Fraktionssitzungen. Wir wünschen Ihnen, Herr Sieber, alles Gute und viel Freude an der neuen Arbeitsstelle. Obwohl die Rechnung 2011 Geschichte ist und wir trotz des kleinen Aufwandüberschusses noch einmal darüber erfreut sein können – das ist schon ein paar Mal erwähnt worden – gibt sie uns Hinweise, dass die Zukunft finanzpolitisch nicht mehr so toll sein wird, wie wir uns dies in den letzten Jahren gewohnt waren. So nehmen auch wir in unserer Fraktion zur Kenntnis, dass trotz der Investitionen von fast 20 Millionen Franken einige grosse Projekte, die schon angetönt wurden, wie Eissportanlagen, Bahnhof Ost, aus uns bekannten Ursachen noch nicht begonnen werden konnten und auch bewilligte Projekte wie Andaare und anstehende Vorhaben wie Durchgang Olten SüdWest oder eventuell Neubau Museen noch in der Pipeline sind. Die Kostensteigerung in der sozialen Wohlfahrt ist auch schon mehrfach erwähnt worden, und auch in der Bildung sind die Kosten in den letzten Jahren enorm gestiegen. Aber diesen Umstand habe ich schon im vergangenen Jahr erwähnt und es scheint mir, als ob wir dieser Entwicklung einfach machtlos gegenüber stehen. Es stellt sich hier aber schon die Frage, wie lange wir vor allem die Kostensteigerung im Sozialbereich einfach so akzeptieren wollen und können. Wir sind jetzt hier schon zur Überzeugung gelangt, dass ein Handlungsbedarf besteht. Auch der Deckungsgrad der städtischen Pensionskasse ist leider nicht besser geworden. Das ist von Urs Knapp sehr gut ausgeführt worden, auch weshalb. Wir sind auch hier auf die Sanierungsvorlage gespannt, die ja in diesem Jahr noch kommen sollte. Die erfreuliche Steigerung der Steuereinnahmen der natürlichen Personen kann natürlich nicht über das schlechte Ergebnis bei den juristischen Personen hinweg täuschen oder sie gar auffangen. Leider ist meine Bemerkung im letzten Jahr bezüglich unserem besten Steuerzahler viel schneller ins Negative gekippt als wir uns dies je vorstellen konnten. So habe ich damals von einem positiven Klumpenrisiko gesprochen und gehofft, dass es noch lange so bleiben würde. Leider sind wir schneller eingeholt worden als wir uns dies wirklich vorstellen konnten. Wirklich verbessert hat sich die Eigenverantwortung in der Verwaltung, was wir auch positiv erwähnen möchten. Einige Positionen sind doch tiefer als budgetiert oder sogar als die vorjährige Rechnung

ausgefallen. Das sind einige Punkte, die uns in der Fraktion beim Rechnungsabschluss 2011 besonders aufgefallen sind. Daher sind wir auch zur Ansicht gekommen, dass dies ein Warnschuss für die kommende Planung ist. So werden wir beim Finanzplan und bei der Budgetierung ziemlich gefordert sein und das Machbare gegenüber dem Wünschbaren gut abwägen müssen. Leider müssen wir auch davon ausgehen, dass wir wahrscheinlich nicht mehr alles umsetzen können, das wir angedacht haben oder auch Prioritätenveränderungen erfahren werden. Nur so können wir unsere Finanzen ohne sofortige Steuererhöhung oder grosse Überschuldung im Gleichgewicht behalten. Wir sind aber dennoch überzeugt, dass wir dank des guten Haushaltens in den vergangenen sogenannten fetten Jahre wie zum Beispiel mit höheren Abschreibungen, als der Kanton vorgegeben hat, oder Vorfinanzierungen gut gerüstet sind, die anstehenden Herausforderungen zu meistern. Unsere Fraktion wird den vorliegenden Beschlussesantrag einstimmig genehmigen.

Dieter Ulrich, SP-Fraktion: Auch in diesem Jahr haben wir einen sehr umfangreichen und guten Bericht zur Rechnung und mit dem Jahresbericht erhalten. An dieser Stelle auch herzlichen Dank an alle, die an dieser Arbeit beteiligt waren. Wir haben eigentlich den Eindruck, dass sich die Qualität dieses Berichtes, obwohl sie sich immer schon auf einem hohen Niveau befunden hatte, zumindest partiell immer noch von Jahr zu Jahr wieder steigert. Allenfalls wird aus der Fraktion noch jemand etwas dazu sagen. Auch einen speziellen Dank an Herrn Sieber. Er war bei uns nicht in der Fraktion. Aber wir durften ihn auch schon erleben und uns überzeugen, dass er es sehr gut gemacht hat und sehr kompetent ist. Auch wir bedauern, dass er uns verlässt, und möchten ihm auf seinem weiteren Weg alles Gute wünschen. Auch wir haben nach den Nachrichten, die wir im Vorfeld erhalten haben, das Ergebnis eigentlich schlimmer respektive ein grösseres Defizit erwartet, als das, was jetzt tatsächlich vorliegt. Das hat uns im ersten Moment auch positiv überrascht. Als wir dann aber auch gesehen haben, dass dies vor allem aufgrund der Nachtaxationen zustande gekommen ist und wir sie in diesem Jahr voraussichtlich nicht mehr haben werden, präsentiert sich das Bild dann halt doch etwas anders. Die Rechnung selber hat an und für sich in der Fraktion nicht sehr viel zu diskutieren gegeben. Wir haben uns mehr schon wieder Richtung Zukunft gerichtet und noch leicht in die Vergangenheit, weil wir uns nämlich gefragt hat, weshalb uns der Stadtrat Ende des letzten Jahres eine Steuersenkung auf 95 % vorschlägt, obwohl sich doch die Gewitterwolken am Steuerhorizont, oder wie man dies nennen will, schon sehr deutlich abgezeichnet haben. Insofern hat sich jetzt eigentlich die Befürchtung, die wir damals schon gehegt hatten, bestätigt, und wir befürchten, dass sie sich auch weiter bestätigen wird. Ernst Zingg hat ja selber schon gesagt, dass es voraussichtlich nicht gleich wieder eine Schönwetterperiode geben wird. Dort haben wir nach wie vor Fragezeichen. Wir akzeptieren den politischen Entscheid ganz klar, keine Frage. Aber über die Hintergründe haben wir schon noch etwas gerätselt. Nichts desto trotz: Die Finanzlage der Stadt ist immer noch sehr gut. Ich glaube, wir hatten während rund zehn Jahren jeweils Millionenüberschüsse. Ein Rekord hat den nächsten gejagt. Ich weiss es nicht genau, aber das hat es vorher wohl kaum einmal gegeben. Wir konnten ein ansehnliches Eigenkapital aufbauen und damit können wir auch wirtschaften. Es ist ganz klar, dass wir verantwortungsvoll mit dieser Situation umgehen müssen. Aber es nicht so, dass wir jetzt aus unserer Sicht irgendetwas überstürzen und plötzlich alle Pläne über den Haufen werfen müssten. Ich habe den Steuerfuss schon erwähnt. Wir haben in der Fraktion auch noch etwas darüber diskutiert, und wir verzichten hier auf eine konkrete Aussage. Wir möchten nur eines festhalten und insofern haben sich in der Debatte unsere Befürchtungen schon etwas bestätigt: Wir sind für eine verantwortungsvolle Finanzpolitik. Aber es darf nicht nur einseitig der Fokus auf Kosteneinsparungen und das Zurückfahren der Investitionen gerichtet werden. Natürlich hatten wir jetzt im Budget und auch in der Rechnung einen sehr hohen Investitionsgrad. Man darf aber nicht vergessen, dass man jahrelang einen sehr minimalen Investitionsgrad hatte. Dort hat man Sachen hinaus geschoben und zurück gestellt, aus welchen Gründen auch immer. Man hatte damals schon Millionenüberschüsse und hat nicht investiert. Es ist völlig klar, dass man jetzt einen gewissen Nachholbedarf hat und wir sollten jetzt nicht nur, weil es etwas schlechter aussieht, anfangen, plötzlich wieder zurück zu fahren, einfach um des Zurückfahrens Willen und weil man nicht bereit ist, diesen Steuerfuss allenfalls wieder zu erhöhen. Wir haben nichts dagegen, wenn man dies weiterhin mit 95 % machen kann. Aber

wenn es dann nicht geht, und so sieht es aus, müsste man fairerweise auch dies anschauen und diskutieren können. Dies einfach, um vielleicht einen Kontrapunkt zur bis jetzt geäusserten Meinung hier zu setzen. Ich möchte noch einmal für die gute Arbeit der Verwaltung danken, einerseits für die Erstellung des Berichts, aber andererseits auch dafür, wie die Ergebnisse zustande gekommen sind, die gute Ausgabendisziplin, die vorhanden ist, die aber auch nicht so neu ist. Das durfte man schon während ein paar Jahren sehen. Wir hoffen natürlich nach wie vor, dass dies auch weiter so der Fall sein wird.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Ich möchte mich im Namen des Stadtrates für die Kommentare bedanken. Das war unterstützend. Es ist in weitesten Punkten auch unsere Meinung, die Ihr uns von den Fraktionen her mitgeteilt habt. Das haben wir auch im Vorfeld etwas gehört. Ich möchte zwei Punkte aufgreifen. Gert Winter, Du gestattest dies. Das ist nicht belehrend. Aber wenn man 16 Millionen Franken Investitionen nicht auslöst, ist das Defizit nicht 16 Millionen höher. Eine Investition ist eine Investition. Die laufende Rechnung verursacht ein Defizit. Man kann sagen, dass sich eine Million Defizit in der laufenden Rechnung zwischen Fr. 80'000.— und 100'000.— auswirkt. Ich möchte dies einfach nicht falsch verstanden haben. Das gäbe ja eine wahnsinnige Sache. Jede Million, die an Investition nicht ausgelöst wurde, löst nicht einfach ein Defizit von einer Million aus, sondern nur einen Bruchteil davon. Einfach, damit wir dies korrigiert haben. Zweitens möchte ich das Wort von Dieter Ulrich aufnehmen. Mit den Investitionen ist es schon so, dass es uns auch Sorgen macht. Ich glaube, es macht allen Sorgen. Die Stadt Olten hat ganz sicher Nachholbedarf. Sie hat Investitionen in Millionenhöhe. Zum Teil sind wir nur beteiligt. Die berühmte Strasse und die Hochschule sind 60 oder 70 Millionen, mit allem Drum und Dran 60 Millionen, wo wir nur zahlend beteiligt sind. Ich sage einmal, dass dies der Stadt auch etwas bringt. Aber dann haben wir natürlich sehr viele Investitionen in der Schublade bzw. ist die Volksabstimmung endlich vorbei, die wir auslösen könnten. Das Einsprachesyndrom ist relativ hoch entwickelt. Das muss man einfach schon sehen. Wenn es halt um Millionenbeträge geht, wo Unternehmungen in der heutigen Zeit untereinander Konkurrenten sind, profitieren können wollen und einen Auftrag erhalten, löst auch die Submissionsgesetzgebung, die wir heute haben, Verzögerungen aus. Das muss man bitte einfach festhalten. Dann gibt es noch einen anderen Punkt. Irgendjemand muss aber auch zustimmen. Die Kompetenz von uns fünf hier vorne ist relativ weit unten. Das Parlament ist auch eingeschränkt. 4 Millionen sind relativ schnell erreicht. Dann braucht es Abstimmungen dazu. Manchmal sind Sachen hier schon einmal nicht für eine Abstimmung reif. Man muss immer etwas selbstkritisch sein. Das sind wir. Ich denke, das dürft Ihr sein, ohne dass ich Euch je dreinreden möchte. Auch das Stimmvolk von Olten muss es sein, dass nämlich Sachen abgelehnt worden sind. Dann gibt es plötzlich eine Anhäufung. Die Oltnerinnen und Oltner haben eine wunderbare Eigenart. Sie sind weltoffen. Bis man aber etwas durchbringt, muss man manchmal zwei- oder dreimal anfangen. Wenn man dann beim dritten Mal ist, hat man aber schon vier oder fünf Jahre nichts mehr machen können. Dann gibt es eine solche Anhäufung von Millioneninvestitionen. Das macht mir als Finanzminister auch nicht nur Freude. Das muss ich klar sagen. Aber die Aussage, die Du gemacht hast, stimmt natürlich.

DETAILBERATUNG

Seite 75, Sozialregion Olten

Daniel Probst: Man sieht auf den ersten Blick gut, dass Aufwand und Ertrag ausgeglichen sind. Das heisst, wir haben Ausgaben, aber es gibt dann halt auch Lastenausgleich usw. Das führt dann zu einer Ausgeglichenheit. Wenn man dies aber nachher noch genauer anschaut, und es gibt auch noch weitere Unterlagen – ich danke an dieser Stelle der Stadtkanzlei, Erika Brunner, die es heute noch verteilt hat, nachdem ich es heute doppelseitig bedruckt geschickt habe – kann man das Thema Sozialregion oder Kosten auch diskutieren. Ich glaube, jetzt ist hier kurz Gelegenheit. Wenn es erst beim Budget kommt, ist es schon zu spät. Deshalb möchte ich hier ein paar Worte zu den Zahlen sagen. Wir haben das Thema am 15. Dezember im Zusammenhang mit einem Vorstoss von Alexandra Kämpf letztmals diskutiert, als es um das Modell von Winterthur gegangen ist. Wenn Ihr diese

Grafiken zur Hand nimmt, seht Ihr über die letzten drei Jahre verteilt, eigentlich die Ergebnisse des Lastenausgleichs. Ihr seht dort die verschiedenen Sozialregionen. Es gibt 14. Wir sind Sozialregion Olten, nicht nur die Stadt Olten. Das wissen alle. Es sind mehrere Gemeinden angeschlossen. Dann gibt es auch noch andere. Man sieht, wenn man die Entwicklung der Kosten in den letzten drei Jahren anschaut, gibt es einen Riesenausreisser. Das ist leider die Sozialregion Olten. Man sieht die Kosten pro Einwohner. Ich komme noch darauf zu sprechen. Das kann man durchaus auch anders sehen. Wenn man schaut, welches die Gemeinden, die Sozialregion ist, die man vielleicht als Benchmark, als Ziel nehmen könnte, ist dies Dorneck, das sehr tiefe Kosten hat. Auch ganz interessant finde ich, dass es zwei Sozialregionen gibt, die in den letzten drei Jahren die Kosten senken konnten. Das ist Untergäu und noch näher das untere Niederamt. Sie haben es sogar geschafft, zurück zu fahren. Das Gleiche ist, wenn man die Seite wendet, auch interessant. Man kann sagen: Okay, pro Einwohner ist natürlich nicht ganz fair. Wenn man mehr Einwohner hat, gibt es auch höhere Kosten. Man kann dies aber nachher auch pro Dossier anschauen. Auch dort zeigt sich das Bild, das für unsere Sozialregion nicht gerade vorteilhaft ist. Wir sind in der „Rangliste“ mit über Fr. 18'300.— ganz knapp vorne. Gerade hinter uns ist das Wasseramt Ost. Auch hier haben wir eigentlich dann einen Spitzenreiter oder Benchmark. Das wäre das untere Niederamt. Sozialregionen, die man sich als Vorbild nehmen könnte, wären durchaus in der Nähe. Ich hatte auch schon Kontakt mit Hans-Peter Müller, der mich mit weiteren Unterlagen unterstützt hat. Ich wollte begreifen, weshalb es so ist. Hier hat er mir interessante Unterlagen geben können. Ich habe sie mitgeschickt, da ich etwa 40 Seiten lesen musste. Es ist eine Studie von Ecoplan, die vor einem Jahr herausgekommen ist. Sie geht der Entwicklung, jetzt nicht spezifisch von Olten, auf den Grund und versucht, dies heraus zu finden. Sie hat natürlich auch schon letztes Jahr festgestellt, dass die Pro-Kopf-Kosten von Olten hoch sind. Was sie gemacht hat finde ich ganz interessant. Sie hat gesagt, dass es natürlich gewisse Rahmenbedingungen gibt, die halt auch zu höheren Kosten führen. Hier kann eine Sozialregion gar nichts tun. Sie haben sie ausgewiesen. Das sind nicht meine Worte. Es kann die Arbeitslosenrate sein. Wenn sie hoch ist hat man einfach mehr Sozialfälle. Das ist zum Beispiel die Ausländerquote. Das ist auch eine solche Kennzahl. Es sind sogenannte exogene Rahmenbedingungen. Hier kann man nicht viel machen. Die Zentrumsgemeinden haben andere Bedingungen als irgendwie eine Landgemeinde. Dann wird es aber interessant. Es gibt auch sogenannte interne Faktoren. Die Studie versucht, dem auf den Grund zu gehen. Es sind Faktoren, die eine Sozialregion selber beeinflussen kann und selber an der Hand hat. Das sind Sachen, die wir hier auch schon diskutiert haben. Es sind nämlich zuerst die Organisation und die Effizienz der Sozialregion. Man kann sich durchaus unterschiedlich organisieren und effizient arbeiten. Das ist etwas, das man selber in der Hand hat. Zweitens wird die unterschiedliche Qualität und Menge der gewährleisteten Sozialhilfeleistungen genannt. In anderen Worten ausgedrückt: Wie viel gibt man? Versucht man, in Richtung Minimum zu gehen, von der Menge wie auch bei der Qualität? Das ist ein zweiter interner Faktor, der pro Sozialregion unterschiedlich ist. Jetzt haben sie diese Sachen angeschaut. Spannend ist jetzt Folgendes: Es hat eine Kurve gegeben, die alle Sozialregionen gezeigt hat. Es wird gesagt, was durch die exogenen Rahmenbedingungen erklärbar ist. Da müssten ja alle auf eine Linie fallen. Diejenigen, die über diese Linie fallen, arbeiten eigentlich schlecht mit diesen internen Faktoren. Olten ist dort klar steigend darüber. Es gibt Sozialregionen, die darunter sind. Das heisst, sie haben ihre internen Faktoren besser im Griff. Das kann es geben. Es ist in Ordnung. Nur würden wir wünschen und vielleicht hören wir dies später oder auch beim Budget, dass man dies erkennt und sagt: Jawohl, wir haben offensichtlich ein Problem. Wir sind in einer Studie von Ecoplan, die vom Kanton gemacht worden ist, als Sozialregion, die effizienter und an der Organisation arbeiten kann, erkannt worden. Das ist dort drin so. Wenn man dies erkennen würde, könnte man auch entsprechend überlegen, wie man dort besser werden könnte. In der gleichen Studie wird über ein Bonus-/Malus-System diskutiert. Das heisst, bei diesem System hat man einmal geschaut, was passieren würde, wenn man die Sozialregionen, die nicht so gut arbeiten, mit einem Malus und die besser arbeitenden mit einem Bonus belegen würde. Dann wird es für diese Gemeinden langsam interessant, um einen Anreiz, von dem wir immer gesprochen haben und bis jetzt gehört haben, dass es ihn halt noch nicht gibt, zu schaffen. Aber man diskutiert es jetzt. Ich glaube, es ist wirklich an der Zeit, dass man sich hier im Stadtrat auf das Budget hin Gedanken macht und sich Ziele

setzt. Benchmarks sind vorhanden. Es sind Sozialregionen in der Nähe vorhanden, welche die internen Faktoren scheinbar besser im Griff haben. Die Zeit drängt wirklich. Es ist ein Unmut vorhanden. Man hat am 26. Mai einen Artikel des Gemeindepräsidenten von Niedergösgen, Kurt Henzmann, CVP, im Oltner Tagblatt lesen können, der sich auch darüber enerviert, dass scheinbar nicht überall gleich gearbeitet wird und die FdP des Kantons Solothurn hat anfangs Jahr bereits zwei Vorstösse eingereicht, wo auch zwei Kantonsräte aus Olten Mitunterzeichner sind, die sagen: Jetzt muss dort etwas gemacht werden. Man muss an den Kompetenzen und Kosten arbeiten und Einhalt gebieten. Wir haben gesagt, dass viel auch auf kantonaler Ebene gelöst werden muss, und man möchte das Sozialhilfegesetz überarbeiten. Das ist ein Vorstoss. Ich hoffe, dass der Stadtrat erkennt, dass wir hier etwas haben, das man beeinflussen könnte. Es ist eben nicht Gott gegeben, sonst hätte es auch ein CVPLer nicht so geschrieben. Man sollte dort versuchen, sich Ziele zu setzen und diese im Budget nachher auch erkennbar werden lassen.

Stadtrat Peter Schafer: Daniel Probst und wir hatten diese Woche schon einen Austausch. Ich muss sagen, dass das heute Abend Gehörte ein wenig abstrus ist. Aber ich möchte eines vorausschicken: Ich bin auch nicht stolz auf die Zahlen, die wir hier ausweisen und möchte mit diesem Geld auch etwas anderes machen. Aber Daniel Probst: Wir hatten diese Diskussionen bereits beim Budget, im September mit den Stellen, wir haben sie jetzt wieder. Wir haben Rahmenbedingungen. Wir haben eine Bundesverfassung, die vorschreibt, dass es in Notsituationen eine Hilfe gibt. Wir haben ein kantonales Sozialgesetz, das die KOS-Richtlinien verbindlich vorschreibt. Wenn bei uns am Schalter jemand vorspricht, der in diese Richtlinien passt, haben wir nicht den Spielraum, irgendjemandem etwas zu streichen. Das haben wir einfach nicht. Das hat keine Sozialregion im Kanton. Du musst einfach einmal davon Kenntnis nehmen: Das ist unsere Bevölkerung, die wir hier haben. Ich möchte gerne, dass Du einen Umkehrschluss machst und sagst: Vielen dieser Bevölkerung geht es nicht gut. Schau einmal auf die Ergänzungsleistungen auf diesem Blatt. 1'225 Einwohnerinnen und Einwohner in Olten haben Ergänzungsleistungen zur IV oder zur EL. Das sind fast 10 % unserer Einwohnerinnen und Einwohner. Das ist ein wahnsinnig hoher Teil. Hier wäre es mir einfach ein Anliegen, dass Du einmal etwas anders überlegen und fragen würdest, wie man diesen Leuten helfen kann. Wenn Du mir sagst, meine Arbeit oder die Sozialregion laufe nicht effizient, lade ich Dich und auch andere immer wieder ein, einmal schauen zu kommen. Ich erkläre Euch dies gerne und liste auch die Rahmenbedingungen wieder auf. Mach einen Vorstoss. Dann kann man dies in der angemessenen Zeit beantworten und nicht einfach innerhalb dieser Woche ein paar Zahlen auflisten. Du hast Dir hier viel Arbeit gemacht. Einen Benchmark einfach mit den Ausgaben und Pro-Kopf der Bevölkerung zu rechnen ist ganz einfach. Im NFA-Bericht, Teilprojekt 3, ist es aufgelistet. Wir haben in diesem Kanton Rahmenbedingungen und die Sozialregion Olten. Wir haben ganz viele solcher Parameter, die auch bei uns hinein kommen. Ich möchte auch noch etwas zum Arbeitseinsatzprogramm sagen. Wir weisen konsequent zu. Wenn jemand Sozialhilfe bekommt, muss er morgen an einen Gemeindearbeitsplatz gehen. Das hat Kosten von Fr. 1'000.— pro Monat zur Folge, Investitionskosten, Infrastrukturkosten. Das müssen wir bezahlen. Andere Gemeinden, die nicht zuweisen, können sich die Fr. 1'000.— sparen und sind dann vielleicht billiger. Aber sie handeln nicht gesetzeskonform. Die Sozialregion Olten hat auch ganz viele Kinderschutzmassnahmen. Ein Tag in einem Kinderheim ist exorbitant hoch. Damit können wir aber Spätfolgen anders ausgleichen, die dann noch mehr Kosten auslösen. Noch etwas zu Gert Winter: Du hast gesagt, wir haben einen Zulauf von Sozialhilfe beziehenden Personen aus anderen Kantonen. Das ist mir nicht bekannt. Woher hast Du dies? Das stimmt nicht. Ich muss dies verneinen. Wir haben aus dem ganzen Kanton Sozialfälle und dann müsste man auch noch schauen, wohin unsere Leute umziehen. Sie bleiben nicht alle hier. Sie gehen nämlich auch weg. Ich möchte gerne im Kontakt bleiben und Sachen diskutieren. Aber jetzt einfach heute Abend mit der Rechnung solche Sachen auf den Tisch lege, finde ich nicht gegeben.

Urs Knapp: Ich glaube, das kann man so nicht stehen lassen. In meinem Referat habe ich gesagt, dass die Rechnung auch zum Lernen für die Zukunft da ist. Bei Stadtrat Peter Schafer spüre ich dies nicht. Wir haben hier Differenzen, die schwer zu erklären sind, und Du nimmst Dir nicht einmal die Mühe, sie zu erklären. Zuchwil und Luterbach haben

wahrscheinlich mindestens die gleiche, wenn nicht schlechtere Bevölkerungsstruktur als Olten, haben aber deutlich weniger Personalkosten. Wenn man den Personal- und Infrastrukturaufwand der Stadt Olten sieht, sind es pro Einwohner Fr. 164.--. Dies ist ein Rekord. Das untere Niederamt hat Fr. 65.— pro Einwohner. Wenn Du einfach sagst, das sind kurzfristige Zahlen, dann gib uns doch einmal eine richtige Interpretation der Zahlen, die wir nachvollziehen können. Das wäre mein Wunsch. Das können wir heute hier nicht machen. Aber ich glaube, wenn wir dies nicht machen, ist die Gefahr gross, dass wir unsozial werden. Niemand stellt die Sozialleistungen in Frage. Aber wenn man die Sozialkosten nicht mehr begründen kann, wenn man Differenzen, die auf der Hand liegen, die ein Gemeindepräsident von Niedergösgen anmahnt, nicht mehr begründen und sie nicht mehr nachvollziehbar machen kann, haben wir kein Vertrauen. Dann ist die Gefahr gross, dass wir unsozialer werden.

Felix Wettstein: Das kann man so nicht stehen lassen, hat Urs Knapp vorher angefangen. Das sage ich auch. Das kann man so nicht stehen lassen. Erstens möchte ich Peter Schafer für das beherzte Votum danken. Das war super. Zweitens: Ein Vergleich innerhalb des Kantons verleitet möglicherweise auch fachlich zu nicht ganz berechtigten Schlüssen. Wir haben im Kanton Solothurn mit den Verhältnissen zwischen angestellten Personen im Sozialdienst, mit der gesetzlichen Sozialhilfe, zur Anzahl Leute, die zum Beispiel pro 100 Stellenprozent betreut werden im interkantonalen Vergleich eine sehr schlechte Quote. Anders gesagt: Wir müssen mit wenig Stellen enorm viele Leute „durchhecheln“. Konkret ist die Grössenordnung bei unserer Sozialregion 100 Personen, die Sozialhilfe Beziehende sind, können von einer 100 Prozent-Stelle behandelt werden. Man kann nachrechnen. Wenn man die Jahres-arbeitszeit nimmt und noch etwas Weniges abzieht, gar nicht viel, für interne Weiterbildungs- und Sitzungszeiten, bleiben gerade einmal 16 Stunden pro Jahr, die ich einer Person, die ich begleiten muss, widmen kann. Das ist im interkantonalen Vergleich schlecht. Wer mit der hiesigen Sozialdirektion zu tun hat, erfährt, wie sie laufend auf dem Zahnfleisch laufen, weil sie Qualitätsansprüche haben. Natürlich kann man die Arbeit auch so machen, dass zehn Stunden pro Sozialfall und Jahr reichen. Aber dann verwaltet man tatsächlich nur und schaut, dass sie Geld bekommen, und macht nichts zur Begleitung der Leute, damit sie möglicherweise aus der Sozialhilfeabhängigkeit heraus kommen. Das ist genau der Punkt. Ich denke, dass unsere Leute in der Sozialhilferegion die soziale Einzelhilfe sehr ernst nehmen, das Möglichste tun, gleichzeitig immer merken, dass sie wirklich an der Kapazitätsgrenze laufen und beispielsweise – das ist auch meine Kritik, aber eben an den Umständen – keine Kraft für Projektarbeit mehr haben, die vielleicht dazu beitragen würde, dass die sozialen Unterschiede in unserer Region und Stadt etwas kleiner würden und etwas weniger Leute Sozialhilfeempfänger sein müssten. Das ist der Punkt, wo wir uns vergleichen müssen. Das Benchmarking dieser Durchschnittszahlen, was die Verwaltung kostet und dann noch innerhalb des Kantons, ist jetzt eine denkbar schlechte Orientierung.

Heidi Ehrsam: Ich wollte eigentlich nur zu Gert Winter sagen, dass das, was Peter Schafer so bestritten hat, dass wir in Bezug auf unsere Gesetzgebung ein Anziehungspunkt sind, nicht aus seinen Fingern gezogen hat. Das habe ich besprochen und auch so gehört und zwar aus der Sozialdirektion. Ich möchte schon sagen, dass ich froh wäre – wir haben hier sehr viele Kantonsräte – wenn auf den kantonalen Ebenen vielleicht halt noch einmal hingeschaut wird, ob man von dort her etwas machen kann. Das ist der erste Ansatz und würde sich dann auch hier auswirken. Vielleicht wäre noch interessant zu wissen, wie weit Anreizsysteme mit der Sozialgesetzgebung vereinbar sind und wo eigentlich jene sind, die sie uns ausklinken. Ich glaube, es gibt auch einen solchen Fall, der schon aufgetaucht ist, habe auch gar keine Freude daran und glaube, dass ich die Seiten, die Daniel Probst gelesen hat, auch schon einmal vor mir hatte. Weil wir leider keine Einsicht in die einzelnen Fallkosten haben, ist die Situation etwas schwierig zu beurteilen. Man müsste halt vielleicht einmal von der Sozialdirektion auch etwas Aufschluss geben, ob wir extrem viele teure Fälle haben. Nicht Leute, die einfach den Lebensunterhalt mit den Sozialhilfegeldern bestreiten, sondern Kinderschutzmassnahmen, Versorgungen oder was auch immer, Suchtaufenthalte, Massnahmen, die wir von der Sozialregion aus übernehmen müssen. Vielleicht würde sich dann auch etwas relativieren, dass wir so hoch sind. Peter Schafer, ich glaube, hier könntest

Du mit Hans-Peter Müller doch einmal etwas ausarbeiten, damit man auch ein wenig das Verständnis bekommt, was ungefähr wie viel ist. Wenn wir von Sozialhilfebezügern reden, meinen wir, er brauche dies einfach für sein Leben, weil er ausgesteuert oder was auch immer ist. Aber ich glaube, was wirklich zu Buche schlägt, sind eben viele andere Sachen, die Du angetönt hast. Aber das sollten wir einmal etwas fassbarer haben.

Daniel Probst: Peter Schafer, Du hast dies als abstrus bezeichnet. Hier muss ich mich schon kurz wehren. Wir hatten seit Montag miteinander Kontakt. Alles, was ich heute gesagt habe, kommt entweder von Unterlagen, die Ihr mir geschickt habt; ich habe alles dabei – Du kannst schauen kommen – oder ich habe dies per Mail auch Euch geschickt. Ich habe heute Abend nichts Neues erzählt. Entweder ist es in den Unterlagen, die Ihr mir gegeben habt, in der Studie, die ich sehr interessant fand, oder ich habe es geschickt. Auch die Grafik ist nicht von mir. Ich habe sie nicht erstellt und ausgerechnet. Das ist vorhanden und man kann es haben. Das Abstruse ist hier eher, dass ich wirklich nicht spüre – aber vielleicht müsst Ihr dies im Gesamtstadtrat diskutieren – dass das Problem erkannt wird und man sagt: Wir wollen uns überlegen, wie wir gegenüber anderen Sozialregionen, die dies scheinbar besser machen, aufholen. Ich sehe wirklich anhand der Vorstösse der FdP oder auch des vorher erwähnten Berichtes, dass es im ganzen Kanton brodelt. Ich sehe hier, wenn man nichts macht, dass sogar der Lastenausgleich in Gefahr ist. Man möchte jetzt am Sozialgesetz schrauben. Wir profitieren eigentlich in diesem Sinne davon. Aber dann haben wir dort ein noch grösseres Problem. Ich glaube, vorausschauend muss man sich schon überlegen, wie sich dies entwickelt. Wenn wir hier der Ausreisser sind, sind wir am meisten gefragt, uns Gedanken zu machen. Das ist nicht als Kritik gemeint, sondern einfach als Anregung. Ich erwähne es hier bei der Rechnungsdebatte, was Ihr bitte entschuldigen wollt. Ich wusste nicht wo sonst. Wenn wir es beim Budget diskutieren, ist es zu spät. Vorstösse jawohl. Wir haben am 15. Dezember schon Vorstösse behandelt. Das war auch eine entsprechende Debatte, die etwas schwierig war. Jetzt habe ich es bei der Rechnung versucht.

Markus Sieber: Merci vielmals, dass ich die Möglichkeit habe, als Mitglied der Projektgruppe „Neuer Finanzausgleich Kanton Solothurn“ zwei Worte zum erwähnten Bericht zu sagen. Die Zahlen, die wir von Daniel Probst gehört haben, stimmen so, wie er es sagt. Ich denke aber, es ist auch entscheidend, dass man für all diese Sozialregionen einen Benchmark und eine maximale Abweichung definiert hat und sich sämtliche Sozialregionen innerhalb dieser Abweichung bewegen. Wenn wir davon ausgehen, dass man von Benchmarks spricht, die man dann einführen möchte, ist in diesem Bericht einer definiert und sämtliche dieser Sozialregionen bewegen sich innerhalb des Benchmarks. Das ist der eine Punkt. Der andere ist, dass es bei den Kosten pro Dossier zu einfach ist, nur auf die Frankenbeträge zu schauen und zu glauben, dass man diese entsprechend einfach beeinflussen kann. Ich würde dort gerne das Beispiel der Sozialregion meiner Wohnsitzgemeinde nehmen. Wenn Ihr auf den ausgeteilten Blättern die oberste Zeile, BBL, Biberist, Bucheggberg, Lohn-Ammansegg, nehmt, sieht man, dass wir durchschnittliche Kosten pro Einwohner von Fr. 183.— haben, weil wir im Jahr 2001 eine ziemliche Steigerung hatten. Jetzt sind wir eine derjenigen, die fast die kleinsten Kosten pro Einwohner haben. Wenn Ihr aber nachher bei den Dossierkosten schaut, sind wir mit Fr. 16'544.— die Nummer 3. Es hat primär etwas damit zu tun, welche Struktur an Sozialhilfeempfänger Ihr innerhalb Eurer Region antrefft und wahrscheinlich weniger damit, ob die Sozialarbeitenden sich nicht nur an die KOS-Richtlinien halten, sondern sie auch noch etwas ausdehnen. Das ist ja die Unterstellung, die irgendwo im Raum stehen würde. Diese Werte zählen in der ganzen Schweiz so. Ich mache jetzt noch den Bogen zum Letzten. Das ist der Punkt mit den Zuwanderungen aus anderen Kantonen. Es gibt tatsächlich eine Studie, die belegt, dass die Zuwanderungen aus anderen Kantonen in den Kanton Solothurn vorhanden sind und das eigentlich fast nur dadurch erklärt werden damit, dass die Lebenshaltungskosten im Kanton Solothurn tiefer als zum Beispiel im Kanton Zürich, wo man aber mit dem gleichen Frankenbetrag an Sozialhilfe auskommen müsste.

Daniel Dähler: Ich denke, heute Abend werden wir kein Licht ins Dunkel bringen. Was aber wahrscheinlich allen klar ist oder in dieser Thematik halt immer so als ungutes Gefühl aufkommt, ist, dass es wirklich bis zu einem gewissen Grad eine Dunkelkammer ist. Ich

fordere die GPK-Mitglieder heute Abend auf, sich Gedanken zu machen, um hier allenfalls Licht ins Dunkel zu bringen, in welcher Form auch immer. Sie sollen sich Gedanken machen, und ich glaube, dann können wir die Diskussion hier im Parlament für zumindest die nächsten fünf Jahre und das ist sicher auch in Peters Interesse, in diesem Sinne einmal bereinigen. Dann müssen wir das Thema nicht immer wieder auf einer Ebene diskutieren, wo weder das Parlament wirklich eine fachliche Sicht aufbauen kann und auf der anderen Seite auch Peter nicht die Chance hat, kurzfristig kompetent Antwort zu geben.

Daniel Probst: Markus Sieber hat nichts Widersprüchliches gesagt zu dem, was ich gesagt habe. Ich stimme Dir bei allen Punkten zu. Zu zweien noch eine kurze Präzisierung: Ich habe bei „mit pro Kopf“ und „pro Dossier“ auch darauf hingewiesen, dass genau dieser Zusammenhang besteht. Auch dort gebe ich Dir recht. Zum letzten Punkt bezüglich Benchmark ist es richtig, dass ein solcher gesetzt wurde. Es sind nicht ganz alle Gemeinden dabei. Ich kann Dir nicht ganz recht geben. Wichtiger ist mir aber beim Benchmark, dass er bei 30 % liegt. Man kann ihn einfach beliebig hoch setzen und dann ist jeder dabei. So viel dazu.

Stadtrat Peter Schafer: Ich möchte Daniel Dähler noch aufnehmen. Es ist eine politisch gewählte Sozialkommission. Ihr habt selber auch Mitglieder der FdP, die Ihr dort hinein delegiert habt. Nehmt einmal mit diesen Leuten Kontakt auf. Sie sind sicher gerne bereit, Auskunft zu geben. Ich weiss nicht, ob dann wirklich gerade die GPK dahinter gehen lassen und dies gross aufrollen muss. Wir haben eine Sozialkommission als Behörde, die befugt ist, Auskunft zu geben.

Seiten 144 und 145, Bericht zum Personalwesen

Werner Good: Da ich ja Zeit habe, habe ich den ganzen Bericht von A bis Z gelesen und musste feststellen, dass er in den letzten Jahren immer besser wurde. Ich möchte dies an einem Beispiel, so quasi als pars pro toto, aufzeigen. Das ist der Bericht zum Personalwesen. Dort kann man feststellen, dass eine Selbstbild- und eine Fremdbildanalyse gemacht und daraus auch die Konsequenzen gezogen wurden. Sie werden auf den Seiten 144 und 145 beschrieben. Oder die ganze Werbung von Lernenden und dann auch deren Begleitung wird sehr deutlich beschrieben. Ich empfehle allen, welche die Verwaltung immer wieder kritisieren, den Verwaltungsbericht nicht nur auf dem Nachttisch zu haben, sondern einmal zu lesen.

Parlamentspräsident Marcel Buck: Danke vielmals, Werner, auch für Deinen Einsatz, den ganzen Bericht für uns durchzulesen.

Seite 171, neue Glas-/Blech-Sammelstellen

Daniel Probst: Ich gehöre offenbar zu denjenigen, die ihn gelesen haben, aber nicht Wort für Wort. Das muss ich zugeben. Einfach ein paar Bereiche, die mich interessiert haben. Martin Wey, zu Seite 171 habe ich die Fragen bereits zur Abklärung geschickt. Es geht dort um die neuen Glas-/Blech-Sammelstellen. Dort hat mich Folgendes interessiert: Es steht, dass die 15 öffentlichen Sammelstellen teilweise und etappenweise durch unterirdische Anlagen ersetzt werden sollen. Ich wollte wissen, was das konkret heisst, ob alle 15 Sammelstellen oder nur Teile davon ersetzt werden sollen. Nach welchen Kriterien erfolgen die Etappen? Ist es nach Wichtigkeit respektive wie sehr sie stören? Wie auch immer. Der Werkhof war der erste. Dann muss er ja etwas sein, das mit der Martin-Disteli-Strasse und dem Klosterplatz vergleichbar ist. Da muss es Kriterien geben. Diese interessieren mich. Dann habe ich noch eine Frage, die sich auf die Investitionsrechnung bezieht. Auf Seite 56 meinte ich heraus zu lesen, dass eine solche Sammelstelle eine Viertelmillion Franken kostet. Es hat mich interessiert, wer eigentlich die ganze Kampagne frei gegeben hat. Man kommt dann doch auf über 3,5 Millionen, wenn man alle 15 ersetzen möchte. Wie sind dort die weiteren Schritte? Das sind die Fragen, die ich Martin Wey geschickt habe. Er hat sich bedankt und gesagt, er werde sie heute Abend beantworten.

Stadtrat Dr. Martin Wey: Besten Dank, Daniel, für das Interesse am Verwaltungsbericht, insbesondere zu dieser Thematik. Ich habe mich gefragt, weshalb Du Dich darauf kaprizierst. Natürlich ist auch in der Nähe einer Glassammelstelle ein Freiheitsbaum errichtet worden. Das vermochte Dich vielleicht daran erinnern, dass dies doch eine relativ wichtige Sache ist, die wir tatsächlich seit ungefähr zwei Jahren im Finanzplan haben. Wir haben es auch in der GPK vorgestellt, dass wir das Ziel haben, die unsinnlichen Glassammelstellen und auch die Presscontainer, die oberirdisch sind, zu versenken. Es hat etwas mit Ästhetik zu tun. Es hat etwas mit Bewirtschaftung zu tun, insbesondere beim Werkhof. Aber man konnte auch feststellen, dass im Bereich der Klostermauer die unsinnlichen Glassammelstellen, die man durch die Sommerzeit auf dem Klosterplatz ansehen musste, zum Glück weg geräumt wurden. Das Ziel ist auch in der ganzen Konzeption, dass wir Glassammelstellen unterirdisch platzieren, um damit auch einer Qualität von der Ansicht und vom Betrieb her gerecht zu werden. Wir haben verschiedene Sammelstellen im Auge. Es sind insbesondere natürlich auch diejenigen, die zentral gelegen sind, wo wir auch feststellen, dass bei den sogenannten oberirdischen Sammelstellen auch sehr viel Unordnung besteht, wilde Deponien. Wir haben auch Erfahrungen gesammelt, dass man dort, wo wir abgeräumt haben, also quasi die versteckten Möglichkeiten, einfach Sachen wild zu deponieren, mit der sogenannten Light-Version doch entscheidend begegnen konnte. Das Ziel ist, dass wir die innerstädtischen Sammelstellen versenken. Bereits realisiert haben wir Werkhof und Martin-Disteli-Strasse. Coop Wilerfeld war aus Rückmeldungen der Bevölkerung auch ein Ärgernis, wie dort wild deponiert wurde. Wir haben dort eine ganz klare Absicht, dies auch in diesem Sinne zu versenken und auch publik zu machen, dass man dort nicht wild deponieren kann. Der Klosterplatz ist realisiert. Auch etwas machen möchten wir beim Sälisulhaus. Dort ist eine Riesenunordnung, gerade bei den Bereichen der oberirdischen Glassammelstellen, wo wir einfach Wilddeponien haben. Dort wollen wir es auch versenken. Ein ganz wichtiges Anliegen ist auch, beim Bifangschulhaus und auf der Schützenmatte aufzuräumen. Das sind Unorte, und wir werden mit der Strategie, die wir ja in der GPK bereits vor zwei Jahren verkauft und im Finanzplan jeweils ausgewiesen haben, dies entsprechend auch fortsetzen. Eine neue Glassammelstelle kostet zwischen Fr. 75'000.— und Fr. 120'000.—, wobei rein nur die Anlage der Container Fr. 37'000.— kostet. Ich habe mir dies sagen lassen. Die eigentlichen teuren Kosten sind das Versenken, ein Loch zu machen, und je nachdem, was man dann antrifft, ist es etwas teuer oder weniger teuer. Für jede Sammelstelle muss ein Baugesuch eingereicht werden. Das wird entsprechend auch eingehalten und der Auftrag an die Baudirektion erteilt. Das Submissionsverfahren ist entsprechend eingehalten. Ich denke, es ist auch eine Pflicht, dass man mit diesen spezialfinanzierten Geldern von Abfall schliesslich auch der Bevölkerung ein entsprechendes Entsorgungsgerät zur Verfügung stellt. Wir sind auch gefordert, wie bei den Kanalisationen, die entsprechenden Bauten zu erstellen. Von daher denke ich, dass wir gut im Plan sind. Wir werden dies 2014 beendet haben. Ihr werdet die Glassammelstellen bis 2014 noch einmal im Finanzplan sehen. Dann werden wir diese Aktion beendet haben. Wir haben bis jetzt positive Rückmeldungen erhalten, was die Anordnung und die Entfernung dieser doch unansehnlichen, zum Teil wirklich auch lärmenden Container angeht. Das geht ja auch noch etwas in das Kapitel weniger Lärm, eine saubere Sache ohne Lärm. Von daher bin ich guter Zuversicht, dass wir auch die letzten Container noch realisieren können.

Daniel Probst: Merci vielmals, Martin Wey, für die Beantwortung dieser Fragen. Habe ich richtig verstanden, dass nicht alle 15 öffentlichen Oberflächenanlagen versenkt werden? Du hast vorher von drei gesprochen, die wir bereits hatten, und noch ca. vier aufgezählt, die noch gemacht werden sollen, also rund die Hälfte dieser 15, nicht alle. Wenn dies so wäre und ich fände es auch sinnvoll, wenn man es nicht einfach flächendeckend macht, sondern nach den Störfaktoren geht, die Du sagst, würde ich beliebt machen, beim nächsten Bericht – ich habe es einfach falsch verstanden und habe, als ich es gelesen habe, gemeint, es würden alle gemacht – klarer zu formulieren, dass es nur die Hälfte oder ein kleinerer Teil ist.

Stadtrat Dr. Martin Wey: Danke für Deine Nachfrage. Wir erstellen nicht einfach, damit ist es erstellt ist, sondern wir handeln nach Bedürfnis. Es kann sein, dass in einem anderen Gebiet respektive Wohnquartier, wo Entwicklungen statt finden, es sinnvoller ist dies zu erstellen, als an Orten, wo wir es angedacht haben. Wir gehen es sorgsam an und vor allem

dort, wo es Sinn macht. Ich denke, im Innenstadtbereich, gerade auf dem Klosterplatz, dort, wo die Menschen nicht Platz haben, die entsprechenden Depots in ihren engen Häusern zu erstellen, sind sie dankbar, dass man dort erstellen kann oder auch bei verdichteten Bauweisen, wo man nachher die Möglichkeit hat, dies auch entsprechend schnell zu entsorgen.

Kilian Schmidiger: Ich erlaube mir, hier gleich beim ersten Mal etwas zu sagen, vielleicht anschliessend an das jetzige Thema. Mich würde interessieren, wie es beim öffentlichen Beschaffungswesen ist, wie es kontrolliert wird oder wie man hier preislich für den Rasenmäher oder was auch immer Verbesserungen erzielen kann. Es geht eigentlich an alle Direktionen. Aber ich denke, die Baudirektion ist am meisten betroffen.

Stadtrat Dr. Martin Wey: Kilian geht es darum, möglichst nicht billig, sondern günstig zu Angeboten zu kommen. Wir haben entsprechende Submissionsordnungen, die wir nach Schwellenwerten einhalten müssen. Wir stellen auch fest, und das ist nicht der Hauptgrund, dass die Investitionen viel tiefer als budgetiert sind, dass wir durch die Submissionierungen, den Markt, den wir antreffen, wir natürlich auch eine Konkurrenzsituation haben und profitieren schliesslich auch von dieser ganzen Situation. Es ist ein Submissionswesen, das ja eine Abkehr vom Heimatschutz ist – ich muss es so sagen – als es installiert wurde. Das spüren wir auch und erhalten relativ viele Angebote, nicht nur vom Kanton Solothurn, sondern auch ausserkantonale, selbst europäisch, süddeutscher Raum. Mit anderen Worten: Die Qualität leidet deswegen nicht. Aber wir spüren durch die Marktsituation und den Wettbewerbsdruck, dass wir dank dieser Instrumente auch auf den Preisen profitieren können. Das passt nicht allen auf dem Platz Olten. Sie haben manchmal kein Verständnis. Aber wir sind gehalten, die Submissionsordnungen einzuhalten.

Seite 207, Tabelle kumulierte Steuererträge

Daniel Probst: Dies einfach als Information für die GPK. Ich habe dort bei Markus Sieber nach einer Liste der letzten zehn Jahre nachgefragt, die zeigt, wie sich bei den natürlichen Personen die verschiedenen Rubriken entwickelt haben. Man hatte vor 2008 schon einmal eine solche Aufstellung. Das heisst: Wie entwickeln sich Erträge von sehr gut Verdienenden und dann abgestuft? Es gibt hier verschiedene Klassen. Wir haben ja Steuern gesenkt und immer gesagt: Vielleicht bewirkt diese Steuersenkung auch etwas. Das wäre ein Instrument zum Kontrollieren, was dort passiert ist. Hier brauchen wir eine Softwarefirma, um diese Sachen heraus zu ziehen. Das ist jetzt heute noch nicht da. Aber es wird dann sicher für November, wenn es um das Budget geht oder die GPK dies braucht, ein gutes Mittel sein um zu schauen, wie sich dies in den letzten zehn Jahren entwickelt hat.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Eine ganz kurze Antwort. Du hast sie eigentlich schon gegeben. Wir machen dies. Aber es ist nicht ganz so einfach. Es ist etwas mit Arbeit verbunden. In den letzten zwei, drei Tagen, als die Anfrage gekommen ist, musste Markus Sieber gerade helfen, noch ein paar andere Fragen zu beantworten. Insbesondere befinden wir uns auch in der Finanz- und Investitionsplanung. Aber wir machen dies selbstverständlich zu einem vernünftigen Zeitpunkt. Es interessiert uns ja auch.

Seite 215, Stadtpolizei: 3.4 Dienstbetrieb

Daniel Probst: Hier habe ich auch Fragen geschickt. Dort ist mir bei Dienstbetrieb, die Entwicklung der Strafanzeigen, die von 2010 auf 2011 stark zugenommen haben, und die Rapporte und Berichte, die abgenommen haben, ins Auge gestochen. In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit gehe ich nicht ins Detail. Aber ich habe diese Fragen alle beantwortet erhalten. Vielleicht noch ein positives Feedback dazu. Es zeigt sich dort, dass man sich eigentlich durch die Restrukturierung, wo man vom Büro an die Front ging, und das entspricht nachher dem Rückgang bei Rapporte und Berichte, auf das gesetzliche Minimum beschränken konnte, dass dort nicht einfach Berichte geschrieben werden, weil man Berichte schreibt. Dafür sind Leute an die Front gegangen und konnten dann auch entsprechend aktiver werden. Es gibt noch andere Gründe wie ein grösseres Gebiet usw.

Aber man konnte den Einsatz der Polizei erhöhen, was sich dann auch in einem besseren Sicherheitsgefühl zeigen kann. Wichtig ist auch noch, wenn man die beiden Zahlen 2010 und 2011 anschaut – ich habe es auch noch für die letzten fünf Jahre getan – sieht man, dass es nicht eine markante Steigerung ist, dass es vor allem in den letzten zwei Jahren bei den Strafanzeigen etwas herunter gefallen ist und jetzt wieder auf ein Niveau hin geht, das wir schon einmal hatten. Diese Information fand ich noch wichtig. Aber dort ein positiver Feedback, dass die Restrukturierung eigentlich ihre Wirkung zeigt. Merci für die Beantwortung.

Beilage zu ...

Daniel Probst: Ich möchte nur kurz eine Lanze für die Beilage brechen, wie ich es schon in der GPK gesagt habe. Unsere GPK-Mitglieder konnte ich nicht verstehen, dass sie gesagt haben, sie sähen den Wert dieser Beilage nicht. Vielleicht bin ich zu wenig Jurist und zu sehr Ökonom, dass ich ihren Wert schätzen kann. Hier geht es eigentlich darum, dass wir sehen, was bei gewissen Aufgaben herein kommt und hinaus geht und was nachher als Deckungsbeitrag sprich Subvention bleibt. Das ist für den Stadtrat ein gutes Instrument, um zu schauen, wie man diese Mittel einsetzt und verteilt. Man diskutiert auch die Preise usw. Dann braucht man dies. Ich finde, dass dies die GPK sehr, sehr stark interessieren sollte. Als ich noch in der GPK war, haben wir dies immer angeschaut, geschätzt und auch diskutiert. Von daher war ich etwas enttäuscht, dass die GPK damit nichts anfangen kann. Eigentlich ist es ja ihre Aufgabe, die Kosten auseinander zu nehmen und die Verwaltung zu kontrollieren. Es ist eine kleine Kritik. Vielleicht überlegen sie es sich noch einmal.

Parlamentspräsident Marcel Buck: Ich möchte kurz auf den Flyer hinweisen, den ich persönlich als Information für die Bevölkerung wirklich sehr gut gemacht finde. Dies als Kompliment gedacht.

Beschlussesanträge

- 1. und 3. einstuimmige Zustimmung
- 2. und 4. einstuimmige Zustimmung

Gesamtbeschluss

Einstimmig fasst das Parlament folgenden Beschluss:

1. Die folgenden Rechnungsergebnisse 2011 werden zur Kenntnis genommen:

a) Laufende Rechnung (Erfolgsrechnung)	Aufwandüberschuss	Fr.	160'968.33
b) Investitionsrechnung	Nettoinvestitionen	Fr.	18'693'476.07
c) Bestandesrechnung (Bilanz)	Bilanzsumme	Fr.	194'424'901.97
d) Betriebsrechnung Pensionskasse Stadt Olten	Aufwandüberschuss	Fr.	3'457'339.47
e) Bilanz Pensionskasse der Stadt Olten	Bilanzsumme	Fr.	184'107'697.88

2. Der Aufwandüberschuss der Allgemeinen Verwaltung von Fr. 160'968.33 ist mit dem Eigenkapital zu verrechnen.
3. Bericht und Antrag der Rechnungsprüfungskommission vom 23. Mai 2012 sowie der Bestätigungsbericht der Kontrollstelle an die Pensionskasse vom 25. April 2012 werden zur Kenntnis genommen.
4. Die Rechnungen und Berichte über die Verwaltung der Einwohnergemeinde Olten und der Pensionskasse der Stadt Olten für das Berichtsjahr 2011 werden mit den darin enthaltenen Nachtragskrediten und Kreditüberschreitungen genehmigt. Behörden und Verwaltung werden von der damit verbundenen Verantwortung entlastet.

Mitteilung an:
Direktion Finanzen und Informatik/Herr Markus Sieber
Finanzkontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 28. Juni 2012

Akten-Nr. 14/14

Prot.-Nr. 66

Dringliche Interpellation Urs Knapp (FDP-Fraktion) betr. „Ländiweg – schlechte Visitenkarte für die Stadt Olten“/Beantwortung

Am 25. Juni 2012 reichte Urs Knapp (FDP-Fraktion) folgenden Vorstoss zu Händen des Gemeindeparlamentes ein:

„Mit der warmen Jahreszeit haben wieder Randständige aller Art den Ländiweg zwischen der Bahnhoffterrasse und der Alten Brücke in ihren Besitz genommen. Der Beobachter hat den Eindruck, dass sich dieses Jahr noch mehr randständige Gruppen am Ländiweg aufhalten. Durch ihre Präsenz und ihr Verhalten verunsichern sie viele Passanten, wie Reaktionen aus der Bevölkerung zeigen. Zudem vermitteln sie Besucherinnen und Besuchern keinen positiven ersten Eindruck von Olten. Ende Juni/Anfang Juli kommen mit dem Gigathlon mehrere tausend Besucherinnen und Besucher nach Olten. Viele werden sich angesichts der Situation am Ländiweg überlegen, ob sie ohne Gefahr diese an sich schöne Verbindung benützen können.

Wir bitten deshalb den Stadtrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Kann der Stadtrat versichern, dass heute Kinder, Frauen und Männer den Ländiweg zu jeder Tageszeit ohne jedes Risiko benützen können? Oder sind von Passanten am Ländiweg besondere Vorsichtsmassnahmen zu beachten?
2. Teilt der Stadtrat die Ansicht, dass die Ansammlungen randständiger Gruppen am Ländiweg heute eine schlechte Visitenkarte für Olten sind und den Zielen des Stadtmarketings zuwider laufen können?
3. Welche konkreten Massnahmen hat der Stadtrat in den letzten Monaten ergriffen, damit im Sommer 2012 wieder alle Bevölkerungsgruppen ohne schlechte Gefühle den Ländiweg nutzen können?
4. Speziell im Hinblick auf die Gigathlon-Veranstaltung: Welche konkreten Massnahmen ergreift der Stadtrat kurzfristig, damit der Ländiweg als aarenahe Verbindung zwischen Bahnhof und Altstadt einen hervorragenden Eindruck für alle Besucherinnen und Besucher der Stadt Olten abgibt?

Begründung der Dringlichkeit

Mit den warmen Tagen ist die Zahl randständiger Personen am Ländiweg stark gestiegen. Der Gigathlon steht unmittelbar bevor, der zahlreiche Besucherinnen und Besucher nach Olten locken wird. Für eine Lagebeurteilung im Hinblick auf den Sommer 2012 ist es in der nächsten Parlamentssitzung im September zu spät.“

- - - - -

Stadträtin Iris Schelbert beantwortet die Fragen im Namen des Stadtrates wie folgt:

1. *Kann der Stadtrat versichern, dass heute Kinder, Frauen und Männer den Ländiweg zu jeder Tageszeit ohne jedes Risiko benützen können? Oder sind von Passanten am Ländiweg besondere Vorsichtsmassnahmen zu beachten?*
 - ❑ Absolute Sicherheit kann niemand nirgends garantieren
 - ❑ Der Ländiweg kann von allen Passantinnen und Passanten ohne besondere Vorsichtsmassnahmen begangen werden.
 - ❑ Je mehr Fussgängerinnen und Fussgänger unterwegs sind, desto grösser ist die soziale Kontrolle.

2. *Teilt der Stadtrat die Ansicht, dass die Ansammlungen randständiger Gruppen am Ländiweg heute eine schlechte Visitenkarte für Olten sind und den Zielen des Stadtmarketings zuwider laufen können?*
 - ❑ Wir weisen darauf hin, dass nicht alle Personen, die die Nähe des Wassers am Ländiweg geniessen, „randständig“ sind.
 - ❑ Das Publikum setzt sich auch zusammen aus Personen, die dort Znüni-, Zmittag- oder Zvieripause machen, und solchen, die nach Arbeit und Schule den Feierabend dort einläuten und Bekannte treffen. Es hat dort aber auch arbeitslose Menschen und sogenannte Randständige. Diese gehören zu unserer Gesellschaft; solange sie sich nicht ungesetzlich oder anstössig verhalten, können sie nicht weggewiesen werden.

3. *Welche konkreten Massnahmen hat der Stadtrat in den letzten Monaten ergriffen, damit im Sommer 2012 wieder alle Bevölkerungsgruppen ohne schlechte Gefühle den Ländiweg nutzen können?*
 - ❑ Die Stadtpolizei hat die Weisung die Situation am Ländiweg dauernd zu beurteilen und zu überwachen. Bei schönem Wetter ist die Stadtpolizei jeden Tag uniformiert, aber auch in Zivil am Ländiweg im Einsatz. Die Stadtpolizei Olten und die Polizei Kanton Solothurn führen spezifische Kontrollen in der Betäubungsmittelszene durch.
 - ❑ Der Stadtrat hat Toleranzzonen geschaffen, wo sich die Personen aufhalten dürfen. Die Arbeit der Polizei besteht darin die Randständigen in diese Zonen zu verweisen und Personenkontrollen vorzunehmen. Die Stadtpolizei hat die Möglichkeit mit Wegweisungen, aber auch Fernhaltungen Personen für 24 Stunden oder länger aus dieser Zone fernzuhalten. Zudem haben die Randständigen die Möglichkeit sich zur Suchthilfe Olten zu begeben.
(Auch) die Randständigen halten sich am liebsten an schönen öffentlichen Orten auf. Versuche der Stadtpolizei, die Szene zu verlagern, haben zu negativen Effekten an anderen Orten geführt (z.B. Stadtkirche, Denner Solothurnerstrasse) und besonders in den Parks und Wiesen (Römermatte, Samariterwiese, Stadtpark etc.). Die Immissionen für die angrenzenden Wohnzonen führten vermehrt zu Reklamationen.
 - ❑ Seit 2008 werden zusätzlich zur Polizeipräsenz auch noch Securitas-Sicherheitspatrouillen auf dem ganzen Stadtgebiet eingesetzt. In diesem Jahr konzentriert sich die Präsenz vornehmlich auf den Springbrunnen – Ländiweg – Winkelunterführung – Holzbrücke - Salzhüslweg. Die Einsatzzeiten sind von 17 bis 19 Uhr. Es geht der Polizei darum, ein Aufsichtsorgan vor Ort zu haben, um die Kontrolldichte zu erhöhen. Die Securitas-Mitarbeitenden alarmieren die Polizei bei ausserordentlichen Vorfällen. Im Juni musste noch keine Polizeipatrouille herangezogen werden. Diese zusätzliche Präsenz verstärkt das subjektive Sicherheitsgefühl in den Zeiten, wo es vermehrt Personen im Raum Bahnhof Olten hat.
 - ❑ Die Stadtpolizei kann dieses Problem nicht selbständig lösen. Es braucht neben einem repressiven und einem stationären Angebot auch ein sozial-aufsuchendes Element. In Zusammenarbeit mit der Sozialdirektion und der Suchthilfe Olten hat die Direktion Öffentliche Sicherheit im Jahre 2011 das Konzept Information – Sicherheit – Intervention (ISI) initiiert. Das Ziel dieses Konzeptes ist es, durch aufsuchende

Sozialarbeiter die Randständigen noch auf einer anderen Ebene anzusprechen. Verschiedene andere Städte haben Erfolg (z.B. SIP Zürich) mit solchen Konzepten. Aus Kostenüberlegungen wurde dieses Konzept zurückgestellt.

- Heute sitzen viele Leute auf den Mauern am Ländiweg. Dort vorbei zu gehen, kann unangenehm sein. Nach der Realisierung von Andaare werden die Verweilenden auf den Stufen am Wasser mit dem Rücken zum den Passantinnen und Passanten sitzen; dadurch wird das Gefühl des „Ausgestelltseins“ reduziert werden.

4. *Speziell im Hinblick auf die Gigathlon-Veranstaltung: Welche konkreten Massnahmen ergreift der Stadtrat kurzfristig, damit der Ländiweg als aarenahe Verbindung zwischen Bahnhof und Altstadt einen hervorragenden Eindruck für alle Besucherinnen und Besucher der Stadt Olten abgibt?*

- Unabhängig von Gigathlon oder anderen Veranstaltungen ist der Ländiweg für die Polizei Tagesgeschäft: Am Ländiweg werden keine gesetzlichen Übertretungen und grössere Ansammlungen, die das Passieren verunmöglichen, geduldet. Der Ländiweg soll allen zugänglich und für alle begehbar sein.

- - - - -

Urs Knapp: Es ist ein interessantes Thema. Nachdem gestern Herr Huber vom Oltnen Tagblatt in die Tasten gegriffen hat und meinetwegen sehr viel arbeiten musste, habe ich gestern Abend auch einige Telefonanrufe erhalten. Dieses Thema bewegt die Bevölkerung. Ich denke, es geht um drei Bereiche. Es hat drei S: Sicherheit, Stadtbild und Sauberkeit. Zuerst zur Sicherheit. Meine erste Frage war: Kann der Stadtrat heute versichern, dass man den Ländiweg ohne Risiko passieren kann? Ich habe mir zum Beispiel Eltern vorgestellt, die unterhalb der Kantonsschule wohnen und ihre Kinder in die Musikschule schicken. Können sie ihren Kindern 12, 13 Jahre alt, sagen: Nimm den Ländiweg zur Musikschule. Das wäre eigentlich die natürlichste Verbindung. Ich täte es nicht tun, wenn ich dort wohnen würde. Die Sicherheit ist auch ein Thema – man konnte gestern lesen, dass die Stadträtin gesagt hat: „Der Ländiweg gehöre zwar zu den sogenannten Brennpunkten, aber irgendwelche Belästigungen oder gar Verbrechen gröberer Art seien nicht zu vermieden“. Gestern Nachmittag hat es einen grösseren Vorfall gegeben. Ich weiss nicht, wie viele andere auch noch. Es wurde leider nicht publiziert. Offensichtlich hat man zuerst versucht, jemanden in die Aare zu werfen, dann wurde er von den drei Personen zusammen geschlagen. Man hat Kopfritte gegeben. Mir wurde gesagt, dass die drei Herren, die dies gemacht haben, geflüchtet sind, als Passanten vom Bahnhofquai hinunter gerufen haben. Ein sehr mutiger Bürger hat sie nachher auf dem Velo verfolgt, hat gleichzeitig mit dem Handy die Polizei angerufen und die drei Personen konnten in der Schützenmatte in der Badi gestellt werden. Ich habe mich gewundert, dass dies keine Meldung in den Polizeirapporten wert ist, und habe mich gefragt: Wie oft passiert so etwas, ohne dass es gemeldet wird? Es ist bekannt, dass dort unten die Gefahr eines offenen Drogenplatzes relativ gross ist. Auch nach Aussagen von Leuten, die es von Polizisten wissen, wird dort unten viel gedealt. Häufig sind genau die Leute, die etwas erhöht sitzen, auch die richtigen Ansprechpartner, wenn man irgendwelchen Stoff braucht. Das Thema Sicherheit ist ein grosses Thema. Wenn dann die Stadträtin oder der Stadtrat sagt: „Absolute Sicherheit kann niemand nirgends garantieren“ ist dies zwar korrekt, aber es ist wahrscheinlich ein Unterschied Sicherheit am Ländiweg oder an anderen Strassenzügen in Olten. Das Andere ist das Stadtbild. Es ist mir sehr wohl bewusst, dass dies ein heikles Thema sein kann. Ich möchte auch sagen und das steht hier auch drin: Randständige gehören zu dieser Gesellschaft. Aber es gibt auch immer einen Wert, den man gegeneinander abwägen muss. Die Gesellschaft hat auch ein Recht darauf, dass man zentrale Passagen ohne schlechtes Gefühl benützen kann. Eine Stadt hat auch ein Recht darauf, dass der Punkt, wo sehr viele Erstbesucher nach Olten kommen, ein anständiger, vernünftiger zukunftsgerichteter Eindruck über diese Stadt gibt. Vielleicht gerade am nächsten Wochenende, wenn 6'000 Personen kommen. Wenn der Stadtrat die Frage 2 einfach nicht beantwortet, ist dies auch eine Antwort. Offensichtlich wird dieser

Eindruck anders gewichtet. Hier kann man über die Stadtgrenzen hinaus blicken und schauen, wie es andere Städte gemacht haben. Solche Probleme gibt es ja nicht nur in Olten. Aber wir sehen, dass Zürich, Basel und Aarau damit umgehen und auch Lösungen finden können, die im Interesse aller sind. Bei Frage 3, welche Massnahmen die Stadt ergriffen hat, muss ich sagen, dass man die Polizei vorbei geschickt hat. Das ist ein Aspekt. Aber es gibt noch viele andere Sachen. Die Stadt Olten macht eine grosse Littering-Kampagne „Fairmüllen“. Das steht übrigens auch im Verwaltungsbericht. Gleichzeitig duldet aber die Stadt Olten offensichtlich, dass am Ländiweg jeden Morgen eine Riesenschweineerei ist. Ich glaube, hier kann man auch von Randständigen oder auch von Personen, die dies verursachen, etwas verlangen und einfordern. Das muss man einfordern. Man macht genau, was wir beispielsweise auch als Erziehende fordern. Man muss Freiraum geben, aber auch Grenzen setzen. Davon lese ich hier nichts. Es ist nicht nur ein polizeiliches Problem, sondern auch eines der Sozialpolitik. Dort frage ich mich dann auch wieder, welches die Prioritäten sind. Wenn man sagt, man habe einfach keine Kapazitäten, setzt man dann die Prioritäten richtig? Es hat dort Hunde. Man kann sagen: „Hunde, die knurren, beißen nicht“. Ich möchte es aber nicht jedes Mal ausprobieren, ob es wirklich so ist. Es hat Littering, Scherben auf dem Boden. Bierflaschen fliegen. Das ist eine Gefährdung. Es kann doch nicht sein, dass man einfach am Morgen den Werkhof los schickt, der wieder säubern muss, damit man dies am Abend wieder tun kann. Noch ein Rückblick zu Frage 2. Das habe ich vergessen. Der Stadtrat beantwortet die Frage nicht, weist aber darauf hin, dass nicht nur Randständige dort sind. Selbstverständlich sind nicht nur Randständige dort. Das habe ich aber auch nie gesagt. Von daher bin ich von der Antwort nicht befriedigt. Ich habe den Eindruck, dass der Stadtrat oder wahrscheinlich die zuständige Stadträtin das Problem nicht erkannt hat. Es ist ein Unsicherheitspotenzial. Ich möchte auch Dich, Iris Schelbert, darauf hinweisen, dass Du nach Deinem Amtsantritt eine Sicherheitskampagne gestartet hast. Das war eine sehr gute Sache. Du hast Begehungen durchgeführt. Du hast mit der Bevölkerung geschaut, wo man sich unsicher fühlt. Aber gerade hier, wo wirklich sehr viele betroffen sind, passiert offensichtlich nichts. Das finde ich schade.

Dr. David Wenger: Aus Sicht der SVP begrüßen wir den Vorstoss vorbehaltlos, insbesondere dass hier zu diesem Thema diskutiert werden kann. In diesem Zusammenhang kann man noch darauf hinweisen, dass seitens der SVP zwei Vorstösse unterwegs sind: Der Wegweisungsartikel und eine Motion über mehr Sicherheit im öffentlichen Raum. Grundsätzlich müssen wir zur Beantwortung dieser Interpellation einfach sagen, dass die Antworten sehr defaitistisch, fast konzeptlos gehalten sind, vor allem – Urs Knapp hat es angetönt – was den wichtigen ersten Eindruck angeht, den die Besucherinnen und Besucher von Olten haben, wenn sie mit den SBB ankommen, durch die Unterführung nach vorne gehen, auf die Bahnhofterrasse kommen, eigentlich einen schönen Anblick von Olten hätten. Aber was sie als Erstes sehen, und insbesondere im Sommer mehr und mehr zu praktisch allen Tageszeiten, ist wirklich abschreckend. Ich meine, es würde dem Stadtrat gut anstehen, hier ein glaubwürdiges Konzept aufzustellen und nicht nur derart defaitistisch zu argumentieren. Man schickt die Polizei vorbei. Das ist sicher wichtig und gut. Aber dieses Problem muss grundsätzlicher angegangen werden und in diesem Sinne ist die Antwort auch für uns überhaupt nicht zufriedenstellend.

Dr. Max Pfenninger: Ich möchte von der Stadträtin eigentlich nur wissen, wer entscheidet, welche Vorkommnisse kommuniziert werden und welche nicht. Ist es im freien Ermessen von irgendjemandem? Ich finde, der Vorfall, den Urs Knapp angetönt oder davon Kenntnis hat, würde unbedingt kommuniziert gehören.

Dr. Markus Ammann: Zuerst habe ich gedacht, ich müsse gleich etwas auf das Votum von Urs Knapp sagen. Ich müsse kurz Wikipedia zitieren, was ein Demagoge ist. Aber ich liess es dann bleiben. Ich habe ein anderes Zitat. „Am linken Ufer sitzen unten am Wasser mit dem sicheren Sinn für die besten Orte, den sie in allen Städten an den Tag legen, mit ihren Hunden die Junkies und haben es schön“. Das ist eine Beschreibung dieses Ländiweges. Wer sich vielleicht erinnern kann: Im Jahr 2003 gab es ein NZZ-Folio, quasi über die Stadt Olten. Dort hat jemand in Olten drei Tage lang Ferien gemacht und dann einen Bericht geschrieben. Es war Lili Binsegger. Ich bin heute wirklich per Zufall auf dieses Folio

gestossen und habe diesen Text gelesen. Mir schien es noch passend. Erstens lerne ich daraus: Es hat sich nichts geändert. Das kann man nun einmal negativ anschauen. Es hat sich eigentlich nichts geändert. Das heisst, heute würde es nach Urs Knapp Randständige und nicht mehr Junkies heissen. Aber er hat am Schluss gesagt, es sei sowieso auch von den Drogen her ein Problem. Also könnte man das Wort sogar lassen. Das ist das Eine. Auf der anderen Seite muss man sich überlegen, ob hier wirklich nichts passiert. Ich bin der Meinung, es ist etwas Wesentliches passiert. Man hat nämlich jetzt zehn Jahre, vielleicht nicht ganz zehn Jahre, lang überlegt, wie man dieses Problem in den Griff bekommen könnte. Man hatte eine Abstimmung darüber, nämlich: Wir werden Andaare bauen. Das ist für mich ein ganz zentrales Element, um das Problem mindestens teilweise in den Griff zu bekommen. Ich bin überzeugt, dass dies unter anderem auch von dieser Geschichte motiviert war. Es ist nicht nichts passiert bzw. es ist bisher nichts passiert. Aber es wird natürlich etwas passieren und die Situation wird sich dort massiv ändern. Trotzdem: Als ich die Interpellation gelesen habe, habe ich mich schon auch gefragt, was Randständige eigentlich sind. Das ist mir nicht ganz klar geworden und ist mir auch jetzt noch nicht ganz klar. Für mich war dann noch die zweite Frage: Urs, woher weisst Du, dass dort unten alles Randständige sind? Vielleicht kannst Du mir die beiden Fragen beantworten, was Randständige sind und ob es dort alles Randständige sind bzw. wie Du zu diesem Schluss kommst.

Christian Werner: Ich möchte auch noch kurz etwas sagen, weil ich zu diesem Thema schon verschiedentlichst Vorstösse gemacht, es immer wieder angesprochen habe und ich bin immer quasi mit den gleichen Antworten abgetan worden wie jetzt Urs Knapp. Deshalb fühle ich ein Stück weit mit, dass er unzufrieden ist. Ich habe einfach das Gefühl, das Thema Sicherheit wird auf Stufe Stadtrat sehr, sehr stiefmütterlich behandelt und vernachlässigt. Zum anderen kann ich noch sagen, dass ich das gestrige Beispiel nicht kannte. Aber es gibt andere Beispiele, die auch nie in den Medien waren, wo dort unten massive Sachen passiert sind. Ich weiss zum Beispiel in mehrfachen Fällen von Messerstechereien, wo jemand fast verblutet wäre. Aber niemand weiss es. Iris Schelbert sagt nachher, es seien dort keine Verstösse zu vermerken. Das ist einfach nicht die ganze Wahrheit. Es gibt auch eine Aussage, dass Olten eine Drehscheibe des internationalen Drogenhandels sei. Diese Aussage stammt nicht von mir, sondern von Leuten, die es wissen. Das findet massgeblich im Bereich Bahnhof und Ländliweg statt. Einfach zu tun, als ob nichts wäre, finde ich völlig verfehlt. Man sollte endlich hinschauen und vor allem auch auf politischer Ebene. Das hat von mir aus gesehen gar nichts mit der Polizei zu tun, sondern man sollte auf politischer Ebene endlich einmal eingestehen, dass Handlungsbedarf besteht und das Ganze dann entsprechend auch angehen. Auch das Thema Pöbeleien: Ich bin heute extra dort durch gegangen, als ich vom Bahnhof kam. Es waren relativ viele dort. Es sind riesige Gruppen, unter anderem auch mit Hunden, im Weg gestanden, dass ich anhalten und einen Herrn bitten musste, etwas zur Seite zu gehen, damit ich durchgehen kann. Mir macht dies nicht Angst. Aber anderen Leuten macht es Angst. Das sind einfach keine Zustände und es wirft ein schlechtes Licht auf die Leute, die in Olten ankommen und an die Aare gehen wollen, um das Leben zu geniessen und die schöne Altstadt zu sehen, und dann treffen sie auf solche Zustände und müssen zuschauen, wie dort Drogen gedealt und zwischendurch jemand nieder geschlagen wird. Ich finde, das kann es einfach nicht sein, und ich bezweifle auch, ob mit Andaare alles besser wird. Es gibt auch Stimmen, die sagen: Dann hat es dort noch mehr, weil sie es schöner haben. Ich weiss es nicht und hoffe, es wird besser. Aber ich glaube, es wird nicht einfach alles besser, nur weil wir dort einige Millionen Franken bauen. Ich meine, auf Stufe Regierung wird man auch dann etwas machen wollen. Abschliessend habe ich jetzt noch eine konkrete Frage. Es wird angetönt, dass es Möglichkeiten gebe, Wegweisungen oder Fernhaltungen zu verfügen. Ich glaube, ich habe dies ca. 2009 auch schon gefragt. Damals waren es pro Jahr zwei und jetzt hat Iris Schelbert dies in der Antwort erwähnt. Ich gehe davon aus, dass Du abgeklärt hast, wie viele Fälle dies sind. Kannst Du beispielsweise sagen, wie viele Personen im Jahr 2011 weggewiesen wurden vor dem Hintergrund, dass dort massive Sachen passieren, das Thema Littering ein riesiges Problem ist und es wahrscheinlich schon ein paar Fälle gibt, wo man Wegweisungen verfügen kann.

Daniel Dähler: Ich möchte das Thema vor allem auch im Kontext mit der Visitenkarte noch einmal aufgreifen und ein Beispiel schildern, das ich in einer Stadt, die ich bereist habe, erlebt habe. Spezifisch ist es Porto gewesen. In Portugal eine wunderschöne Terrasse mit einer wunderschönen Aussicht auf den Fluss hinunter. Wir sind um die Ecke gegangen und dort in eine Szene gekommen, die einer Situation ähnlich ist wie wenn wir in Olten aus dem Bahnhof hinaus gehen. Meiner Partnerin und mir ist dieses Bild, dass wir in einem ersten Eindruck – es war ziemlich am Anfang eines Besuches dieser Stadt – sehr stark eingefahren und hat uns geprägt. Ich denke, das ist es. Ein Oltner kann irgendwie einordnen, was dort passiert. Er wählt seinen Weg und geht sehr wahrscheinlich über die Hauptbrücke anstatt den Ländiweg zu nehmen, was ich grundsätzlich eine Einschränkung meiner Freiheit als freier Bürger in diesem Sinne finde. Wie ich irgendwie aufgrund einer Situation einfach dazu getrieben werde, einen anderen Weg gehen zu müssen, weil ich vielleicht einfach den Weg des geringsten Widerstandes oder vielleicht der höchsten Sicherheit wähle. Das finde ich ein schlechtes Bild. Die Antworten, die hier stehen, kommen für mich letztlich einer Arbeitsverweigerung gleich. Ich glaube, wir können das Thema nicht weg negieren und schön reden. Es ist ein Problem, und es ist ein Problem an einem Ort, der halt einfach sehr hoch frequentiert ist, auch durch Externe. Das ist ein Eindruck, der prägt. Ich habe es schon zwei- oder dreimal in der Stadtentwicklungskommission erwähnt. Dort hatten wir dieses Thema auch schon x-mal thematisiert. Es geht einfach nichts. Man spürt einfach nichts. Das finde ich einfach etwas verheerend. Wenn man argumentiert, dass man das Problem mit 20 Millionen Franken löst, weiss ich auch nicht, ob es wirklich ein Sozial-programm ist, wenn wir einfach nur noch bauen. Ich glaube, letztlich ändert die Situation, wo sich dort eine andere Bürgerschicht bewegt, dann, wenn das 20-Millionen-Projekt eröffnet wird, nur für einen kurzen Moment. Diese Leute werden den Platz genau wieder einnehmen. Wieso sollen sie weg gehen? Sie werden nachher einen noch schöneren Platz haben als jetzt. Man baut ihnen ja noch eine Sonnenterrasse. Ich kann mir nicht vorstellen, dass dies jetzt eine Massnahme einer sozialen Veränderung in diesem Bereich ist. Entschuldigung, aber das ist Schönfärberei.

Thomas Rauch: Ich hätte eigentlich einen Lösungsvorschlag und ich glaube, das Beste, das man machen kann, ist, dass ich den Stadträten empfehle, am Morgen und am Abend, Winter und Sommer, dort, so wie ich es auch mache, durch zu spazieren. Dann interessiert es mich, ob Ihr von Oktober bis März auch oben an der Strasse durch geht, weil es nämlich am Ländiweg schlichtweg nicht möglich ist. Zweitens scheint mir leicht schizopren, dass wir für Olten Tourismus Geld ausgeben und Marketing machen. Aber fragt doch einmal Eure Besucher. Meine reisen oft mit der Bahn an. Sie gehen dort vorbei. Es ist klar, welches ihr Eindruck von dieser Stadt ist. Das ist alles, was ich dazu zu sagen habe.

Daniel Schneider: Merci Daniel und Christian für die plakativen Darstellungen unserer kriminalisierten Stadt. Ich denke, wir haben wirklich ein Riesenproblem. Wir möchten ja am Ländiweg unser gesellschaftliches Problem lösen. Das können wir nicht. Wir können es nicht mit polizeilicher Präsenz machen. Das ist für mich ohnehin eine Kapitulation vor der Situation. Wir müssen machen, was im Kleinen schon geklappt hat. Ich erinnere an das Bistro, das dort vor 15 Jahren war. Heute ist dort eine ganz andere Bewegung. Ich nehme an, eine, die nicht stört und nicht randständig ist. Ich finde das total super. Dort die Füsse ins Wasser halten. Es läuft wirklich gut. Ich denke, das ist einfach die Rezeptur. Es geht nicht um 20 Millionen Franken, dass man etwas baut und damit das Sozialprogramm lanciert. Das ist eigentlich ein ziemlicher blöder Spruch, Daniel. Ich glaube einfach, dass wir die Orte beleben müssen. Wir müssen sie für uns selber und für alle Leute attraktiv machen. Dann wandelt sich dies. Vermutlich gibt es eine Verschiebung. Hier mache ich mir keine Illusion. Es löst sich ja nicht auf. Ich teile vieles, was Urs gesagt hat, nicht mit der gleichen Koloration. Ich habe Dir schon oft gesagt, dass mich der Brunnenplatz enorm stört, mich stört der Pommes-Frites geschwängerte Hauch, wenn ich die Treppe hinunter und hinauf gehe. Dies ja morgens um 7 Uhr. Das ist fast unglaublich. Ich weiss gar nicht, was um diese Zeit schon gebraten wird. Aber ich glaube wirklich, wir müssen etwas unternehmen. Wir können auch nicht auf Andaare warten. Ich bitte den Stadtrat wirklich noch einmal, über Zwischennutzungen nachzudenken. Es braucht eine Aktivierung. In unseren Breitengraden hat dies halt mit Konsu-mation zu tun. Wir sind ja nicht so Spazierfetischisten wie Italiener

oder Türken. Uns muss man etwas anlocken. Ich glaube, man muss dort einfach etwas machen und es kann durchaus auch auf dem Ländiweg sein. Er ist ein kritischer Ort, da er extrem schmal ist. Wenn eine Putzmaschine entgegen kommt, weiss man eigentlich gar nicht wohin gehen, vielleicht auf die andere Seite des Geländers oder hinauf. Ich glaube, das ist ein kritischer Ort und man muss etwas machen. In meinen Augen sollte man nicht warten, bis Andaare kommt. Ich finde die Zwischennutzung etwas Spannendes und habe mir immer vorgestellt, dass dort die längste Flaniermeile Europas sein könnte. Das ist zum Anlehnen tipp-topp. Ich bin jetzt kreativ. Aber überlasst dies doch kreativen Leuten, wenn Ihr es eventuell nicht könnt. Aber ich glaube, es ist falsch, dies einfach so stehen zu lassen. Polizeiliche Repression allein ist in meinen Augen auch falsch.

Stadträtin Iris Schelbert: Merci vielmals für all diese Voten. Ich habe versucht, mir dies zu sortieren und möchte Antwort geben. Grundsätzlich: Von Arbeitsverweigerung keine Rede. Grundsätzlich möchten wir fünf hier vorne eine glänzende, saubere, blumenge-schmückte Stadt, die irgendeinmal einen Wakker-Preis bekommt. Keine Frage. Grundsätzlich ist die Sicherheit, mindestens einmal für mich, mein ganz zentraler Aufgabenpunkt in dieser Stadt, und ich nehme ihn sehr ernst. Ich möchte defaitistisch und konzeptlos einmal etwas auf die Seite schieben. Wir haben eine klare Aufgaben-trennung zwischen STAPO und KAPO. Die Stadtpolizei ist lokale Sicherheit. Das ist selbstverständlich ganz viel Prävention und Überwachung des öffentlichen Raums. Diese Leute sind auch zu Fuss unterwegs. Überall dort, wo es blutet, schießt und sticht, ist die Kantonspolizei zuständig. Das wäre die Notfallintervention. Das hat auch mit dem Medienkonzept der Kantonspolizei zu tun. Sie entscheiden, was von all diesen Messerstechereien und anderen schlimmen Sachen in die Zeitung kommt. Es kann sein, dass ich deshalb eben nicht weiss, was die KAPO in die Zeitung schreibt und was nicht. Ich nehme alles, was Ihr gesagt habt, sehr ernst, weil es tatsächlich nicht die Sache jedes Mannes und jeder Frau, sich auf dem Ländiweg durch diese Leute hindurch zu kämpfen, wobei man, wenn man „Grüessech zäme, darf ich durch?“ sagt, macht es eigentlich Platz. Es gibt aber Leute, die dies nicht können. Das ist mir völlig klar. Der Ländiweg ist extrem beliebt. Es ist wassernahe. Man sieht auf die Schoggiseite der Stadt. Der Ausblick ist wunderschön. Der Weg ist extrem schmal, wie es Daniel gesagt hat. Das stimmt auch. Randständig oder nicht randständig. Wir haben dort unten sehr viele und ganz verschiedene Leute. Bei der Bahnhoffterrasse alle, die kommen. Wir haben dort Dealers und Junkies. Wir wollen sie dort nicht. Das ist ganz klar. Es wird auch nicht geduldet. Sie werden rein genommen, erhalten ihre Anzeige, werden „verräumt“ und kommen wieder. Dann fängt es wieder von vorne an. Die Polizei ist an dieser Szene ganz klar dran. Ich muss einfach sagen, es ist nicht nur die Bahnhoffterrasse und der Ländiweg, die geschützt werden müssen. Solche Sachen werden nicht geduldet. Es wird auch nicht geduldet, wenn Leute angepöbelt werden. Hier sind wir darauf angewiesen, dass dies gemeldet wird. Es wird nicht geduldet, wenn sich Leute zusammenrotten und irgendwelche Leute am Passieren hindern. Dann können wir mit dem Wegweisungsartikel kommen. Wir haben viele Leute dort unten, die einfach am schönsten Ort der Stadt Olten den Tag verbringen wollen. Sie machen nichts falsch. Sie sind einfach dort. Aber sie sehen nicht so aus und benehmen sich auch nicht so, dass sich alle Leute ganz sicher fühlen. Ich habe Angst vor Hunden und muss mir immer sagen: Er ist ein lieber und macht nichts. Ich glaube dies nicht immer. Auch dort: Die Hunde müssen an die Leine genommen werden und auch dies wird geahndet. Dies einmal zu dem, was wir machen. Ich glaube, wir haben nicht gesagt, wir machen nichts und nehmen es nicht ernst. Es ist wirklich ein Thema. Jetzt kann man diese Leute mit der Polizei herum jagen. Das kann man machen. Wir haben hier auch aufgeschrieben, wohin sie gehen. Ihr kennt die anderen Brennpunkte. Sie sitzen dort und andernorts. Überall hat es Anwohnerinnen und Anwohner, die sagen: Wir wollen diese Szene hier nicht. Wir wollen die Alkoholiker hier nicht. Die besondere Gruppe der Leute, die eben gerne ein Bier, zwei, drei, fünf, zehn Biere haben, wird stur an die Suchthilfe verwiesen. Aber das ist 200 oder 300 Meter weit weg. Bei der Suchthilfe bekommen sie ein Bier. Dafür müssen sie über sich ergehen lassen, dass sie registriert werden. Es ist niederschwellig. Aber sie müssen sich dorthin begeben und könnten dort eigentlich sein. Von der Suchthilfe haben wir die Meldung erhalten, die Leute seien nicht so gerne dort. Wegen des Brückenbaus sei es zu lärmig. Jetzt ist der Brückenbau nicht mehr. Die Leute werden wieder an die Suchthilfe verwiesen. Das nützt aber alles nichts, solange es bei Denner noch günstigeres Bier als bei der Suchthilfe gibt. Also kauft man das

Bier dort, wo es am allergünstigsten ist. Wir bewegen diese Leute immer wieder, an einen anderen Ort zu gehen. Sie werden oft kontrolliert, gefilzt, herein genommen und verzeigt. Das wird alles gemacht. Aber sie kommen immer wieder, weil wir im Gegensatz zu anderen Städten, zum Beispiel Solothurn, das Pech haben, dass der Bahnhof so nahe an der Aare ist. So nahe am schönsten Ort. In Solothurn hat es am Bahnhof eine Szene und nachher ennet der Aare. Schaut einmal zwischen Landhaus und Chutz. Es gibt kein Durchkommen. Das ist kein schmaler Weg. Dort ist es dasselbe Bild. Es ist ganz schwierig, solche Zusammenrottungen von Leuten aufzulösen und wegzuweisen, vor allem, wenn diese Leute nichts anderes machen als einfach dort zu sein. Jetzt komme ich zum Littering. Man hat heraus gefunden, dass es den Leuten wie Dir und mir aus allen Arbeitsgruppen am Allerunwohlsten ist in Gegenden, wo Vandalismus geschieht und es unappetitlich ist, wo Littering passiert. Ich bin, als ich an das Pontonierfest ging, an der Badi vorbei gegangen. Am Abend um fünf Uhr. Die Badmeisterin hat hinten aufgeräumt. Ich habe gemeint, mich treffe der Schlag. Die Badiwiese hat wie ein Müllhalde ausgesehen. Im Abstand von zehn Schritten standen Abfalleimer, die nicht voll waren. Die Badmeisterin musste den ganzen Grümpel wegräumen. Das gleiche Problem haben wir in allen Parks, auf öffentlichen Plätzen. Man kann jetzt schon sagen, die Erziehenden sind gefragt. Das stimmt hundertprozentig. Die Polizei kann Bussen geben, wenn jemand etwas fallen lässt. Aber sobald die Polizistin in der Uniform da ist, lässt selbstverständlich niemand etwas fallen. Sicher nicht. Man kann auch in Zivil gehen. Aber die Stadtpolizei ist eigentlich nicht dazu auserkoren, in Zivil Dienst zu machen. Sie macht uniformierten Dienst. Das ist auch so. Auf dem Ländiweg fordert es eigentlich drei Kräfte. Wir sind dreifach gefordert. Die Stadtpolizei mit der Kantonspolizei mit allen Kontrollen, mit Wegweisungen und Ahndungen. Dann der Werkhof mit dem Littering-Projekt. Diejenigen, die immer wieder putzen gehen. Aber der Dreck ist schneller dort als Martin Wey seine Leute putzen lassen kann. Irgendwo haben wir auch Grenzen. Nachher wären eigentlich noch aufsuchende Gassenarbeit und aufsuchende Sozialarbeit gefragt, die versucht, diese Leute irgendwie in die Suchthilfe zu motivieren, mindestens diejenigen, die es nötig haben. Wir haben letztes Jahr mit der Sozialdirektion das ISI Information Sicherheit Intervention aus Zürich angeschaut. Das wäre etwas Tolles. Aber es kostet ein Vermögen, wenn wir zwei Sozialarbeitende unterwegs schicken, jeden Abend dort arbeiten zu gehen. Die Wegweisung hat klare Regeln. Ich bin überzeugt, dass es mit der Lösung von Andaare tatsächlich eine Entspannung geben könnte, weil es unangenehm ist, an einem Ort durchzugehen, wo die Leute auf der Mauer sitzen und auf einen herunter schauen. Es ist angenehmer, an einem Ort durchzugehen, wo die Leute an der Aare sitzen, den Rücken gegen einen kehren und unter einem sind. Das wird ein subjektiv besseres Gefühl geben. Was mit Andaare sonst passiert, jetzt wo wir ja die Passantinnen- und Passantenströme auseinander genommen haben, diejenigen, die es eilig haben, hetzen über das Brücklein, und die anderen, die Zeit haben, gehen flanieren. Ich weiss nicht, wie es anders werden soll. Ganz fest überzeugt bin ich, dass es für die Polizeien, Securitas, Sicherheitsdienste, den Werkhof und aufsuchende Sozialarbeit dort unten immer ein Thema sein wird. Deshalb haben wir es auch als Brennpunkt deklariert. Wir haben dies nicht einfach wegen schön oder wegen keinem Konzept als Brennpunkt deklariert. Es wird dort immer etwas ein Thema sein. Aber es wird auch ganz klar sein: Wenn sich jemand nicht nach den Regeln verhält und irgendwie kriminell ist, hat er dort nichts zu suchen. Aber alle anderen, die sich an die Regeln halten, dürfen dort sein. Aber ich nehme diese Voten gerne mit und hoffe auf die Bauzeit. Dann werden wir ganz sicher Ruhe haben. Eventuell vermag eine Bauzeit auch eine solche Gewohnheit durchbrechen. Das kann sein. Darauf hoffe ich auch noch etwas, dass die Bauzeit diesen Leuten die Gelegenheit, den Raum zurück zu erobern, die Ihr und wir dort gerne sehen würden: Spaziergängerinnen, Spaziergänger, Grosseltern, Eltern mit Kindern usw. Aber überlegt einmal, wer den ganzen Tag Zeit hat, um die Schoggiseite zu geniessen.

Christian Werner: Es gibt noch eine Frage, die nicht beantwortet ist. Es ist mir schon klar, dass man nicht einfach alle wegweisen kann. Ich rede auch nicht von den „Hobby-Satanisten“ in den schwarzen langen Mänteln. Das ist okay. Ich rede von den kriminellen Menschen, die dort unten sind. Du hast jetzt viel, lange und immer wieder von Wegweisung gesprochen. 2009 hast Du auch immer von Wegweisung geredet. Als dann die Zahlen

kamen, erschrak man. Ich möchte wissen, wie viele Personen 2011 weggewiesen oder ferngehalten wurden.

Stadträtin Iris Schelbert: Sorry, das kann ich jetzt hier nicht beantworten. Diese Antwort werdet Ihr alle per Mail erhalten, wie viele wir weggewiesen haben und welche Gründe wir für die Wegweisung haben. Fernhalten. Ja, das machen wir doch gerne. Aber ich kann das hier heute Abend so nicht beantworten. Das hätte ich vorher wissen müssen.

Dr. Max Pfenninger: Ich möchte einfach nur ganz kurz sagen, wenn Körperverletzungen passieren und die Stadtpolizei kommt und nachher die Kantonspolizei dies weiter bearbeiten muss, erwarte ich vom Stadtrat oder der zuständigen Stadträtin, dass dies mit dem Kanton so abgesprochen wird, dass die Bevölkerung dies erfährt. Mir scheint, die Bevölkerung von Olten hat ein Recht zu erfahren, wenn auf dem Stadtgebiet Körperverletzungen passieren, die zu Spitalbehandlungen führen. Wenn dies nicht sicher gestellt werden kann, weil wir nur eine Stadtpolizei haben, betrachte ich dies als Führungsschwäche des Stadtrates.

Stadträtin Iris Schelbert: Max Pfenninger, das ist Dir überlassen. Es ist einfach, und das ist geregelt. Bei solchen Übertretungen hat ganz klar der Kanton mit seiner Pressestelle den Lead. Die Kantonspolizei entscheidet, was wo in die Zeitung kommt und was man wo hören kann. Hier dürfen wir uns ganz einfach nicht einmischen.

Mitteilung an:
Direktion Öffentliche Sicherheit/Herr Franco Giori
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 28. Juni 2012

Akten-Nr. 3/4, 21/0

Prot.-Nr. 67

Dringliche Interpellation Florian Amoser (SP) und Mitunterzeichnende betr. geplanter Rückbau Wehr Olten-Winznau/Beantwortung

Am 25. Juni 2012 haben Florian Amoser (SP-Fraktion) und Mitunterzeichnende eine dringliche Interpellation mit folgendem Wortlaut eingereicht:

«Geplanter Rückbau Wehr Olten/Winznau

Im Rahmen der Anpassung des kantonalen Richtplans wird zwischen Olten und Aarau der Hochwasserschutz verbessert und diverse Gebiete renaturiert. Für den Oberbau des Wehres auf der Stadtgrenze zwischen Olten und Winznau wird im Rahmen dieser Anpassungen den Abriss vorgesehen.

Die Stadt Olten, so durch den Stadtrat und dem Parlament beabsichtigt, übernimmt eine regionale Führungsrolle. Dazu gehört aus unserer Sicht auch die aktive Teilnahme als Stadtregierung am öffentlichen Mitwirkungsverfahren. Bereits zur Richtplanung KKG Niedergösgen hat der Stadtrat zum Erstaunen der SP Olten nichts verlauten lassen.

Gemäss Auskunft der Stadtplanung und der Presserecherche sieht der Stadtrat anlässlich der Richtplananpassung zur Konzessionserneuerung des (Wasser)Kraftwerkes Niedergösgen erneut keine Mitwirkung vor.

Daraus ergeben sich für uns folgende Fragen;

1. Welchen Stellenwert räumt der Stadtrat dem öffentlichen Mitwirkungsverfahren ein?
2. Sieht sich der Stadtrat als Vertreter der Stadt Olten in regionalen und überregionalen Fragestellungen?
3. Kennt der Stadtrat die baulichen Zeugen der industriellen Entwicklung in der Region Olten?
4. Wie beurteilt der Stadtrat von Olten den Wert des Zeitzeugen "Winznauer Wehr" der industriellen Entwicklung?
5. Will der Stadtrat an der aktuellen Mitwirkung teilnehmen? Wenn nicht, aus welchem Grund? Wenn ja, mit welchem Wortlaut?

Begründung der Dringlichkeit; Abgabetermin der Mitwirkung vom 6. Juli 2012»

- - - - -

Im Namen des Stadtrates beantwortet **Stadtrat Martin Wey** den Vorstoss wie folgt:

Die Konzession für das Wasserkraftwerk Gösgen ist bis zum Jahr 2027 gültig. Die Alpiq Hydro Aare AG hat die kantonalen Behörden um eine vorzeitige Konzessionserneuerung ersucht. Mit der Neukonzessionierung soll das Kraftwerk ohne konzeptionelle Veränderungen, jedoch mit Anpassung an die ökologischen Erfordernisse und Anpassung der Bauwerke an den Stand der Technik weiterbetrieben werden. Die Maschinenanlage wurde bereits Mitte der 90-er Jahre vollständig erneuert.

Im Hinblick auf die Konzessionserneuerung wird das über 90-jährige Stauwehr Winznau umfassend saniert und an die künftigen Anforderungen der Hochwasser- und Erdbebensicherheit angepasst. Die zu erhöhenden Dotierwassermenge soll zur Stromgewinnung genutzt werden. Zudem ist eine Dammertüchtigung an einzelnen Abschnitten zwischen Obergösgen und Winznau vorgesehen. Im Bereich Winznau sollen diese Massnahmen infolge erhöhter Dringlichkeit mit einem separaten Baubewilligungsverfahren vorgezogen werden.

Die Arbeiten zur Konzessionserneuerung wurden von einer Begleitkommission unterstützt. In dieser sind die Gemeinden, die kantonalen Fachstellen sowie verschiedene Organisationen aus den Bereichen Fischerei und Naturschutz vertreten. Die Begleitkommission ist in die öffentliche Mitwirkung eingebunden. Für die Stadt Olten ist Regina Flury in der Begleitkommission vertreten.

Zu den konkreten Fragen:

Frage 1: Welchen Stellenwert räumt der Stadtrat dem öffentlichen Mitwirkungsverfahren ein?

Selbstverständlich räumt der Stadtrat dem öffentlichen Mitwirkungsverfahren einen grossen Stellenwert ein und begrüsst dieses ausdrücklich.

Frage 2: Sieht sich der Stadtrat als Vertreter der Stadt Olten in regionalen und überregionalen Fragestellungen?

Der Stadtrat hat in der Vergangenheit oftmals bewiesen, dass er sich pointiert für die gesamten regionalen und überregionalen Interessen einsetzt (z. B. Aareland, Agglomerationsprogramme, etc.).

Frage 3: Kennt der Stadtrat die baulichen Zeugen der industriellen Entwicklung in der Region Olten?

Ja.

Frage 4: Wie beurteilt der Stadtrat von Olten den Wert des Zeitzeugen „Winznauer Wehr der industriellen Entwicklung“?

Die Anlagen des Wehrs liegen vollständig auf dem Gemeindegebiet von Winznau und somit nicht im Entscheidungsgebiet der Stadt Olten. Ob diese Anlage geschützt werden soll, liegt insbesondere in der Kompetenz der Kantonalen Denkmalpflege und allenfalls des Heimatschutzes.

Frage 5: Will der Stadtrat an der aktuellen Mitwirkung teilnehmen? Wenn nicht, aus welchem Grund? Wenn ja, mit welchem Wortlaut?

Der Stadtrat von Olten als Planungsbehörde wird an der aktuellen Mitwirkung teilnehmen und sich insbesondere positiv zu den neuen Dammanlagen zur Sicherung gegen das Hochwasser äussern. Weiter positiv zu erwähnen ist, dass mit den neuen Wehranlagen für Fussgänger und Velofahrende eine neue 3.80 m breite Brücke erstellt wird.

- - - - -

Florian Amoser: Ich danke dem Stadtrat für die Beantwortung und dem Parlament für die Dringlichkeitserklärung. Wenn ich die Antworten so lese, muss ich sagen, dass sich mir der Stadtrat etwas zu einfach aus der Affäre zieht. Er äussert sich zwar dazu, dass er sich in das Mitwirkungsverfahren einbringen will. Das begrüssen wir natürlich. Ich frage mich dann einfach. Zwar betrachtet er die neue breite Brücke als positiv. Sie befindet sich aber auch auf Winznauer Boden. Zum alten Wehr, das man abreißen will, zum Oberbau will er nichts sagen, weil es auf Winznauer Boden ist. Meines Erachtens könnte man durchaus auch dort eine Meinung haben. Wenn man eben von sich die Meinung hat, dass man auch überregional eine Position einnimmt, sollte man genau zu solchen Sachen diese Meinung gegen aussen vertreten. Von daher ist eigentlich hier für mich die Kernfrage gar nicht beantwortet bzw. nicht im Sinne, wie ich sie hätte beantwortet haben wollen.

Daniel Schneider: Ich denke, wenn jemand bei einem solchen Verfahren bauwillig ist, ist er darauf angewiesen, dass alle an der Mitwirkung teilnehmen. Das ist ja quasi der Vorspann eines späteren Bewilligungsverfahrens. Wenn er dort schon relativ viel daraus entnehmen kann, kann er allenfalls auch über sein Projekt nachdenken oder anders nachdenken. Unsere roten Freunde in Winznau haben zum Beispiel das Gespräch mit der Atel Hydro schon im Vorfeld gesucht und haben ihre Vorstellungen dargelegt. Ich glaube, Atel Hydro, die zur Alpiq-Gruppe gehört, war nicht böse deswegen, sondern eben gerade froh, dass sie weiss, welche Interventionen kommen. Für mich hat der Oberbau nichts mit der 3,8 Meter breiten – sie kann auch mehr als 3,40 Meter breit sein – Brücke zu tun. Hauptsache, es gibt tipptoppe Langsamverkehrsverbindungen. Das sind Sachen, die nebeneinander Platz haben. Ich denke, die Energiegewinnungsanlage ist auch mit einer solchen Anlage zu verbinden. Ich glaube, dass es ein wenig einfach gemacht ist, wenn man sagt: Hoppla, Erdbebensicherheit, weg damit. Es geht überhaupt nicht um dieses Teil. Es ist einfach für ein neues Werk im Weg, und die Wertschätzung gegenüber unserer eigenen Geschichte ist sehr gering, wenn man das ganze Bauwerk einfach so mit links wegräumen will. Mir scheint es enorm wichtig, dass sich der Stadtrat hier äussert. Wenn Ihr ehrlich seid, macht Ihr dies ja jetzt, weil wir Euch darauf aufmerksam gemacht haben und die Presse – merci vielmals – noch nachgehakt hat. Sonst wäre ja nichts passiert. Es ist auch nicht so, dass Ihr an jedem Mitwirkungsverfahren mitmacht. Zum Beispiel habt Ihr beim Richtplanverfahren Niederamt nicht mitgemacht. Es riecht halt manchmal ein wenig nach einem Kniefall vor der Alpiq. Das ist auch gar nicht nötig. Sie lassen wirklich sehr ordentlich mit sich reden. Ich fände es gut, wenn wir nicht so eine Slalomfahrt von Antworten bekämen, sondern man auf den Kernpunkt käme, nämlich: Wärt Ihr dafür, dass man den Oberbau hält oder nicht? Das habt Ihr in der Beantwortung raffiniert ausgelassen. Ihr habt auf alles andere hingewiesen, aber nur nicht auf das, worum es eigentlich geht.

Stadtrat Dr. Martin Wey: Ich bin einerseits froh, dass wir uns miteinander in der Sonntagszeitung austauschen konnten. Aber die Sache mit dem Slalomfahren lasse ich nicht gelten. Ihr brauchtet immerhin fünf Fragen, um offenbar etwas von uns zu erwirken. Ob wir für den Heimatschutz eintreten oder ob dies der Heimatschutz selber macht. Ihr habt natürlich mit Eurer Fragestellung auch den Slalom angefangen. Ich denke, für uns ist wichtig, dass wir diese Mitwirkung machen. Hier bin ich übrigens auch froh. Mir war eigentlich dieses Wehr nie so präsent – das ist auch durch das wunderbare Foto, die man gesehen, auch ganz schön zum Ausdruck gekommen – sondern ich bin dort immer als Langsamverkehr und als Velofahrer verbotenerweise darüber gegangen. Der Fokus, den wir beim ganzen Mitwirkungsverfahren drauf haben – es gibt ja ein zweistufiges, es gibt noch die öffentliche Auflage – war tatsächlich, dass wir unsere Umweltschutzbeauftragte in der Begleitgruppe mit eingebunden haben. Es geht ja dort unter anderem auch darum, dass wir den Uferschutz

nachher auch begleiten und sie dort entsprechende Inputs gemacht haben. Ich gebe zu, dass wir die Sache mit dem Heimatschutz nicht im Fokus haben. Vielleicht hatten wir dies in diesem Sinne eigentlich auch nicht auf dem Radar. Ich denke, wir müssten dies wirklich vielleicht anderen übergeordneten Institutionen überlassen. Wichtig ist uns, dass wir uns wirklich vernehmen lassen. In diesem Sinne bin auch für den eingereichten Vorstoss dankbar, dass diese Mitwirkungen eigentlich ganz wichtig sind, wir uns aber, und hier haben wir vielleicht eine etwas andere Meinung, auf unsere Kernkompetenzen konzentrieren und dann haben wir vielleicht etwas andere Gewichtungen, die wir vornehmen.

Daniel Schneider: Ich will keinen Disput loslassen. Es ist schon gut. Du bist ja „en Ordilige“. Aber ich denke wirklich, es ist so, dass das Eine das Andere nicht ausschliesst. Das irritiert mich. Es gehört vielleicht auch zum Thema Fantasie.

Mitteilung an:
Baudirektion/Herr Adrian Balz (4)
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 28. Juni 2012

Akten-Nr. 35/6

Prot.-Nr. 68

Interpellation Huguette Meyer Derungs (SP) betr. Erschliessungsverkehr zum Gewerbegebiet Areal Nussbaum AG durch die Wohnzone des Hardfeldquartiers/Beantwortung

Am 11. September 2011 haben Huguette Meyer Derungs (SP-Fraktion) und Mitunterzeichnende eine Interpellation mit folgendem Wortlaut eingereicht:

„Die Grundstücke GB Olten Nr. 3297 und GB Olten Nr. 2294, Eigentümer Nussbaum AG und ImmoPallas AG, gehören zur Gewerbezone und liegen am Rande des Hardfeldquartiers, welches in einer Zone mit Anwohnerprivilegierung (Zone Zufahrtsbeschränkung «Hardfeld») liegt. Trotz dieser Anwohnerprivilegierung wird vor allem die Martin Disteli-Strasse rege vom Durchgangsverkehr genutzt aber auch als Zubringerstrasse zu den oben genannten Grundstücken.

Die Nussbaum AG verfügt auf Ihrem Grundstück 60 Parkplätze und auf dem Grundstück der ImmoPallas AG gibt es 94 bestehende Parkplätze. Es ist zu vermuten, dass es auf dem Grundstück, welches kürzlich von der ImmoPallas AG erworben wurde, in naher Zukunft eine Überbauung geplant wird. In diesem Fall gäbe es wohl weitere, vom Gewerbe genutzte, Parkplätze.

Diese Problematik war der SP-Fraktion nicht bewusst, als sie seinerzeit dem Projekt der Anwohnerprivilegierung in diesem Quartier zustimmte.

Aus diesem Zusammenhang stellen sich folgende Fragen:

- a) Erachtet es der Stadtrat als sinnvoll, dass eine Gewerbezone durch ein Wohn-Quartier mit Anwohnerprivilegium erschlossen wird?
- b) Die Signalisation der Zone «Zufahrtsbeschränkung» beginnt heute auf der westlichen Seite der Martin Disteli-Strasse an der Kreuzung Florastrasse. Die Ausschreibung der Signalisation sowie der entsprechend zugrundeliegende Zonenplan Zufahrtsbeschränkung Hardfeld sehen vor, dass die anwohnerprivilegierte Zone an der Kreuzung Martin Disteli-Strasse/Hardfeldstrasse beginnt.
 - Wäre die heutige Signalisation nicht sinnvoller, um unnötigen Erschliessungsverkehr durch das anwohnerprivilegierte Quartier auf die vom Gewerbe genutzten Parkplätze zu verhindern?
 - Welche Auflagen und Einschränkungen (z.B. Parkverbote in der Nacht oder an Samstagen- und Sonntagen etc.) gelten für die ehemaligen «Nussbaum-Parkplätze» auf dem Grundstück der ImmoPallas AG heute?
- c) Bereits heute ist der Durchgangsverkehr auf der Martin Disteli-Strasse zu Stosszeiten sehr hoch: Wie oft werden polizeiliche Kontrollen durchgeführt?

- d) Bestehen genügend Ressourcen um Kontrollen durchzuführen oder gäbe es andere polizeiliche Massnahmen?
- e) Falls nicht, welche anderen Massnahmen wurden geprüft (bessere Signalisation, Zufahrt verengen, mehr Hindernisse auf der Strasse)?
- f) Welche Massnahmen könnten nach Meinung des Stadtrates ergriffen werden um zukünftigen Mehrverkehr durch das anwohnerprivilegierte Wohnquartier, welcher sich im Zusammenhang mit dem Bau von Gewerbebauten auf GB Olten Nr. 2294 ergibt, zu verhindern?“

- - - - -

Im Namen des Stadtrates beantwortet **Stadtrat Martin Wey** den Vorstoss wie folgt:

Vorweg muss festgehalten werden, dass am 28. Mai 2009 die Zustimmung des Gemeindeparlamentes für die Zufahrtsbeschränkung «Fahrverbot für Motorfahrzeuge ausgenommen Zubringerdienst» in der Absicht erfolgte, das Hardfeldquartier vom sogenannten Schleichverkehr zu entlasten. Dieser Verkehr durchfährt das Quartier zwecks Umfahrung von Stausituationen und stellt damit weder einen Ziel- noch Quellverkehr dar. Die Einführung der Signalisation wurde analog zu den damals bereits mit der Zufahrtsbeschränkung überlagerten Wilerfeld-, Säli- und Schöngrundquartier begründet. Die Zubringerbestimmung gilt für die Quartierbewohner gleichermassen wie z. B. für die Schulen, alle in den Quartieren ansässigen Dienstleistungs- und Gewerbebetriebe und die nur über das Quartier erreichbaren Naherholungsgebiete. Aus diesen Gründen kann bei den erwähnten Zufahrtsbeschränkungen nicht generell von einer Anwohnerprivilegierung gesprochen werden, sondern eher von einem Quartierschutz.

Weiter ist zu bemerken, dass das Nussbaumareal respektive das Geviert Neuhardstrasse – Martin-Distelstrasse – Florastrasse – Rosengasse nicht der reinen Gewerbezone zugeteilt ist, sondern der Gewerbezone mit Wohnanteil. Das heisst, dass auf dem Nussbaumareal auch Wohnungen bis 50 % der gesamten Bruttogeschossfläche erstellt werden dürfen. Dazu kann der Stadtrat einen Gestaltungsplan verlangen, in welchem u. A. auch die Lage und Erschliessung der Wohnungen definiert ist.

Wie die Interpellantin richtig feststellt, beginnt zum heutigen Zeitpunkt die Signalisation «Fahrverbot für Motorfahrzeuge ausgenommen Zubringerdienst» auf der westlichen Seite der Martin Distelstrasse an der Kreuzung mit der Florastrasse. Dies obwohl die rechtskräftig beschlossene Signalisation bereits an der Kreuzung Martin Distelstrasse – Hardfeldstrasse beginnen müsste. Die heutige Situation ist vorübergehender Natur. Mit der Einführung der rechtskräftigen Zufahrtsbeschränkung wird auch der Beginn der «Tempo 30-Zone» und der «Blauen Zone mit Anwohnerbevorzugung» an den Standort bei der Kreuzung Martin Distelstrasse – Hardfeldstrasse verschoben. Davor müssen aber die gebührenpflichtigen Parkplätze entlang der Trottermatte in Parkplätze mit blauer Zone umgewandelt werden. Die Umsetzung soll diesen Frühling erfolgen. Danach können die Signalisationen für die Zufahrtsbeschränkung, die Tempo 30-Zone und die blaue Zone mit Anwohnerbevorzugung einheitlich an der Kreuzung Martin Distelstrasse – Hardfeldstrasse montiert werden.

Zu Fragen a und f)

Inwieweit es nun sinnvoll bzw. zweckmässig ist, das Nussbaumareal nicht nur über die Neuhardstrasse sondern so wie zugelassen auch durch das Wohngebiet Hardfeld hindurch zu erschliessen, hängt von verschiedenen, sich veränderbare Rahmenbedingungen ab. So sind u. A. die unbestimmte zukünftige Nutzung auf dem Areal und das damit verbundene Verkehrsaufkommen von Bedeutung wie auch die Lage der entsprechenden Zufahrten zum Grundstück respektive zu den zugehörigen Parkplätzen.

Zum Zeitpunkt des Entscheides des Gemeindeparlamentes war der Einbezug des Nussbaumareals in den Perimeter der Zufahrtsbeschränkung absolut gerechtfertigt. In der Zwischenzeit hat sich die Anzahl der Parkplätze auf dem Areal nicht wesentlich verändert und es gibt deshalb aus heutiger Sicht immer noch keinen Grund, das Areal komplett von der Zufahrtsbeschränkung abzukoppeln. Im Gegenteil: damit würden die Florastrasse und die Rosengasse (Bereich Neuhardstrasse – Florastrasse) – sie erschliessen beide nebst dem erwähnten Geviert auch Wohnnutzungen – ebenfalls von der Zufahrtsbeschränkung ausgeschlossen und die Kantonsschule wie auch das Wohngebiet Hardegg könnten nicht mehr über den östlichen Knoten Aarauerstrasse – Martin Distelstrasse erreicht werden. Dafür würde der Knoten Aarauerstrasse – Neuhardstrasse unnötig zusätzlich belastet.

Sollte aber im Zusammenhang mit Neubauvorhaben die bestehende Verkehrssituation erheblich tangiert werden, müsste ein Verkehrsgutachten die Verträglichkeit des Verkehrsaufkommens nachweisen sowie recht- und zweckmässige bzw. umsetzbare Massnahmen zur Reduktion der Beeinträchtigungen aufzeigen. Diese könnten von verkehrslenkenden Massnahmen (z. B. Abbiegeverbote vom und zum Areal oder die teilweise Aufhebung der Zufahrtsbeschränkung) bis hin zu verkehrsreduzierenden Massnahmen (z. B. weniger Parkplätze) reichen. Welche Massnahmen dazumal umgesetzt werden sollen, kann zum heutigen Zeitpunkt nicht definiert werden.

Zu Frage b1)

Sollte der über den östlichen Bereich der Martin Distelstrasse verkehrende Ziel- und Quellverkehr der Parkplätze wirklich verhindert werden, müsste die Signalisation dauernd am heutigen Standort belassen werden. Dazu wäre ein erneutes polizeirechtliches Verfahren notwendig. Wie aber bereits erwähnt, hat sich seit der Einführung der Zufahrtsbeschränkung die Anzahl Parkplätze auf dem Areal nicht wesentlich verändert. Aufgrund der Verkehrszählung vom Sommer 2010 wird zudem davon ausgegangen, dass an der Martin Distelstrasse der Immissionsgrenzwert im östlichen Bereich (Wohngebiet) mit rund 2'000 Fahrten pro Tag gut eingehalten ist. Das Verkehrsaufkommen kann daher als massvoll betrachtet werden. Eine Änderung der Signalisation im Sinne der Fragestellung und damit zu Lasten des Knotens Aarauerstrasse – Neuhardstrasse drängt sich zum heutigen Zeitpunkt nicht auf.

Zu Frage b2)

Die Parkplätze werden privat genutzt. Der Stadtrat hat keinen Einfluss auf allfällige Regelungen.

Zu Frage c)

Über Anhaltungen von «Durchfahrern», welche anlässlich von ordentlichen Patrouillen festgestellt und geahndet werden, wird keine spezielle Statistik geführt. Jede Patrouille handelt direkt an Ort und Stelle, wenn sie eine Durchfahrt feststellt.

Grossangelegte Kontrollen mit diversen Kontrollposten, welche sehr personalintensiv sind, konnten seit der Einführung des Fahrverbots (19. April 2010) drei Mal durchgeführt werden.

Die Resultate:

Am 10.11.10 waren von 89 Einfahrten in 1 ½ Stunden 50 berechtigt, 39 machten reine Durchfahrten und wurden gebüsst.

Am 25.05.2011 waren von 66 Einfahrten in 1 ½ Stunden 38 berechtigt, 28 machten reine Durchfahrten und wurden gebüsst.

Am 28.07.2011 waren von 23 Einfahrten in 1 ½ Stunden 14 berechtigt, 9 machten reine Durchfahrten und wurden gebüsst.

Zu Frage d)

Um eine grossangelegte Durchfahrtskontrolle mit lückenloser Beweisführung durchzuführen, benötigt die Stadtpolizei 8 – 10 Leute. An ca. 3 Kontrollposten werden z. T. Securitas eingesetzt. Trotz dieser Hilfe werden dann noch mind. 5 Polizisten benötigt, um die Fahrzeuge, welche reine Durchfahrten machen, anzuhalten und zu kontrollieren. Dies kann

nicht durch Hilfskräfte erledigt werden. Ausser mit dem repressiven Mittel der Kontrollen verfügt die Stadtpolizei nicht über andere polizeiliche Mittel.

Zu Frage e)

Die Signalisation ist sehr gut sichtbar und entspricht den Normen. In den ersten Monaten nach der Einfahrt wurden die Autofahrenden zudem mit einem Plakat in Weltformat auf die neue Signalisation aufmerksam gemacht. Aussagen von Autofahrenden, welche während den Durchfahrten angehalten und gebüsst werden, bestätigen, dass sie die Signalisation sehr wohl gesehen haben und sich bewusst sind, dass sie ein Verbot missachten.

Die heute bestehenden baulichen Massnahmen (Eingangstore / versetzte Parkierung / Vertikalversatz) verhelfen zu einem tieferen Geschwindigkeitsniveau des Verkehrs auf der Martin Distelstrasse. Für die Reduktion der Verkehrsfrequenzen bzw. um der Zufahrtsbeschränkung zum durchschlagenden Erfolg zu verhelfen, sind weitergehende bauliche Massnahmen, wie z. B. mehrere vertikale Versätze, eher ungeeignet. So ist der Erfolg bei Stausituationen keineswegs garantiert, dafür verärgern aber solche Massnahmen nicht nur die Verkehrssünder/-innen, sondern auch die Zufahrtsberechtigten wie z. B. die Quartierbewohner/-innen.

Im Jahre 2013 wird mit der Eröffnung der unterirdischen Velostation beim Bahnhof Ost auch an der Tannwaldstrasse, im Bereich zwischen dem SBB-Stellwerk und dem ehemaligen Leverareal, die Zufahrtsbeschränkung eingeführt. Der Stadtrat geht davon aus, dass mit dieser Massnahme der widerrechtliche Schleichverkehr auf der Martin Distelstrasse weiter abnehmen wird.

- - - - -

Luzia Stocker Rötheli: Ich lese das Votum von Huguette Meyer in Mundart vor. Zuerst herzlichen Dank für die ausführliche Beantwortung. Vom Inhalt her hätte sie sich etwas mehr Mut zum Schutz der Wohnquartiere gewünscht. Der Verkehr durch das Quartier, insbesondere durch die Martin-Disteli-Strasse ist ein leidiges Thema. Es ist zwar schön lesen zu können, dass ab und zu Polizeikontrollen gemacht werden. Sie fragt sich aber, ob eine Rechtsbrechung von ca. 40 % tolerierbar ist. Wie viele Prozente der Durchfahrenden müssen angehalten werden, bis eventuelle bauliche oder verkehrsführende Massnahmen wie zum Beispiel eine Einbahnstrasse ergriffen werden? Es ist ihr klar, dass häufigere Kontrollen mehr Personal brauchen würden, und das ist kaum möglich. Aber gerade deswegen bräuchte es eben andere Massnahmen. Für die Anwohnenden geht es schliesslich nicht nur um die Menge der Durchfahrten, sondern vor allem auch darum, wie durchgefahren wird. Dazu ein paar Beispiele: Ein Roller fährt mit 30 Stundenkilometer auf dieser Strasse, was ja erlaubt ist, und wird noch von einem Auto überholt. Bei Gegenverkehr wird häufig auf dem Trottoir weiter gefahren. Kommt einem ein Auto im oberen Bereich der Martin-Disteli-Strasse entgegen, wird zum Teil noch rasch in den Studerweg ausgewichen, wo sehr viele Familien mit Kindern wohnen. Gerade deshalb glaubt sie auch, dass die Anwohner und Anwohnerinnen nicht gegen bauliche Massnahmen in diesem Bereich wären, sondern sie würden befürworten, weil es darum ginge, dass ihre Kinder sicherer unterwegs wären. In diesem Zusammenhang möchte ich sie auch daran erinnern, dass an einer der letzten Sitzungen Ernst Zingg erklärt hat, dass die Quartiere für Zuzüger attraktiv werden, wenn unter anderem ein klares Verkehrskonzept in einem Quartier herrscht, das es vor Fremdverkehr schützt. Für sie ist das Abwarten der zukünftigen Nutzung auf diesem Areal unklar. Es wird erwähnt, dass bei erheblicher Tangierung der bestehenden Verkehrssituation weitere Massnahmen geprüft werden müssen. Wenn aber ein potenzieller Käufer den Kauf einer Liegenschaft in Betracht zieht, reicht es nicht, wenn eine Prüfung von Massnahmen bevorsteht, sondern dann müssten sie eben schon vorhanden sein. Die Vertröstung auf die Zufahrtsbeschränkung der Tannwaldstrasse im Jahr 2013 ist für sie Wunschdenken, weil diese Zufahrtsbeschränkung wahrscheinlich auch nicht so greift, weil diejenigen, denen der Quartierschutz egal ist, auch die Zufahrtsbeschränkung der Tannwaldstrasse nicht beachten.

Das Gleiche, das in der Martin-Disteli-Strasse ja jetzt schon ist, wird auch dort passieren, dass die Zufahrtsbeschränkung eben nicht greift. Deshalb hätte sie sich von der Beantwortung etwas mehr Mut gewünscht, damit der Schutz dieses tollen Wohnquartieres erhöht und die Lebensqualität damit auch verbessert wird.

Myriam Frey Schär: Wir teilen natürlich grundsätzlich die Haltung, dass es in unser aller Interesse wäre, wenn man beim Fremdverkehr in den Wohnquartieren etwas heftiger und besser durchgreifen könnte. Aber wir sehen das Problem. Wir halten jedoch grundsätzlich die Antwort des Stadtrates für richtig. Wenn wir zum Beispiel auch unsere innerstädtischen Brachen intensiver nutzen wollen wie vorliegend auch Durchmischungen Wohnen/Gewerbe, müssen wir mit Erschliessung und Parkierung entsprechend flexibel sein können.

Mitteilung an:
Direktion Öffentliche Sicherheit/Herr Franco Giori
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 28. Juni 2012

Akten-Nr. 16/5

Prot.-Nr. 69

Wahl des Büros für die Amtsperiode 2012/13

Wahl der Parlamentspräsidentin

Beschluss

Einstimmig wird gewählt als

Parlamentspräsidentin: Anna Engeler

Parlamentspräsident Marcel Buck gratuliert Anna Engeler herzlich zur Wahl. Es folgt Applaus.

Wahl des 1. Vizepräsidenten

Beschluss

Einstimmig wird gewählt als

1. Vizepräsident: Thomas Marbet

Parlamentspräsident Marcel Buck gratuliert Thomas Marbet herzlich zur Wahl. Es folgt Applaus.

Wahl des 2. Vizepräsidenten

Beschluss

Einstimmig wird gewählt als

2. Vizepräsident Georg Dinkel

Parlamentspräsident Marcel Buck gratuliert Georg Dinkel herzlich zur Wahl. Es folgt Applaus.

Wahl der Stimmzähler

Beschluss

Grossmehrheitlich werden in globo für die Amtsperiode 2012/13 folgende **Stimmzähler** gewählt:

1. **René Wernli, FdP**
2. **Simone Roth, FdP**
3. **Doris Känzig, SVP**

Parlamentspräsident Marcel Buck gratuliert den Gewählten herzlich zur Wahl. Es folgt Applaus. Er gratuliert den neuen Amtsträgerinnen und Amtsträgern zu ihrer Wahl und wünscht ihnen viel Befriedigung und Freude für das kommende Jahr, vor allem Anna Engeler.

Mitteilung an:
Gewählte (gilt als Wahlanzeige)
Kommissionenverzeichnis
Kanzleiakten (3)

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 28. Juni 2012

Akten-Nr. 57/11

Prot.-Nr. 70

Schlussrede des abtretenden Parlamentspräsidenten

Parlamentspräsident Marcel Buck hält folgende Schlussrede als abtretender Präsident:

„Liebe Ratskolleginnen und –kollegen, werter Herr Stadtpräsident, liebe Stadträte, geschätzte Damen und Herren der Verwaltung und der Medien, sehr verehrte Gäste und Familienangehörige

Es ist mir einigermaßen schwer gefallen, nach den vergangenen Wochen im Zusammenhang mit den richtungsweisenden Abstimmungen eine parteipolitisch unabhängige Rede schreiben zu dürfen. Aber nun bald schon als alt Gemeinderatspräsident erlauben Sie mir, nur kurz darauf einzugehen und für einmal von Euch aus gesehen zwar nicht ganz typisch für einen SVP-Vertreter zu versuchen, Brücken zu bauen. Wie immer bei Abstimmungskämpfen geht es manchmal ruppig zu und her. Meistens ist es aber so, dass der Gegner, sei es der Kanton, der Bund oder nationale Parteien weit weg sind. Zudem sind die sich zum Teil Vorwürfe, Beschimpfungen und sogar Verunglimpfungen sicherlich auf eine Art auch gewöhnt. Ganz anders empfinden aber Personen, die sich solche Beschimpfungen nicht gewöhnt sind, was dazu führt, dass sie sich verletzt und gedemütigt vorkommen. Ich aus meiner Sicht, und das ist meine persönliche Meinung, fand es nicht nur schade und unverhältnismässig deplatziert, welche Signale während des Abstimmungskampfes zur Fusion ausgesendet wurden. Auch ich verhaue mich manchmal in der Wortwahl, habe aber im Gegensatz dazu, die Grösse, und das darf ich sagen, mich für etwas, das andere verletzt, zu entschuldigen. Es ist jetzt so, wie es ist. Wichtig erachte ich aber umso mehr zwei Sachen. Erstens dass man jetzt nicht einfach den Kopf in den Sand steckt und vor sich hin schmolzt, sondern dass man verzeihen kann und soll. Zweitens dass man ohne nachtragend zu sein das Beste aus der Situation macht, weiter zusammen arbeitet und die fast verlorenen Gemeinsamkeiten wieder zusammen entdeckt. Es ist aber in diesem Jahr noch viel mehr passiert als die zwei letzten emotionalen kommunalen Abstimmungen. Ich erinnere hier an Andaare, die Teilsanierung Stadthaus, die KMU-Förderinitiative, die Nennung von Nationalitäten, den Neubau Bürgerspital usw. Für mich ist es schwer zu sagen, als was mein Amtsjahr in Erinnerung bleibt. Als Jahr der arabischen Revolution, als Jahr des Atomausstieges, als Jahr, in dem Steve Jobs, Amy Winehouse und Walo Lüönd gestorben sind? Als Jahr der versuchten Euro-Rettung oder als zweitletztes Amtsjahr von Ernst Zingg? Ich denke, es ist von allem ein wenig etwas. Eines lässt sich aber schon jetzt notieren: Aus heutiger Sicht betrachtet ist es ein Jahr gewesen, in dem sich die Realität durchgesetzt hat und somit ein Jahr der erzwungenen Wahrhaftigkeit. Ich komme zum Dank. Besonders bedanken möchte ich mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtkanzlei, obwohl mich der Lernende nie gekannt hat. Stellvertretend für sie alle möchte ich mich bei der Leiterin, Frau Erika Brunner, und unserem Stadtschreiber Markus Dietler, der mich an unseren Vorbesprechungen jeweils morgens um 7 Uhr mit einem heissen Kaffee erwartet hat, bedanken.

Ich danke aber auch ganz ausdrücklich Euch Gemeinderätinnen und Gemeinderäten für Euren Einsatz und Euer Engagement in den Debatten. Am Allermeisten danke ich aber einer ganz speziellen Person in meinem Leben, einer, die meine politische Arbeit immer

bedingungslos unterstützt hat und in diesem Jahr wirklich nicht sehr viel von mir hatte und trotzdem immer noch und hoffentlich noch lange mit mir zusammen ist. Gemeint ist damit natürlich stellvertretend für meine Familie meine Frau Maria.

Geschätzte Damen und Herren, es war mir eine Ehre als erster SVP-Vertreter damals von fast allen von Euch gewählt worden sein, hier zuoberst auf dem Bock Platz nehmen und für ein Jahr Euer Parlamentspräsident sein zu dürfen. Für dieses Amt gibt es keinen Studienlehrgang oder eine Weiterbildung, obwohl es sicher einige von Euch in meinem Fall gerne gesehen hätten, es sich aber wahrscheinlich noch wünschen werden. Jetzt ist für mich genau die Gelegenheit gekommen, mich bei Euch für mein manchmal schroffes Verhalten, meine Mimik, meine Bemerkungen und einen gewissen Mailverkehr ehrlich zu entschuldigen. Ich bin und bleibe halt ein politischer Mensch. Mit mir kann man streiten, argumentieren, austauschen, aber auch nach der Schlacht ein Mineralwasser oder Bier trinken. Somit lade ich Euch ein, mit mir zusammen noch oft etwas trinken zu gehen. Ich komme zum Schluss und habe mir mit dem Trinken gleich selber das Stichwort gegeben. Damit müssen wir jetzt allerdings noch rund acht Minuten warten. Es freut mich, und somit komme ich zur am Anfang der Sitzung erwähnten Überraschung, dass nun das Sennechörli Bärgröseli Niederamt unter der Leitung von Josef Imhof uns hier zwei Lieder zum Besten geben wird. Ich bitte Euch, nicht nur die hübschen Damen und Herren anzuschauen, sondern genau auf die Worte zu hören. Es sind Worte, die ich nie in eine Schlussrede hätte hinein bringen können. In diesem Sinne wünsche ich Euch allen schöne Ferien und freue mich, beim nächsten Mal wieder von meinem angestammten Sitzplatz aus mit Euch zusammen politisieren zu dürfen und uns für die gleichen Ziele einzusetzen, nämlich für unsere schöne Stadt Olten. Besten Dank“.

Es folgt Applaus.

Gert Winter: Die heutige Gemeinderatssitzung ist gleichzeitig auch die letzte, die Marcel Buck als Gemeinderatspräsident in seiner einjährigen Amtsperiode geleitet hat. Zu Ende geht für ihn ein Jahr, das an ihn inner- und ausserhalb dieses Saales sehr verschiedenartige Anforderungen gestellt hat. Er hat sich diesen Aufgaben gestellt und sie nach bestem Wissen und Gewissen erfüllt. Dafür danken wir ihm herzlich. Ich bin mir sicher, dass er in dieser Zeit auch die unterschiedlichsten Erfahrungen sammeln konnte und das zweifellos intensive Jahr in angenehmer Erinnerung behalten wird. Damit die Erinnerungen an sein Jahr als erster Gemeinderatspräsident der SVP noch etwas länger frisch bleiben, überreichen wir ihm zum Dank ein Bild, das ihn gleichzeitig auch noch daran erinnern soll, sein Federvieh abends vor vierbeinigen Geflügelliebhavern in Sicherheit zu bringen. Sozusagen ein multifunktionales Geschenk. Wir hoffen, es gefalle und finde den passenden Platz in seinem Haus.

Es folgt Applaus.

Anna Engeler: Ich möchte Marcel Buck auch noch ganz danken. Wir waren in diesem Jahr als Parlament sicher nicht immer einfach zu führen. Aber Du hast dies immer wieder gut gemacht, und dafür möchten wir Dir ganz herzlich danken. Ich darf Dir noch den Gutschein überreichen und hoffe, dass Du es im nächsten Jahr wieder etwas entspannter nehmen kannst und mit uns zusammen mit politisieren. Darauf freust Du Dich sicher.

Marcel Buck: Das ist so.

Es folgt Applaus.

Mitteilung an:
Kanzleiakten

Verteilt am:

Der Parlamentspräsident:

Der Stadtschreiber:

Die Protokollführerin:

Protokollgenehmigung:

Einsprachen sind der Stadtkanzlei zuhanden des Parlamentspräsidenten innert 10 Tagen nach der Zustellung schriftlich einzureichen.